

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 18. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M., vierteljährlich 1,50 M., frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Intentions-Gebühr

Beträgt für die schlagfertige Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gemeindefällige Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Intercala für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zur zweiten Lesung der Militärpensionsgesetze.

Man schreibt uns:

Die neuen Militärpensionsgesetze sind nun auch in der Kommission beraten worden. Wenden wir uns zunächst dem für die Offiziere und Sanitätsbeamte vorgeschlagenen Gesetz zu.

Im § 5 des Gesetzes findet sich die Bestimmung, daß Gesundheitsbeschädigungen infolge eines Duells nicht als Dienstbeschädigungen anzusehen sind. Diese Neuerung, deren Erfinder Zentrumsmänner sind, ist ein drastischer Beweis für die von allen Offizieren viel verpöbelte Harmlosigkeit des Reichstages in militärischen Dingen. Für Offiziere mit mehr als zehnjähriger Dienstzeit ist die Bestimmung von vornherein belanglos, weil sie auch ohne eine Dienstbeschädigung Anspruch auf Pension haben. Und die Offiziere, die noch nicht zehn Jahre gedient haben, wird man auf anderem Wege schadlos halten. Wozu gibt es denn militärische Fonds, deren Verwendung der parlamentarischen Kontrolle entrückt ist? Ist nicht z. B. der Zehnmillionenfonds da? Den Vettel, den ein junger Leutnant als Pension erhält, kann man mit Leichtigkeit aus solchen Fonds begleichen.

Der preussische Oberleutnant a. D. von Wartenberg erzählt so auf Seite 72 seines Buches „Ceterum censeo“ lehrreiche Geschichten über die Bezahlung von Pensionen aus einem bald nach den Befreiungskriegen gebildeten Fonds.

Als bewundernswürdige Leistung wurde auch die in der Kommission ausgeheckte Bestimmung, daß die Pensionen der Offiziere vom Regimentskommandeur aufwärts vom vollendeten 30. Dienstjahr an nicht mehr um 1/100, sondern nur um 1/1000 des pensionsfähigen Dienstalters steigen sollen, ausposaunt. Allerdings büßen dabei die Regiments- und Brigadeführer gegen die Regierungsvorlage, die ihnen schon nach 35 Dienstjahren 7000 beziehungsweise 9000 M. geben wollte, 400 respektive 500 M. ein, aber die in der Regierungsvorlage geplante Aufbesserung der Pensionen der kommandierenden Generale von 16 493 M. auf 19 485 M. und ferner der Pensionen der Divisionskommandeure von 11 592 M. auf 13 059 M. hat die Kommission ruhig zugelassen. Wäre das deutsche Volk die wirklich aufreizenden Fakta, daß in einer Zeit, in der die Nation unter Fleischwucher und Steuerdruck schwer zu leiden hat, die Pensionen der Generale um Tausende erhöht und die Landesfürsten von der Erbschaftsteuer befreit wurden, im Gedächtnis behalten. Wer so etwas vergessen kann, der hat wirklich eines von den Brettern, von denen der preussische Polizeiminister im Landtag sprach, vor seinem Hirnkasten.

Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß die Generale, die im Feldienste verwendet sind, die nämlichen Pensionen erhalten wie die wirklichen Generale. Da avanciert irgend ein adeliger Offizier auf dem Hofparkett, verrichtet keinen Augenblick militärischen Dienst, seine Tätigkeit beschränkt sich auf die üblichen Hofgeschäfte, z. B. Schreiben von Einladungen zu Hoffestlichkeiten, Mitessen bei Dinners, Erwiderung von Telegrammen, Teilnahme an Begräbnissen, Einheimsen von Orden usw. Auf diese Weise wird der Mann General und eines Tages soll ihm das Volk, nachdem es ihm mindestens 200 000 M. an Gage bezahlt hat, vielleicht nochmals 100 000 M. an Pensionsgebühren geben. Zwar ist es selbstverständlich, daß solche Offiziere überhaupt von den hohen Herren, denen sie dienen, erhalten werden sollten. Leider ist es ebenso selbstverständlich, daß die jetzige Reichstagsmajorität sich niemals zu einer solchen Forderung herbeilassen wird. Aber auch von dieser Majorität könnte man verlangen, daß sie einen Paragraphen schafft, wonach Offiziere, die vorwiegend im Hofdienst verwendet waren, höchstens die Pension eines Regimentskommandeurs zusteht.

Auch der § 27, der den Frauen der pensionierten Divisionskommandeure und kommandierenden Generale im Falle des Todes ihres Mannes relativ kolossale Extrabezüge gewährt, war für die Kommission ein Blümchen Mährchenart. Nach diesem Paragraphen erhalten die Hinterbliebenen eines pensionierten Offiziers nach dessen Tod die Gebührene, die dem Verstorbenen in den nächsten drei Monaten zugestanden hätten, in einer Summe ausbezahlt. Die Witwen der Divisionskommandeure und kommandierenden Generale werden dabei sehr splendid bedacht. Der Witwe eines Divisionskommandeurs werden beim Ableben ihres Mannes auf diese Weise 3265 M. und der Witwe eines kommandierenden Generals 4871 M. ausbezahlt. Die Kommission hätte hier getroßt festsetzen können, daß mehr als 2500 M. nicht zur Auszahlung gelangen. Die Divisionskommandeure und kommandierenden Generale haben, gleich ob aktiv oder pensioniert, solche Einnahmen, daß sie, wenn in ihrem Haushalte nicht unvernünftig gewirtschaftet wird, Geld ersparen müssen. Um so unbedeutender ist die Verschwendung von Staatsgeldern an ihre Witwen.

Das Verschreiten des Rechtsweges bleibt den invaliden Offizieren praktisch auch künftig unterbunden. Auch ferner wird die Entscheidung der Kardinalfragen, ob eine Dienstbeschädigung vorliegt, ob und in welchem Grade Dienstunfähigkeit besteht, ob eine Kriegsbeschädigung in Betracht kommt, nicht in die Kompetenz der Gerichte

fallen, sondern hübsch bei den Kriegsministerien bleiben. Die Kommission verlangt allerdings ein Kollegium, bestehend aus 3 Offizieren oder Beamten, die diese Fragen entscheiden sollen. Haben denn die Reichstagsabgeordneten das Schicksal der Biberichter schon vergessen??

Von einem Paragraphen der Vorlage weiß man, trotzdem er von der Kommission beraten wurde, überhaupt nicht genau, was damit gesagt werden soll. Man kann es nur ahnen. Diese reizende Blüte germanischer Gesetzgebungskunst (§ 78) lautet:

„Der nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes zu zahlende Gesamtbetrag an Pensionsgebühren für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes den Schutztruppen angehörenden Offiziere und Beamten darf nicht hinter der Summe derjenigen Beträge zurückbleiben, welche ihnen im Falle der Pensionierung zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes zugestanden haben würden. Bei Ermittlung dieser Beträge ist das Dienstalter und der Dienstgrad zugrunde zu legen, welche die Offiziere und die Beamten bei Fortsetzung ihres Dienstverhältnisses in der Heimat erreicht haben würden.“

Der erste Satz dieses Paragraphen ist nahezu unverständlich und der zweite stellt einen blanken Unsinn vor. Niemand kann das Dienstalter und die Charge angeben, die ein Schutztruppenoffizier erreicht haben würde, wenn er, statt seinen Abschied zu nehmen, in der Heimat weitergedient hätte. Das Abancement eines Offiziers hängt von Zufälligkeiten ab, die im voraus nicht zu überblicken sind.

Beschäftigen wir uns nun etwas mit dem Gesetz, das für die Unteroffiziere und Mannschaften maßgebend sein wird. Hier hat die Kommission sich ein großes Verdienst dadurch erworben, daß sie verlangte, der Grad der Erwerbsunfähigkeit sei nach dem Zivilberuf des Invaliden zu beurteilen, während die Regierungsvorlage dies nur ausnahmsweise gestatten wollte. Es ist z. B. klar, daß einen Uhrmacher die Verminderung der Schraft schwerer trifft als einen Buchbinder. Leider hat die Redaktionskommission, die das Gesetz in eine leicht verständliche Form bringen sollte, den Kommissionsbeschluss „verböhrt“, indem sie wünscht, daß der Beruf des Mannes nur zu berücksichtigen sei. Hoffentlich bleibt es beim Kommissionsbeschluss, der jedes Deuteln unmöglich macht.

Die Kriegszulagen für Unteroffiziere und Mannschaften, die durch den Krieg invalide geworden sind, stehen, wie selbstverständlich, im Zeichen der Schamlosigkeit. Die Invaliden, die weniger an ihrer Gesundheit gelitten haben, erhalten monatlich 10 M. Kriegszulage, also im Tag 33 Pf., den schwerer Beschädigten stehen 15 M., also pro Tag 50 Pf., zu. Auch hier beweist das teure Vaterland seine Dankbarkeit glänzend.

Leider ist die Hoffnung, daß Unteroffiziere, die wegen Mißhandlung gerichtlich bestraft worden sind, den Anspruch auf den Zivilversorgungsschein und die Entschädigung dafür verlieren, nicht in Erfüllung gegangen. Es ist tieftraurig, daß bei der Bekämpfung der Soldatenschindereien auch der Reichstag nicht mit der nötigen Energie vorgeht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Mai.

Portoberverteuerung.

Dem Staatssekretär des Reichspostamtes wird es beschieden sein, die reaktionären und verkehrsfeindlichen Wünsche der verhängnisvollen, steuerprepperischen Mehrheit des Reichstages in die Wirklichkeit umzusetzen. Denn der Bloß der Steuerkompromißler hielt auch heute bei der Abstimmung über die Resolution, die eine Verteuerung des Orts- und Nachbarverkehrs verlangt, fest zusammen. Gegen die Stimmen der Linken — Sozialdemokraten und Freisinnigen — sowie einiger Antisemiten wurde die verkehrsfeindliche Resolution angenommen. Die Beratung bewegte sich nur in dem gestern schon befahrenen Gleise. Der Unterstaatssekretär Sydow versuchte zwar eine Widerlegung der gestrigen Ausführungen unseres Genossen Singer, aber er fiel damit gründlich ab. Genosse Singer verstärkte dagegen den Eindruck und die Argumente seiner gestrigen Rede durch eine gelungene Erwiderung, die die Lacher auf seine Seite brachte.

Mit den konservativen Reaktionären traten die Nationalliberalen Arm in Arm auf den Plan. Alle noch so treffenden Siege von den Rednern der Linken ließ dieser edle Bund, dem erst das Zentrum den rechten Stützpunkt gibt, über sich ergehen, ohne zu mühen.

Nach der Annahme der Resolution beantragte Spahn die Abhebung der Mühlenresolution von der Tagesordnung. Das Haus beschloß dem Antrag gemäß und gleich darauf die Vertagung.

Morgen: Reichsklassenscheine; Mantelgesetz.

Preussische „Wahlreform“.

Am 25. d. Mts. wird das Herrenhaus sich mit den Wahlrechtsvorlagen befassen. Seine Kommission hat bereits gelangt und in einer einzigen Sitzung beide Vorlagen unverändert angenommen. Die Gleichfalls der Kommission überwiesene Petition der preussischen Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes um Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zum Landtag an alle über 20 Jahre alten Staatsbürger

ohne Unterschied des Geschlechts wurde kurzerhand für erledigt erklärt — selbstverständlich!

Der Bericht der Kommission bildet ein wertvolles Aktenstück zur Beurteilung der Anschauungen unserer herrschenden Klassen, speziell der Edelsten der Nation. Nicht ein einziges Mitglied der Kommission, der u. a. die Oberbürgermeister Kirchner und Schützstrub sowie Professor Schmoller angehörten, beantragte die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Ein Redner schien allerdings prinzipiell für das Reichstagswahlrecht zu sein, er wies wenigstens darauf hin, daß die heutige Zeit überall dahin dränge, das „herrorragendste politische Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht allgemein als ein gleiches auszugestalten“, daß die Reiche und Staaten um Deutschland herum und Preußen herum in Deutschland gerade in der letzten Zeit sich bewegen gefunden hätten, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen oder doch anzubahnen, aber er unterließ es, Anträge zu stellen, die doch keine Aussicht auf Annahme hätten, und sprach lediglich sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung in Preußen eine Reform des ungerechten heutigen Wahlrechts nicht in die Hand nehme.

Interessant ist ferner, aus dem Bericht zu entnehmen, mit welcher Offenheit die Herren zugeben, daß das heutige Dreiklassenwahlrecht verfassungswidrig ist, weil es seinerzeit einfach aufstrotzt wurde. Der vereinigte Landtag hatte in seiner letzten Sitzung Ende April 1848 das von der Regierung vorgeschlagene Wahlgesetz vom 8. April 1848 für die zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung, die spätere Nationalversammlung, angenommen. Dies Gesetz hatte ebenso wie später das oktroyierte Wahlgesetz für die Zweite Kammer vom 6. Dezember 1848 allgemeine, gleiche, direkte, in geheimer Abstimmung durch Stimmzettel zu bewerkende Wahl angeordnet. Die Verfassungskommission der Nationalversammlung hatte sich zwar für die direkte Wahl erklärt, jedoch mit Rücksicht auf den Stand der politischen Bildung der Nation zurzeit der indirekten Wahl den Vorzug gegeben. Auf Grund des oktroyierten Wahlgesetzes ist dann die am 26. Februar 1849 zusammengetretene Zweite Kammer gewählt worden. Nach deren Auflösung am 27. April hat das Staatsministerium an den König unter dem 29. Mai 1849 berichtet, daß Änderungen des Wahlgesetzes notwendig geworden seien, weil der Staat durch Ausführung der Wahlen in der bisherigen Art nicht nochmals gefährlichen Schwankungen ausgesetzt werden dürfe, und daß es mittels des dem König vorgelegten Wahlgesetzes gelingen werde, endlich zu geordneten Zuständen und vor allem zu einer Volksvertretung zu gelangen, die den Anforderungen der Bevölkerung entspreche, indem sie auch innerhalb des Kreises der Zweiten Kammer den einzelnen Volksschichten denjenigen Einfluß gestatte, welcher zu ihrer wirklichen Bedeutung im Staatsleben im richtigen Verhältnis stehe. (1) Das allgemeine, gleiche Wahlrecht und die geheime Stimmabgabe wurden in Verfolg dieses Beschlusses kurzerhand aufgehoben und das Dreiklassenwahlgesetz oktroyiert.

Die Tatsachen an sich sind bekannt, aber es ist immerhin von Bedeutung, die von uns stets vertretene Anschauung der Verfassungswidrigkeit von der Herrenhauskommission bestätigt zu sehen. Daß sich später beide Kammern mit dem oktroyierten Wahlgesetz einverstanden erklärt haben, ändert an unserem Urteil nichts.

Uebrigens scheint die Regierung allmählich selbst zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß dies Stückwerk auf den Namen Wahlreform keinen Anspruch hat. Der Minister des Innern erklärte ausdrücklich, daß die beiden Entwürfe an dem materiellen Wahlrecht nichts ändern sollen und keine Reform des Wahlrechts enthalten. Ueber eine solche Reform seien von der Regierung bisher Entschliessungen nach keiner Richtung gefaßt, der Zweck der Vorlagen sei lediglich der, angesichts der Vorgänge bei den Wahlen von 1903 Abhilfe gegen die hervorgetretenen Unzulänglichkeiten des Wahlverfahrens zu schaffen.

Trotz dieser Erklärung sieht fest, daß es sich darum handelt, das Dreiklassenwahlrecht durch Ueberlieferung einiger allzu böser Geschwüre lebensfähig zu erhalten. Um so größer ist die Pflicht des Proletariats, immer und immer wieder dies elendeste aller Wahlsysteme in seiner ganzen Scheußlichkeit zu enttarnen und schließlich die Regierung und die herrschenden Klassen auch gegen ihren Willen zu einer wirklichen Wahlreform zu zwingen, die nur in einem Erfolge des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bestehen kann.

Die Stichwahltaktik der französischen Genossen.

Die Frage der Stichwahltaktik hat in der sozialistischen Partei einige Differenzen hervorgerufen. Der Kongreß in Chalons hatte die Entscheidung über die Unterstützung der bürgerlichen Republikaner den Föderationen anheimgegeben, jedoch auf Antrag des Genossen Cambier beschlossen, daß in keinem Falle Parteikandidaten zuzugewinnende sozialistischer Dissidenten zurücktreten dürften. Der letzte Kongreß der Seine-Föderation beschloß, in der Stichwahl die bürgerlichen Republikaner gegen bestimmte, einzelne Reformen betreffende Zusagen zu unterstützen. Inzwischen hat der Föderationsrat in seiner Sitzung vom 11. d. M. die unbedingte Unterstützung der bürgerlichen Republikaner angeordnet. In der Begründung der auf die republikanischen Kandidaten bezüglichen Resolution, die mit 82 gegen 39 Stimmen angenommen wurde, heißt es: „Der Föderationsrat erklärt entschieden, daß er es zurückweist, im zweiten Wahlgang von Kerikalen und zäsuristischen Stimmen zu profitieren.“ In Bezug auf diejenigen Stichwahlen aber, bei denen „parlamentarische“ Sozialisten einen Vorsprung haben, hat der Föderationsrat beschlossen, daß die Kandidaturen der Partei einfach zurückgezogen werden.

Diese Beschlüsse kommen nun praktisch in folgenden Fällen in Betracht: In Paris haben die Radikalen in folgenden Bezirken

einen Vorschlag vor den Sozialisten: 10. Arrondissement 2. Wahlbezirk. 11. Arrondissement 3. Bezirk. 13. Arr. 2. Bez. 14. Arr. 1. Bez. 15. Arr. 1. Bez. 17. Arr. 2. Bez. 19. Arr. 1. Bez. Die sozialistischen Kandidaten sind nun überall zurückgetreten, mit Ausnahme vom 13. und 15. Arrondissement. Im 13. hat der Radikalsozialist Quiffon, einer der tüchtigsten Männer seiner Partei, 6002, der Nationalist 7551, ein zweideutiger unabhängiger Kandidat 1128, der Kandidat der geeinigten Sozialisten, Couture, 2787 Stimmen erhalten. Es ist also wahrscheinlich, daß Quiffon durchfällt und der Reaktionskandidat gewählt wird, wenn die sozialistischen Stimmen dem radikalen Kandidaten nicht zu Hilfe kommen. Anders ist die Situation im 15. Arrondissement. Dort hat der Parteikandidat, der bisherige Abgeordnete Aubriot, 6297, der Radikalsozialist Chaubard 8401, ein Nationalist 3967, ein Konservativer 843 Stimmen erhalten. Die Wahl des Reaktionskandidaten ist also ausgeschlossen. Die Wahrscheinlichkeit aber, daß Aubriot von sozialistischen und radikalen Stimmen profitiert, daß er wiedergewählt wird ist gering. Der Rücktritt des Sozialisten ist also mehr eine Sache des Prinzips, eine „Pflicht der republikanischen Solidarität“.

In einer ähnlichen Situation ist im 3. Bezirk des 11. Arrondissements Genosse Lauche zugunsten des radikalen zurückgetreten, trotzdem der reaktionäre Kandidat, der gedehnte Schriftsteller Paul Adam, verbleibt.

Die „parlamentarischen Sozialisten“ kamen in drei Bezirken als begünstigte republikanische Kandidaten in Betracht. Doch hat sich Gabriel Deville im 4. Arrondissement zurückgezogen, da er bei der Abstimmung, die er durch seine Haltung im Parlament bei den organisierten Genossen hervorgerufen hat, wenig Aussicht auf Erfolg hätte. Der „gute Richter“ Magnaud, der unverzüglich als Kandidat aller Republikaner aufgestellt worden ist, wird wahrscheinlich gewählt werden. Im 5. Arrondissement hat der unabhängige Sozialist Viviani 5218, der frühere nationalistiche Deputierte Auffray 5010, der Kandidat der sozialistischen Partei Collignon 598 Stimmen erhalten. Die sozialistischen Stimmen werden wohl alle Viviani zufallen.

Gegen die Belagerung der Genossen Aubriot und Couture, ihre Kandidatur zurückzuziehen, hat nun gestern die Exekutivkommission der Gesamtpartei Stellung genommen. In einer Resolution, die mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde, bezeichnete sie das Vorgehen der Genossen als einen Akt der Disziplinlosigkeit und erklärte, daß die einzigen Kandidaten der Republikaner und Sozialisten in den zwei in Frage kommenden Bezirken die bürgerlich-radikalen Chaubard und Quiffon sind. Es ist daher keine gewöhnliche Erscheinung, daß eine Partei ein Mandat, das sie selbst befehlen hat, selbst aufgibt und die Preisgabe oben-dreien als eine Parteipflicht hinstellt. — In Bezug auf die sozialistischen Dissidenten befaßte die Exekutivkommission, daß die Genossen und die Abgeordneten der Partei für diejenigen, die die Partei verlassen haben, weder sprechen noch Klatsch anschlagen dürfen.

Die radikale und radikalsozialistische Partei ist mit dem Vorgehen der Exekutivkommission gegen die zwei opponierenden Wahlkreise natürlich höchlichst einverstanden, obwohl sie in anderen Fällen die sozialistische Parteidisziplin als „Tyrannei“ hinstellt. Im übrigen muß anerkannt werden, daß die radikalen Kandidaten die Parole, den begünstigten Sozialisten Platz zu machen, fast überall befolgen. So ist denn in Paris die Wahl der Genossen Crauffer, Allemane und Cardet, in St. Denis die von Weber und Willm ziemlich gesichert. In der Provinz allerdings leisten einzelne radikale Widerstand gegen das Gebot der „republikanischen Solidarität“. Im Departement Hauts Pyrénées ist ein Radikalsozialist sogar zugunsten des radikalen Dissidenten Henri Maret, eines begabten, aber aus der Panama-Zeit her berühmten Schriftstellers, zurückgetreten, der gegen den regierungsfreundlichen Republikaner Reinach, den alten Freund Gambettas, kandidiert. Auch gegen die Sozialisten richtet sich in vereinzelt Fällen die Stichwahlstrategie der radikalen Kandidaten. Andererseits haben auch die Sozialisten in mehreren Provinzwahlkreisen die Unterstützung der regierungsfreundlichen Kandidaten abgelehnt. Im zweiten Wahlkreis von Grenoble z. B. bekam der Progressif Pichet 7215, der Radikale 4083, der unabhängige Sozialist Cournaud 6332 und der unaffilierte Sozialist Prizon 8006 Stimmen. Die Genossen befolgten, die Kandidatur Prizon nicht zurückzuziehen!

Man sieht, ganz ohne Reibungen vollzieht sich diese erste Wahlaktion der geeinigten Partei nicht, aber die vereinzelten Differenzen können den imponierenden Eindruck, den der Aufmarsch des sozialistischen Proletariats auf alle ersten Beurteiler der französischen Politik gemacht hat, nicht beeinträchtigen. Doch die besprochenen Erscheinungen eine Diskussion darüber anregen werden, inwiefern für eine sozialistische Massenpartei der Gesichtspunkt des gemeinsamen demokratischen Interesses auch dort bestehen bleiben kann, wo die Gefahr eines reaktionären Sieges gar nicht vorliegt, ist wahrscheinlich und auch wünschenswert. Das Vorgehen der jetzigen bürgerlich-radikalen Regierung gegen die gemeinschaftliche Bewegung dürfte die Vertreter der über den Notfall hinausgehenden republikanischen Solidarität um kein Argument bereichern.

Deutsches Reich.

Heslerdienste.

Die reaktionäre Presse bringt es fertig, den jämmerlichen offiziellen Rechtfertigungsversuch, durch den die „Nordd. Allg. Ztg.“ den preussischen Polizeiminister in der Affäre Schöne-Prodhusen in die Tinte hineingeritten hat, entweder ohne jeden Kommentar ab-zudrucken oder gar als gelungenen Abwehr zu bezeichnen. Diese schamlosen Heslerdienste werden freilich nichts nützen!

Die freisinnige Presse ist sich, wie es ja auch gar nicht anders möglich war, einig darüber, daß die Entgegnung des offiziellen Blattes nichts war als eine über Erwarten tendenziöse und un-geschickte Rede. So erklärt die „Voss. Ztg.“:

„Das ist nichts als Silbentuscherei. Ob der Satz aus der Rede des Ministers fortgelassen war oder nicht, ist gleich-gültig, da sich die Ausführungen des Rechtsanwalts und seine Schlussfolgerungen hauptsächlich gerade gegen diesen Satz richten. Es ist sehr bedauerlich, daß sich „nicht zuverlässig“ hat feststellen lassen, wie die Spionageaffäre in die Ausweitungssache hineingetragen wurde und wie sie sich abspielte. Aber weil das dem Minister und seinen Beamten nicht gelungen ist, sollte es selbstverständlich erscheinen, daß diese Feststellung im Wege des gerichtlichen Verfahrens, insbesondere durch die gerichtlichen Ermittlungen über den falschen Paß und das falsche Religionszeugnis, aber die sich der Minister ausgeschworen hat und auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ schweigend unerläßt. Die ganze Anklage des Blattes ist so lahm, daß, wenn die Regierung nichts Besseres sagen kann, als was in der „Nordd. Allg. Ztg.“ steht, es weise gewesen wäre, gar nichts zu sagen, woraus freilich ebenfalls Schlüsse gezogen werden müßten, die dem Minister nicht wünschenswert erscheinen würden.“

Das „Berl. Tagebl.“ urteilt: „Und will scheinen, als sei diese Vertuschung nichts als eine Behauptung der vom Rechtsanwalt Viehrecht gemachten Angaben. Jedenfalls wird die Regierung nicht umhinkönnen, anders als in dieser gewundenen Form zu den Anklagen des Herrn Viehrecht Stellung zu nehmen. Deshalb vernimmt man die Herren Schöne und Prodhusen nicht zu Protokoll und teilt mit, was sie zu sagen haben? Dann ließe sich weiter-re-den.“

Die „Freie Deutsche Presse“ sagt: „Die Hauptsache ist, daß die Polizei nunmehr gegen-über den bestimmten Versicherungen des Rechtsanwaltes des russischen Kaufmanns einen jämmerlichen Rückzug antreten muß, der nur höchst dürftig durch Wiederwendungen maskiert wird, wie-

es habe nicht zuverlässig festgestellt werden können, wie die Spionageaffäre in die Ausweitungssache hineingetragen worden ist und wie sie sich im einzelnen abgepielt habe.“ Außerdem fehlt aber — und das ist außerordentlich wichtig — jede Bemerkung des offiziellen Blattes darüber, wie es denn eigentlich mit dem falschen Paße steht, der dem russischen Kaufmann von dem Kriminalkommissar Schöne ausgehändigt worden ist, und in dem der Paß, der jüdischer Konfession ist, als Angehöriger der deutschen Nation, als ein gewisser Ernst Fiedler und als Christ charakterisiert wird. Wie kam die Polizei dazu, dem russischen Kaufmann ein gefälschtes Dokument zu übergeben? Hierüber wird die zuständige Behörde wohl oder übel deutlich Rede und Antwort stehen müssen.

Weit entfernt also, daß durch die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Sache aus der Welt geschafft worden wäre, fängt sie jetzt erst recht an, das öffentliche Interesse zu erregen.“

Geradezu erbärmlich benimmt sich wiederum das führende Zentrumsorgan, die „Germania“. Zu ihrem Scherz kann sie nach der Entgegnung der „Nordd. Allg. Ztg.“ die ganze Auseinandersetzung nun nicht mehr totschweigen. Trotzdem teilt sie von dem Inhalt der Viehrechtischen Erklärung nicht einmal so viel mit, wie selbst die „Voss.“ noch vor der Entgegnung des offiziellen Blattes mitzuteilen für nötig hielt. In einer Notiz von ganzen 22 Zeilen quirlt sie die Auslassungen Viehrechts und des Offiziöses der „Nordd. Allg. Ztg.“ derartig durcheinander, daß kein Leser eine Ahnung bekommt, um was es sich eigentlich handelt. Und ihre Stellungnahme zu der skandalösen Affäre besteht dann in der scharf-sinnigen Bemerkung: „Die Sache ist, wie sich aus den vorstehenden Bemerkungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ ergibt, offenbar nicht recht in der Ordnung.“

Das ultramontane Hauptorgan gefallt sich also auch hier wieder zu dem reaktionären Heschergesindel! —

Das Schulkompromiß gesichert.

Eine Zeitungs-Korrespondenz meldet, daß nunmehr ein neues Kompromiß zwischen den Konservativen und dem Zentrum einerseits und den Nationalliberalen andererseits zustande gekommen sei. Dies sei dadurch geschehen, daß man den Nationalliberalen das Zugeständnis gemacht habe, den § 40 der Schulvorlage, der die Anstellung der Direktoren in den Gemeinden völlig in der Machtvollkommenheit der Regierung stellte, aus der Vorlage auszuschalten. Bekanntlich sträubten sich die Nationalliberalen gerade gegen diesen Paragraphen, der einen Eingriff in die kommunale Herrschaft des Liberalismus bedeutete. Doch wurde bereits seit einiger Zeit gemunkelt, daß erneute Kompromißverhandlungen mit den Nationalliberalen im Gange seien, da von freikonservativer Seite der Vorschlag gemacht worden sei, die Zustimmung der Nationalliberalen zur Schulverfassungsvorlage dadurch zu erlangen, daß der Stein des Anstoßes, eben der § 40, einseitigen hinweggeräumt werde. Diese Gerüchte werden jetzt durch die erwähnte Korrespondenz dahin bestätigt und ergänzt, daß das neue Kompromiß nunmehr tatsächlich zustande gekommen sei. Das „Reich“ bestreitet zwar, daß die Kompromißverhandlungen bereits soweit gediehen seien, doch versichert auch es, daß alle Aussicht vorhanden sei, daß in aller Eile die Unterhandlungen zu einem „günstigen Abschluß“ ge-diehen sein würden. Es unterliegt also kaum noch einem Zweifel, daß die nationalliberale Landtagsfraktion trotz der Opposition der nationalliberalen Jugend und trotz der Professorenproteste dem schmählichen Werke der Schulverfassung und Gemeindeunterstützung ihre parlamentarische Unterstützung zuteil werden lassen wird!

Wir haben von den Nationalliberalen von allem Anfang an nichts anderes erwartet. Den Unternehmerinteressen gegenüber schweigen alle ideologischen „liberalen“ Gewissensstruipel. Dem „Gruben- und Hüttenkapital“ gelten ebenso wie den ost-elbischen Junkern die dümmsten Arbeiter als die besten Arbeiter. Und das „Gruben- und Hüttenkapital“ dominiert in der nationalliberalen Partei. Daher die Zustimmung der Nationalliberalen zu der Schulvorlage, die die Volksschule völlig der Pfaffen und den staatlichen Aufsichtsbehörden — den Handlangern der Krant- und Schlotjunfer — ausliefert und der systematischen Verödung der arbeitenden Massen den erdenklichsten Vorschub leistet! —

„Christliche“ Verleumdung.

Durch die „Christlich-national-gefärbte“ Presse macht wieder die Geschichte der angeblich nach Russland geschickten 20 000 M. Bergarbeitergeld die Runde. Aus der Tatsache, daß Genosse Sackse, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, auf eine berufsunstanzliche Verhandlung der 20 000 M. Geschichte vor der Essener Strafkammer verzichtete, folgert wider besseres Wissen die Verleumderstippe, es sei „doch etwas nicht in Ordnung“.

Bekanntlich griff bei der Essener Stichwahl das Zentrum am Tage vor der Entscheidung zu dem schiefen Mittel, der Sozialdemokratie „Kraus an Bergarbeitergeldern“ vorzuwerfen. Der Redakteur Hankamer von der „Essener Volkszeitung“ sagte in einer Wählerversammlung nach Mitteilung von Bergarbeiterbündlern, der Bergarbeiterverbandsvorstand habe 20 000 M. für die russischen Revolutionäre verwendet. Daraufhin strengte der Verbandsvorstand gegen Hankamer die Klage an. Der Schöffengerichtstermin fand am 19. Dezember v. J. statt. Hankamer verteidigte hoch und heilig, er habe den Verbandsvorstand gar nicht gemeint, nur den sozialdemokratischen Parteivorstand! Dieser habe im Jänner Parteitagbericht zugestanden, 20 000 M. von für die streikenden Bergarbeiter gesammeltem Gelde nach Russland für die Revolutionäre geschickt zu haben. H. A. Dr. Riemeyer, der Vertreter des Bergarbeiterverbandes, hielt dem Zentrumsmann vor, es sei auch nicht wahr, daß 20 000 M. Bergarbeitergeld vom Parteivorstand an die russischen Revolutionäre geschickt sei. Vielmehr berichte der Parteivorstand auf Seite 41 des Parteitagprotokolls nur, daß zur Ausrüstung des Stendes der durch den Befreiungskampf „in Not geratenen Arbeiterfamilien“, wiederholt Geldbeträge aus der Parteikasse nach Russland geschickt worden seien. Gegen eine solche Hilfsaktion sei aber gerade von der Zentrumspartei um so weniger etwas einzuwenden, als der Erzbischof Fischer von Köln ebenfalls zu einer Sammlung für die Opfer der russischen Revolution beigetragen habe! Da Hankamer dabei blieb, nur den Parteivorstand gemeint zu haben (der Bergarbeiter-vorstand sei gar nicht beschuldigt), so beantragten Genosse Sackse und H. A. Riemeyer, den Parteikassierer Gerisch-Berlin zu vernehmen. Dieser würde nachweisen, daß er, nachdem von der Streikleitung offiziell die Streikbroschüre gesammelt, dies am 8. März 1905 im „Vorwärts“ bekannt gegeben habe. Das habe dahin bei der Parteikasse eingegangene Streikunterstützungsgeld habe Gerisch laut Quittungen ohne Abzug an die Kasse der streikenden Bergleute abgeliefert! Als nach dem offiziellen Sammelabschluß dann noch Gelder bei Gerisch einliefen, habe er jedem Einsender oder Heberbringer schriftlich oder mündlich die Sachlage klargelegt und die Geder ersucht, zu bestimmen, wofür das Geld stehen solle, ob in die Parteikasse zur Verfügung der Partei, oder in die Kasse der Bergarbeiter. Je nachdem die Geder bestimmten, habe darauf Gerisch über das Geld verfügt. Auch das nach dem offiziellen Schluß der Sammlung einkaufende Geld sei der

Bergarbeiterklasse zugeführt worden, sofern die Geder es be-stimmten!

Der Rechtsanwalt Dell (Essener Zentrumsführer) und der be-lagte Zentrumskassierer Hankamer protestierten gegen die Ver-nehmung von Gerisch. Sackse wies darauf hin, daß die Gegner syste-matisch mit der 20 000-Mark-Geschichte haufenweise gingen, in bester Weise würde doch der Verbandsvorstand beschuldigt. Hankamer blieb dabei, den Verbandsvorstand nicht beschuldigt zu haben. Das Gericht entschied, durch die widersprechenden Zeugenaussagen sei die Ausrüstung Hankamers nicht festgestellt worden. Wenn er sie doch getan hätte, so sei das während der Wahlagitatorion geschehen, deswegen stände ihm der Schutz des § 193 zur Seite! Auf Grund dieses Paragraphen müsse Freisprechung erfolgen.

Bei der Urteilsbegründung sagte der Gerichtsvorsitzende wörtlich: „Die Vorstandsmitglieder des Bergarbeiterverbandes sind Ehrenmänner, denen man nicht nachsagen darf, sie hätten Berg-arbeitergelder widerrechtlich verwendet!“

Eine unzweideutige Ehrenerklärung konnten die Bergarbeiter-vorstandsmitglieder nicht verlangen.

Damit auch eine höhere Instanz feststelle, ob der § 193 einen ultramontanen Wahlagitator schützt, wenn er ehrliche Leute ver-dächtigt, legte der Verbandsvorstand sofort Berufung ein. Bevor es aber zu der zweifelsinanzlichen Verhandlung kam, teilte Herr Rechts-anwalt Dr. Riemeyer dem Genossen Sackse mit, es sei keine Aussicht vorhanden, daß das Berufungsgericht zu einem anderen Entschluß kommen würde. Hankamer blieb dabei, den Verbands-vorstand nicht beschuldigt zu haben. Deshalb gebe er (H. A. Riemeyer) den Rat, den Berufungstermin nicht durchzuführen. Die von dem Schöffengericht abgegebene Ehrenerklärung spreche ja den Verbands-vorstand von jeder Rechtswidrigkeit frei.

Auf den Rat seines Rechtsanwalts verzichtete der Verbands-vorstand auf die Berufungsverhandlung und erschien nicht zum Termine.

Das alles weiß die „Christliche“ Presse, sie weiß auch, daß Dell und Hankamer durch ihren Protest die vollkommene Entlarbung des ultramontanen Wahlschwindels verhinderten. Trotzdem bringt sie jetzt wieder verdächtigende Artikel. Verlogenheit und Heuchelei sind ihr Lebenselement. —

Ein neuer Schlag gegen die Bergarbeiter.

Am Mittwoch hat das Abgeordnetenhaus die Bergarbeiter er-neut mit Skorpionen gezückt. Der Trugnovelle, die der große Streik geboren hat, folgt die Verschlechterung des Anapptastassengesetzes. Anstatt einer Erweiterung der Arbeiterrechte wird die Ab-änderung des Titel 7 des Allgemeinen Vergesetzes neben kleinen Verbesserungen auch eine erhebliche Verschlechterung bringen. Den Invaliden soll das passive Wahlrecht für die Vertreterwahl genommen werden. Das bedeutet, den Unternehmern das Mittel in die Hand geben, unbenutzte Kestle hinauszubugieren. Invaliden können nicht gemahregelt werden, darum sollen sie hinaus! Aber damit ist der Haß der Reaktion gegen die Bergarbeiter noch nicht gestillt. Die Bestimmung in dem Entwurf, welche das geheime Wahlrecht für alle Anapptastassien verlangt, hat man gestrichen. Und den Hosen verweigert man überhaupt das Recht, Leute ihres Vertrauens zu wählen.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Bergleute für eine Reform, die ihnen einen wirklichen Einfluß auf die Anapptastassien einräumt. Wie zum Hofen schlägt man ihnen nun noch einen Teil der winzigen Rechte aus der Hand und liefert die Kassen vollständig der Willkür der Unternehmer aus. Gut und Empörung muß dieses Vorkant bei der Bergarbeiterschaft auslösen. Doch was kümmert sich die dem Unternehmern dienstwillige Regierung darum? Und das muß konstatiert werden: die Hauptverantwortung für den neuen Schlag gegen die Bergarbeiter trägt das Zentrum! Es treibt sein Doppelspiel weiter, sich arbeiterfreundlich zu drehen und dabei der Reaktion Handlangerdienste zu leisten. So bei der Vergnovelle, so auch jetzt. Damals verkündete es mit lächelnden Worten, es werde eventuell durch Einbringung eines Reichsberggesetzentwurfes der Verschärfung der Novelle vorgebeugt. Es brach sein Wort! Und nun? Wohl! stellt man Anträge, die den Wünschen der Arbeiter entsprechen, aber man weiß, diese werden abgelehnt und dabei beruhigt man sich. Namentliche Zustimmung soll das Zentrum beantragen für die dritte Lesung, die am Montag vorgenommen werden soll. Damit ist den Bergarbeitern nicht gedient, die Komödie hat gar keinen Wert. Wiederholt hat das Zentrum verabsäumt, den Bergarbeitern das geheime Wahlrecht zu sichern. Bei Beratung der Novelle zur Entschärfung der freien Hilfskassen, bei Beratung des Gesetzes über den Versicherungsvertrag hat das Zentrum geholfen, sozialdemokratische Anträge niederzuzustimmen, durch welche für die Anapptastassien das geheime Wahlrecht garantiert wurde.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstage einen Antrag zum Anapptastassienwesen eingebracht, in welchem u. a. das geheime, freie Wahlrecht gefordert wird, dieselbe Forderung wird gestellt in einem sozialdemokratischen Antrags betreffend Abänderung des Krankentastassengesetzes.

Warum hat das Zentrum nicht geholfen, diese Anträge durch-zubringen? Es stellt nur dann Verbesserungsanträge, wenn es weiß, daß sie doch abgelehnt werden. —

Die Berliner Schlächtermeister leisten sich, um ihre Preispolitik zu rechtfertigen, die seltsamsten Sprünge. Gestern abend hatten sie sich bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, versammelt, um entrüstet gegen die Behauptung zu protestieren, sie wären mit ihren Verkaufspreisen doch immer nicht entsprechend dem Rückgang der Viehpreise herunter-gegangen. Zugleich aber nahmen sie eine Resolution an, in der sie selbst zugeben, bisher noch die Detailpreise unverhältnismäßig hoch-zuhalten, denn in dieser Resolution heißt es wörtlich:

„Jeder Late muß zugeben, daß die im Sommer zum Verkauf gelangende sogenannte Winterware in einer Zeit subzidiert worden ist, wo die höchsten Preise für frisches Fleisch gehandelt worden sind; soll da ein Verkaufspreis nach augenblid-lichen Preisen für frisches Fleisch möglich sein? Die Preise für frisches Fleisch sind unbedingt herabgesetzt, was jede Hausfrau bestätigen muß. Außerdem aber sind für die Höhe der Fleisch-preise auch die teuren Eisenpreise sowie der Umstand von Einfluß, daß die niedrigeren Schweinepreise zu einer Zeit (Sommerzeit) eingetreten, wo viele Teile des Schweines, wie Kopf, Weine, Bauch und Fett nicht zu verwenden sind, während das Publikum seinen Einkauf nur auf die besseren Saisonartikel beschränkt.“

Zum Schluß dieser kuriosen Resolution wird erklärt: „Die Fleischermeister Berlins und Umgegend würden es mit Freuden begrüßen, der Bevölkerung so billiges Fleisch liefern zu können, wie in früherer Zeit, leider ist es daran nicht zu denken. Das Fleischergewerbe erblickt nach wie vor das größte Uebel zur Fleischsteuerung in der Schließung der Grenzen und hält die Deckung der Grenzen zur Einfuhr von lebendem Vieh für das einzige Mittel zur Verhinderung normaler Fleischpreise.“

Die Resolution enthält also nichts anderes als einen kurzen Auszug der kürzlich bereits von uns kritisierten Rechtfertigungs-versuche der „Allgem. Fleischer-Zeitung“. Rochmals auf diese Ver-logenheits-Argumentation des ehrsamten Blattes zurückzukommen, lohnt sich nicht der Mühe. Nur zu dem schönen Schluß der Resolution müßten wir uns die Bemerkung gestatten, daß wir mit der Forderung einer Deckung der Grenzen

für die Vieheinfuhr völlig einverstanden sind, doch bedarf diese Forderung — besonders in Anbetracht der unerschämten Preispolitik der Schlächtereimungen — eine Ergänzung: zugleich mit der Grenzsperrung für die Einfuhr von lebendem Vieh müßten auch die Hölle und Einfuhrbeschränkungen für frisches und gepökeltes Fleisch sowie das Einfuhrverbot für Wurstwaren fallen. —

Die Wehrsteuer! Die nationalliberale Partei des Reichstages hat zur Reichsfinanzreform folgende Resolution eingebracht:

Der Herr Reichskanzler zu eruchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den vom Militär- dienst Befreiten die Zahlung einer einmaligen, eventuell in Raten zu entrichtenden Abgabe nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit auferlegt wird.

Es ist bezeichnend, daß gerade die Partei der Reichsten der Wehr eine Wehrsteuer fordert, durch die dem Proletariate neue schwere Steuerlasten auferlegt werden sollen! —

Reichstagsarbeiten. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Gesetzentwürfe betr. die Änderung der Artikel 25 und 32 der Reichsverfassung und die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen. —

Von der sächsischen Justiz. Mitten im Streit der mitteldeutschen Vergleiche wurde bekanntlich vor einigen Wochen der Genosse Polorny wegen Verleumdung einiger Redenbesitzer vom sächsischen Gericht zu Stolberg zu der horenden Strafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Vor einigen Tagen kam die Sache vor die Verurteilungskammer des Chemnitzer Landgerichts. Der Tatbestand ist folgender: Am 19. November 1906 wurden im Lugau-Delesitzer Kohlenbezirk wie im Juidauer Bergarbeiterversammlungen abgehalten. Ueber die in Wiederwürdig abgehaltene Versammlung brachten die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ einen Bericht, in dem u. a. geschrieben war: „Polorny kam noch auf den Königbesuch in Juidau zu sprechen, wo dem Monarchen im Wilhelmshof sogenannte Potemtschische Dörfer vorgeführt worden seien. Die Vergleichen hätten ihren König also beschwindelt und betrogen.“ Unter Hinweis auf diesen Bericht stellten die Vorstandsmitglieder des Wilhelmshofes Schmidt und Wächter und der Vorsitzende des Aufsichtsrates des Werkes, Koller, Strafantrag. P. bestritt, sich im Sinne der Anklage geäußert zu haben. Es wurden die Zeugnisaussagen vor dem sächsischen Landgericht verlesen. Die belastendste ist die des Redakteurs Ficker der „Neuesten Nachrichten“. Nach dem Protokoll hat er ausdrukt erhalten, was er in seinem Bericht geschrieben. Er habe sich stenographische Notizen gemacht, und die betreffenden Äußerungen im Bericht verwendet. Auch der Vorsitzende aus jener Versammlung wurde vernommen. Dieser hat die Äußerungen nicht vernommen, obwohl P. neben ihm gestanden hatte, als er sprach. Ein Ankläger Knappe gab als Zeuge an, daß er diese Äußerungen nicht gehört und auch einen solchen Sinn aus dem Vortrage nicht herausgehört habe. Sämtliche Königsstreue Knappe, die in der Versammlung gewesen, hätten für die vorgeschlagenen Maßnahmen mit gestimmt, und auf dem Nachhausewege hätten sie das Reserat Polornys gelobt ob seiner Sachlichkeit und Treue.

Das Landgericht trat im Kernpunkte dem schöffengerichtlichen Urteil bei. Es erachtete als erwiesen, daß P. die Äußerungen genau und damit den Beamten des Wilhelmshofes vorgelesen habe, daß sie den König geküßelt hätten. Daraus aber habe er die Beamten verächtlich gemacht. Da er schon zehn Vorstrafen wegen Verleumdung erlitten, sei eine empfindliche Strafe am Platz, zumal P. nicht der Schuß des § 193 zugebilligt werden könne. Aber das schöffengerichtliche Urteil gehe bezüglich der Strafzumessung zu hoch. Zwei Monate Gefängnis erachtete das Gericht als ausreichende Sühne.

Kolonialwirtschaft an der preussisch-russischen Grenze.

Wie oberhalb des Flusses zu berichten wissen, ist am 11. Mai der preussische Grenzbeamte Wache aus Eichenau (Klein-Dombrofel) auf einem Patrouillenzuge, den er in Begleitung mehrerer Einwohner unternahm, 100 Meter von der russischen Grenze entfernt, von einem russischen Grenzsoldaten in die linke Seite des Flusses geschossen worden. Wache ist lebensgefährlich verletzt. Die Begleiter Waches sahen deutlich, wie der Kugel auf Wache anlegte, nahmen aber an, daß er nur einen Scherz machen wolle.

Dies ist bereits die dritteste Mordtat innerhalb des letzten Jahres. Wie viele Fälle mögen indes unbekannt geblieben sein, weil es sich um arme Leute handelt, deren Leben für die kapitalistische Gesellschaft keinen Wert hat!

Gegen die Reichstagsarbeiten sollen nach einer Mitteilung im „Leipz. Tagbl.“ die Vertreter des Königreichs Sachsen und einiger anderer Staaten im Bundesrat gestimmt haben. Wie es heißt, war die sächsische Regierung von jeder Gegnerin der Reichstagsarbeiten und sie hat ihren ablehnenden Standpunkt auch in der Kammer eingeholt. —

Deimling Nachfolger Trothas.

Im „Tag“ lesen wir: Wie wir mitteilen können, steht die Genehmigung des vom Generalleutnant v. Trotha eingehenden Abschiedsgesuches unmittelbar bevor. Das Kommando über die Schutztruppe in Südwestafrika wird Oberst v. Deimling übertragen werden. Mit der Vertretung des erkrankten und beurlaubten Obersten Ohnejorge beim Oberkommando der Schutztruppen ist Major Duade vom Generalstab beauftragt worden und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er der Nachfolger des Obersten Ohnejorge wird, falls dieser seine bisherige Tätigkeit nicht wieder aufnehmen kann. So werden in Zukunft an den genannten, so aberaus wichtigen Stellen Offiziere stehen, welche die Verhältnisse in unseren Kolonien aus eigener Anschauung und Kriegserfahrung kennen.

Optimisten konnten glauben, daß die Gefangennahme Morengas das Ende des südwestafrikanischen Krieges bedeuten würde. Die Entsendung Deimlings läßt aber keineswegs auf die Absichten der Regierung schließen, dem so ungeheuer kostspieligen Abenteuer nunmehr ein Ende zu machen. Die halbe Milliarde soll erst voll gemacht werden! —

Ausland.

Schweiz.

Eine polizeiliche Gummischlauch-Affäre vom Zürcher Kantonsrat.

Zürich, 15. Mai. (Fig. Ver.)

Im Zürcher Kantonsrat kam gestern eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion betreffend die Mißhandlung des Berliner „Anarchisten“ Johannes Holzmann im Gefängnis durch den Polizeioberleutnant Locher zur Verhandlung. Der schon zweimal aus Zürich und der Schweiz ausgewiesene Holzmann war kürzlich wieder in Zürich aufgetaucht und wieder verhaftet worden. Im Gefängnis wurden der inzwischen nach Strahburg ausgelieferte Polizeikommissar Stephan, seine Frau und der Rechtsanwalt Dr. Farbslein zufällig Zeugen, wie Locher den Holzmann in der Zelle mit einem Gummischlauch schwer mißhandelte, worauf Frau Stephan mit ihrer Namensunterzeichnung die Affäre im „Volksrecht“ veröffentlichte. Die Behörden schwiegen zunächst darüber, und ein Teil der Bürgerlichen gönnte dem Anarchisten die Mißhandlung. Endlich gab der offizielle Polizeibericht die Zusammenhänge der Mißhandlung an.

Im Kantonsrat begründete unser Genosse Kaufmann die Interpellation, indem er den vielschichtigen Mißbrauch auf das Schärfste verurteilte und die Abschaffung des Gummischlauchs in der Polizeilagerne sowie die Entlassung des Prügelschleiders forderte. Die Antwort gab der dem Polizeioberleutnant geliebte Justizdirektor Vögeli, der die Mißhandlung damit zu entschuldigen versuchte, daß

Holzmann die Polizeibeamten „Schurken“ und Locher insbesondere einen „seligen Schurken“ genannt habe. Er sei nur einige Minuten geschädigt worden. Die Sache wäre aber nicht gefährlich und man solle sie daher nicht übertrieben, zumal da der prügelschleider Polizeibeamte einen Verweis erhalten habe. Damit sei dieser „Disziplinärhandel“ wohl erledigt.

Von dieser fast schnodderig zu nennenden Antwort war der Interpellant natürlich nicht befreit. Es gab noch eine lebhaftere Debatte, an der sich unsere Genossen Dr. Farbslein, Sigg, Greulich und Pflüger beteiligten. Damit war der Fall vorläufig erledigt. —

In der nächsten, auf den 18. Juni anberaumten Sitzung des Kantonsrats kommt die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Affäre des Unberühmten-Dozenten Dr. Goldstein zur Verhandlung, in der Locher Vater als gewöhnlicher Erziehungsdirektor die unruhige Rolle spielt. Befürchtet wird ihm so wenig wie seinem Sohne, im Gegenteil haben sie durch ihre brutale Schnelligkeit ihre Stellungen nur befestigt.

Frankreich.

Der 33. sozialistische Deputierte.

Paris, 15. Mai. (Fig. Ver.)

Bei der Deputiertenwahl in Guyana wurde Genosse Franconie, Mitglied der geeinigten Partei, gewählt. Der bisherige radikal-sozialistische Vertreter blieb in der Minderheit. — Interessant ist, daß auch die Kolonie Guadeloupe zwei Sozialisten — allerdings sehr fragwürdige Sozialisten von der „parlamentarischen“ Partei — in die Kammer geleitet hat. Gérault-Richard schlug dort den Gemäßigten Gerville-Neache. Seinen früheren Wahlkreis hatte er dem bekannten Regier Legitimist abgetreten, der ehemals als Deputierter dem guesdistischen Flügel der Partei angehört hat. Auch Legitimist siegte. Die Wahlkampagne in Guadeloupe ist im ärgsten Bild-West-Stil geführt worden. Von einer wirklich sozialistischen Propaganda war nicht die Rede. Gérault-Richard war geradezu der Kandidat der reichen Pflanzler, und die Regier wurden für ihn zur Neue getrieben. —

England.

Das Parlament, die Polizei und die persönliche Freiheit.

London, 15. Mai. (Fig. Ver.)

Diesem Deutschen, die nicht begreifen können, warum die Engländer so stolz auf ihr Vaterland sind und warum es so schwierig ist, eine revolutionäre Bewegung in England ins Leben zu rufen, haben jetzt Gelegenheit, eine der Ursachen dieser Erscheinungen kennen zu lernen.

Im Parlament fand gestern eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten und Ministern statt, und zwar über folgendes Vorkommnis:

In der Nacht zum 24. April wurde eine französische Frau zwischen 11 und 12 Uhr in Regent Street verhaftet, da sie nach den Angaben von drei Polizisten unzüchtige Äußerungen an Männer geäußert hatte. Die Polizei behauptet, die Frau sei seit einigen Monaten beobachtet und als Straßendirne befunden worden; sie fragte in Regent Street auf und ab — ganz allein, spät in der Nacht, und sie spreche Männer an. —

Vor den Polizeirichter gebracht, bestritt die Frau die Angaben der Polizei. Ihr Mann, der sich im Zuschauerraum aufhielt, intervenierte von seinem Blau aus und verlangte, sofort vernommen zu werden. Der Richter kam diesem Wunsche nach. Mann und Frau erhoben nun schwere Vorwürfe gegen die Polizei, so daß der Richter die Verhandlung vertagte, um der Angeklagten Gelegenheit zu geben, weitere Zeugen zu bringen. Bei der nächsten Verhandlung wurde die Frau freigesprochen, aber der Richter meinte, daß sie durch ihr Benehmen sich verdächtig gemacht und der Polizei den Anlaß zum Einschreiten gegeben habe.

Diese Erklärung des Richters hat großes Aufsehen erregt, und nicht weniger als acht Parlamentsabgeordnete kündigten an, sie würden den Premierminister und den Minister des Innern interpellieren, da die persönliche Freiheit vonseiten der Polizei und der Richter bedroht sei. Das Publikum sei der Ansicht, daß die Französin zu Unrecht ihrer Freiheit beraubt worden und daß es die Pflicht und Schuldigkeit des Richters gewesen wäre, die Polizei scharf zu tadeln und die freigesprochene Frau in respektvollster Weise um Entschuldigung zu bitten.

Unter den acht Abgeordneten befanden sich Arbeiter, Liberale und Konservative, so daß man von einem allgemeinen Münche Englands sprechen darf, die persönliche Freiheit — auch der geringsten und verdächtigsten Person — strengstens zu achten.

Als Resultat der Interpellationen soll eine königliche Kommission eingesetzt werden, um die Methoden zu untersuchen, deren sich die Polizei bei Beobachtungen und Verhaftungen bedient. Aber schon die scharfe Verurteilung, die die Polizei und der Richter im Parlamente gefunden haben, wird sie in ihren Vorgehen künftig vorsichtiger machen.

Gibt es noch ein Land in Europa, wo sich ein Volk und ein Parlament aufgeregt hätten über die Verhaftung einer sich verdächtig machenden Ausländerin und über einen Richter, der es unterließ, sich bei dieser Ausländerin zu entschuldigen?

Man müßte einmal einen preussischen Junker — als Minister des Innern — bei der Beantwortung einer solchen Interpellation reden hören!

Japan.

Ein sozialistischer Erfolg.

Die elektrische Straßenbahn-Gesellschaft von Tokio hatte, wie das Parteiorgan der japanischen Sozialisten, „Hikari“, mitteilt, den Versuch unternommen, die Fahrpreise heraufzuschrauben. Eine entsprechende Petition lag dem Ministerium vor, und diese wäre höchstwahrscheinlich auch im Sinne der Gesellschaft beantwortet worden. Da griffen unsere Genossen ein. Sie machten sich nach besten Kräften den Anstand zunutze, daß die Regierung im März dieses Jahres auch den Sozialisten das Recht zugestanden hat, sich zu einer Partei zusammenzuschließen, Versammlungen abzuhalten und von der Redefreiheit Gebrauch zu machen. Sie veranstalteten eine große Demonstrationssammlung, kärten die Bevölkerung auf und die Protestbewegung wuchs so sehr, daß der Minister des Innern sich veranlaßt sah, den Anträgen der Gesellschaft nicht stattzugeben.

Der moralische Einfluß unserer Genossen ist durch diese geschickte durchgeführte Bewegung stark gewachsen; die Bevölkerung hat gesehen, daß die Sozialisten es sind, die für die Interessen der Allgemeinheit gegen die Mächtigten der Großkapitalisten eintreten. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Mai, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Sangerhans eröffnete die Sitzung nach 150 Uhr mit ehrenden Worten des Nachrufes für den am 13. d. M. an den Folgen des am letzten Donnerstag erlittenen Schlaganfalles aus dem Leben geschiedenen Stadtschulrats Dr. Gerstenberg. Er erwähnte besonders das organisatorische Talent, den Fleiß und die Anspruchslosigkeit, die den Dahingegangenen auszeichneten und die ihm das große Werk der obligatorischen Fortbildungsschule das er fast vollendet hat, durchzuführen ermöglichten.

Für die Vorbereitung der Neuwahl einen Ausschuss einzusetzen, wird sofort beschlossen, und zwar soll damit der bereits bestehende Ausschuss für die Neuwahl eines unbesetzten Stadtrats betraut werden.

Auch des Ablebens des früheren Stadtverordneten Lüben (Fr. Fr.) gedenkt der Vorsteher mit einigen warmen Worten.

Zur Beratung gelangt nunmehr endlich der seit Januar ex. der Versammlung vorliegende Entwurf einer Grundsteuerordnung nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes und einer revidierten Umsatztsteuerordnung unter Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Stadts. Heimann (Soz.): Wir haben die Vorlage mit Freuden begrüßt als einen Erfolg der Bestrebungen, die wir seit 1896 und länger beharrlich verfolgt haben. Im Jahre 1896 wurde ein bezüglicher Antrag abgelehnt und zahlreiche ihm folgende Anträge erlitten daselbe Schicksal. Nach 1902 haben Stadtrat Tourbié und Magistratsrat Hamburger Gutachten abgegeben, welche sich scharf gegen diese Steuer aussprachen. Die Steuerversuche, die dann inszeniert wurde, hat zur Annahme unseres Antrages geführt, und es steht zu erwarten, daß der erste Teil der Vorlage jetzt zur Annahme gelangen wird. Den zweiten Teil betreffend, kommt wesentlich nur die Wertzuwachssteuer in Betracht. Ich gab 1900/1901 eine erste Anregung dazu, die aber schon im Ausschuss auf feingigen Boden fiel; jetzt kommt der Magistrat aus freien Stücken damit. In der Grundbesitzerpresse ist nun über unsere heutige Versammlung zu lesen, daß nicht bloß der Grundbesitzer, sondern ganz Deutschland und die ganze gebildete Welt mit Spannung die Entscheidung der Versammlung erwartet. (Große Heiterkeit.) Es ist da von wüster Agitation und von der Möglichkeit die Rede, daß eine der festesten Säulen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zu zertrümmern der Sozialdemokratie gelingen werde. (Rufe: Du, Du und große Heiterkeit.) Ignoranz der Anhänger der heutigen Wirtschaftspolitik bricht sich allerdings die Anschauung erst ganz langsam Bahn, daß die Gesellschaft ein Anrecht auf den Gewinn hat, die sie selbst erzeugt. Nun sagt man, wenn der Konjunkturgewinn an Grund und Boden besteuert wird, muß jeder derartige Konjunkturgewinn besteuert werden. So auch die Kollekten der Kaufmannschaft in ihrer Protestchrift gegen die Steuer. Wir finden diese Theorie vollkommen richtig und haben nichts dagegen einzuwenden, wenn sie überall in die Praxis übergeführt wird. Nur ist die Sache nicht so einfach; bei den meisten anderen Konjunkturgewinnen bestehen auch noch erhebliche Unterschiede gegenüber denen beim Grundbesitz, während der Grundbesitz immer nur gewinnen kann. (Große Heiterkeit.) Die Erhebung des Grundbesitzers selbst ist für die Schaffung des Wertzuwachses doch absolut gleichgültig; der Grundbesitz steigert sich in seinem Werte, ohne daß der Besitzer auch nur den Haaren Finger zu rühren braucht. (Warm und Gelächter.) Das Parasitentum im Grundbesitz ist daher auch weit überwiegend als im sonstigen Kapital. Im einzelnen vermiße ich den sehr wichtige Erfordernis einer Steigerung der Steuerhöhe, kombiniert aus der Höhe des Wertzuwachses und der Länge der Zeit, in der sie entstanden ist. Die Vorlage schreibt nämlich im Gegenteil vor, daß die Normalsteuerhöhe, die sie selbst festsetzt, nur in wenigen Fällen zur Erhebung kommen sollen, so daß von 50 Proz. Eigentumszuwachs nur ein Drittel, 25 Proz. nur zwei Drittel und nur 25 Proz. den vollen Satz zu tragen haben sollen. Die Vorlage schont den älteren Besitz in durchaus ungeschicklicher Weise. Der Berliner Magistrat wird damit die gleiche Erfahrung machen, wie man sie in Frankfurt gemacht hat, und es besteht daher die Hoffnung, daß seinerzeit dieser Fehler hier wieder auf gemacht werden wird. Die Wertzuwachssteuer führt dem Stadtsäckel wenigstens einen kleinen Teil dessen zu, was eigentlich voll der Kommune gebührt, denn hofft man auch dadurch die Grundstückspekulation einzudämmen. Die Befürchtung, daß die Steuer diesen Zweck nicht erreichen könne, weil die Grundbesitzer sie doch wieder abwälzen würden und bloß eine Preissteigerung die Folge sein würde, liegt nach meiner Meinung nicht vor. Ich glaube nicht, daß diese Steuer abwärts werden kann. Leider ist die Vorlage ganz ungenügend als Mittel für eine Wohnungsreform zu dienen, dazu sind die vorgesehenen Steuerhöhen viel zu niedrig, auch wirken einige Spezialbestimmungen des Entwurfs direkt diesem Zweck entgegen, indem sie den Grundstückspekulanten eine Ausnahmestellung gegenüber allen sonstigen Spekulantengewinnen. Das Objekt, der Grund und Boden, ist ja eine Monopolware; außerdem wird dem Spekulant zugesichert, daß er den früheren Erwerbspreis und 4 Proz. Zinsen unter allen Umständen steuerfrei behält. Damit wird gerade das Gegenteil von einer richtig ausgestalteten Wertzuwachssteuer erreicht. In Bremen hat man ja sogar 5 Proz. Zinsen steuerfrei verlangt und auch die Zinseszinsen; die Mehrheit des Bürgerausschusses hat diese Anschauung aber von sich gewiesen. Die allgemeinen Einwände gegen die Wertzuwachssteuer in der Offensivität gehen zunächst davon aus, daß die Auslegung zu Härten führen werde. Gerade bei dieser Wertzuwachssteuer ist aber keine Härte zu fürchten; wo kein Wertzuwachs, da auch keine Steuer. Die Position der Kollekten der Kaufmannschaft übertrifft in dieser Beziehung in unglücklicher Weise. Dann heißt es, der Grundbesitz sei schon so überlastet, daß er unter dieser neuen Last zusammenbrechen muß. Da wird ebenso maßlos übertrieben: in Köln, heißt es, erzeuge jeder Grundstückswechsel zwei Sozialdemokraten. (Stürmische Heiterkeit.) Gewiß gibt es in Berlin Grundbesitzer, denen nicht ein Flegelstein auf dem Dache gebürt; solche Männer mögen in Schwierigkeiten kommen, wenn eine Wohnung leer steht und sie nicht wissen, wo sie die Hypothekenzinsen herbekommen sollen; damit ist doch aber nichts gegen die Lage des Grundbesitzes in Berlin gesagt, die eine geradezu glänzende ist. Ferner wird gesagt, der Grundbesitz gelte alles, was die Kommune ihm leistet, völlig und sogar über die Gebühr ab. (Stadts. Walfisch: Sehr richtig!) Sehr unrichtig, keine Anwendung städtischer Mittel gibt es, die nicht unmittelbar oder mittelbar dem Grundbesitz zugute kommt. Andererseits verlangt man, daß die Kommunen, wenn sie von dem Wertzuwachs etwas haben wollen, auch aufkommen müssen für jede Wertminderung. (Sehr richtig!) Ich möchte sehen, wie sich der preussische Fiskus zu einer analogen Forderung verhalten würde! Wir wissen doch auch, was die Grundbesitzer von der Stadt fordern, wenn sie deren Grundstücke braucht, um Verkehrsverbesserungen durchzuführen, die jenen unbedingt zugute kommen müssen! Hier wird die Wertzuwachssteuer als ein kleiner Ersatz für die Ungünstigkeit des kommunalabganges gesehen. Endlich wird die Behauptung aufgestellt, Berlin habe den Terrainspekulanten und Grundstückspekulanten zu danken, nicht aber deren Tätigkeit zu erschweren. Eine große Berliner Tageszeitung hat sich sogar zu dem Anspruch verpflichtet, daß ohne diese Gesellschaften Berlin mit Vororten nie zur heutigen Entwicklung gelangt wäre. Das geht mir einfach nicht in den Kopf. Eine verständige kommunale Bodenpolitik hätte diese Resultate auch gezeitigt, ohne und die großen Schäden dieser Spekulantengesellschaften zuzufügen, welche in der Hauptsache bloß Zerstörer unserer Städte sind und das gesamte umgebende Land der großen Städte in ihren Fingern mit eiserner Kraft festhalten. Was eine gesunde Spekulation ist und wo die ungesunde Spekulation anfängt, habe ich noch nicht herausfinden können; für uns ist jede Grundstückspekulation ungesund und schädlich. Der Ausschuss wird ja eine schwierige Arbeit haben, namentlich wenn er verhindern will, daß das Kapital durch die Maschinen der Steuerordnung durchschlägt. Das Schicksal der Vorlage ist ja recht zweifelhaft; geschloffen sind nur wir und die Sozialfortschrittlichen dafür; der Magistrat wird sich also unsere Unterstützung gefallen lassen müssen, so schnell ihm dabei auch manchmal werden mag. (Lebhafter Beifall.)

Stadts. Kämpf (N. S.): Die Bedenken des größten Teils meiner Freunde gegen die Vorlage sind seit Januar nur nach geblieben. Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert ist populär, aber sehr häufig wird letzterer gar nicht festzustellen sein. Die Wertzuwachssteuer ist als rechtskräftig überhaupt noch nicht unzulänglich anerkannt. Abgesehen davon überwiegen die Bedenken steuerpolitischer und wirtschaftlicher Natur, die Wertzuwachssteuer

ist die Übertragung der Theorie vom mühseligen Gewinn auf den städtischen Grundbesitz. — Im weiteren folgt Redner in den höchsten Tönen das Lob der Hausbesitzer und der Terraingesellschaften. Entwürfe weist er den Ausdruck "Parasitismus" zurück. Der Grundbesitz biete viele Vorteile, aber auch viele Mühen und Gefahren. Hausbesitzer sein in Berlin sei kein dornenloses Geschäft. Aus eigener Erfahrung demonstriert er die legendäre Wirksamkeit der Terraingesellschaften und exemplifiziert auf die Gesellschaft, an der er selbst beteiligt ist, die aus dem Terrain am Liebensee in Charlottenburg ein großartiges Quartier geschaffen habe. Er zählt die Pflichten und Leistungen der Gesellschaften auf und betont: "Wer die Grundstücke aufschließt, bringt ungeheure Opfer dafür!" (Stürmischer Widerspruch.) Die Umsatzsteuer sei schon eine Wertzuwachssteuer und zwar in beträchtlicher Höhe. Das schlimmste sei die rückwirkende Kraft, die einer Vermögenskonfiskation gleichkomme. Betroffen werde vor allem das Gewerbe. (Stürmische Zurufe: Spekulanten!) Ich bitte Sie, die Wertzuwachssteuer abzulehnen! (Lebhafter Beifall und Pfiffen.)

Stadt. Dr. Preuß (soz.-fortsch.): Betreffs der Besteuerung nach dem gemeinen Wert, hat selbst Herr Kämpf nicht bestreiten können, daß diese Idee populär ist. Die Wertzuwachssteuer ist ein alter liberaler Gedanke, der im Väterlande des Munizipalitalismus, in England, seine Vollendung gefunden hat. Wunderbar, daß dieser Gedanke unseren liberalen Kollegen hier als der Anfang des sozialistischen Zukunftsstaats erscheint! Öffentlich lernen unsere Kollegen, die sich jetzt in England befinden, auf diesem Gebiete recht ausgiebig zu. Daß Spekulanten auch Verluste erleiden, ist nicht zu bestreiten; aber wenn aus diesem Grunde die Besteuerung unterbleiben soll, müßte auch der Börsenspekulationsgewinn steuerfrei bleiben, weil an der Börse doch auch verloren werden kann. (Geisterleit und Zustimmung.) Soll man noch beweisen, daß der Grundbesitz durch seine innige Verbindung mit der Stadt gediehen ist und gedeiht? Die Umsatzsteuer bedarf zu ihrer Ergänzung durchaus der Wertzuwachssteuer. Die "Westdeutsche Hypothekensankt" in Köln steht in der dort bestehenden Wertzuwachssteuer ein sehr gutes Mittel, der wüsten Terrainspekulation entgegen zu wirken! Rückwirkende Kraft hat diese Steuer nicht, denn sie trifft nur Realisationen, die vollzogen werden noch Inkrafttreten dieses Statuts. Die Schonung des alten Besitzes ist immerhin geboten, um der Idee selbst die Durchsetzung zu erleichtern; Herr Heimann hat in diesem Punkte und auch bezüglich der freibleibenden 4 Proz. Zinsen übertrieben. Den ärgsten Unbilligkeiten der heutigen Gestaltung der Grundbesitzbegriffe ein Ende machen, heißt nicht dem Zukunftsstaat, sondern dem echten Liberalismus die Wege ebnen!

Stadt. Wommes (Fr. Fr.): Im Namen einer zurzeit noch kleinen Minderheit meiner Freunde, erkläre ich mich in Prinzip für die Wertzuwachssteuer, obwohl ich weder Bodenreformer noch Sozialdemokrat bin. (Geisterleit.) Der Magistrat hat durch die Vorlage den Grundbesitzern gegenüber einen ungewöhnlichen und anerkennenswerten Mut bewiesen. (Zustimmung.) Neue Einnahmequellen brauchen wir, das ist unbestritten; gerade dieses Steuerprojekt aber muß mit aller Kraft betrieben werden, wenn nicht der Effekt der neuen Steuer in Kürze illusorisch gemacht werden soll. Im einzelnen wird der Ausschuss manches ändern müssen, um die Steuer wirksam und gerecht zu konstruieren. Vermögenskonfiskation ist schließlich jede Steuer, und auch als den Anfang des sozialdemokratischen Staates sehe ich die Wertzuwachssteuer nicht an. Von "rückwirkender Kraft" ist hier keine Rede; das ist ein Schlagwort, mit dem die Grundbesitzer den Leuten Sand in die Augen streuen. Die mobilen Werte haben mit dieser Steuer gar nichts zu tun. Auch die Hausbesitzer werden sich an den Nachschub des gemeinen Werts gewöhnen.

Stadt. Wallach (A. L.): Noch niemals — wir sind ja vom Magistrat viel gewohnt — ist mir eine so dürftig begründete Vorlage, wie die der Wertzuwachssteuer vorgekommen. Wer ist denn der große Sozialdemokrat (Große Geisterleit) — der große Finanztheoretiker, auf den sich der Vater der Vorlage stützt? Es sind die Herren Professor Wagner, die Bodenreformer und die Sozialdemokraten! Eine rätselhafte Eile hat überhaupt der Magistrat mit dieser Steuer entwickelt. Unsere Steuerbeschlüsse, die Betriebs-, die Willeitssteuer, sie ruhen noch in den Akten des Magistrats; mit dieser Neuschöpfung wartet er uns eilig auf. Was hat die Kommune sich dann anzuschreiben? Die Grundbesitzer bezahlen ja alles, sie tragen die Kosten des ganzen Zuwachses an der Peripherie! Die Terrainspekulanten sind übrigens viel zu klug, um nicht doch Wege der Umgehung zu finden und so wird es auch mit dem neuen Ertrage nicht sein. Ich beantrage einen Ausschuss; am liebsten hätte ich die Vorlage gleich heute begraben, aber ich will ihr ein Begräbnis erster Klasse gönnen. (Lebhafter Beifall und Pfiffen.)

Stadt. Tourbié: Wir wünschen im Ausschuss zu einer Verständigung über das Prinzip zu gelangen. Die Vorlage wegen der Wertzuwachssteuer liegt in der Konsequenz der eigenen Beschlüsse der Versammlung, welche den Nachschub des gemeinen Wertes und eine Reform des § 54 des Kommunalabgabengesetzes verlangt hat. Der Magistratsvertreter polemisiert dann hauptsächlich gegen die Ausführungen des Stadt. Wallach und führt aus, daß der aus allgemeinen Verhältnissen entlehnte Zuwachs von Grundrente eben nicht der Allgemeinheit, sondern nur den Grundbesitzern zufällt, daß also ein Teil daran für die Allgemeinheit reklamiert werden muß. Gerade die einseitige Ausschließlichkeit der lox Sache habe den Magistrat zur schleunigen Einbringung der Vorlage veranlaßt.

Stadt. Kuhlmann (Fr. Fr.): Spricht sich namens der Mehrheit seiner Freunde für die Grundsteuerordnung nach gemeinem Wert, aber entschieden gegen die Wertzuwachssteuer aus. Eindringlich schildert er die große Arbeitslast und Verantwortung, die auf den Berliner Hausbesitzer drückt.

Stadt. Sonnensfeld (A. L.) tritt als Sprecher einer Minderheit seiner Fraktion für die Wertzuwachssteuer ein, wobei indes jede Doppelbesteuerung sorgsam zu vermeiden sei.

Damit schließt die Diskussion, da der Stadtverordnete Haberland verzichtet. Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Schluß 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat am Montag abermals in Berlin eine Versammlung abgehalten und bereitet nun ein Dementi in der "Arbeitgeber-Zeitung" vor, indem er der ihm wohlgesinnten Presse folgende Mitteilung zur Veröffentlichung sendet:

"Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller ist der Meinung, daß die Bezirksverbände Dresden, Hannover, Braunschweig und Breslau in den guten Rechten sind, wenn sie die Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterorganisationen ablehnen, da die bestrittenen Arbeitgeber bereit sind, durch eine Kommission aus ihrer Mitte mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln und ferner, daß sich die genannten Bezirksverbände um die deutsche Industrie verdient gemacht haben, indem sie es abgelehnt haben, die gestellten Forderungen auf Mindestlöhne, welche sich zweifelslos zu einheitlichen Normallöhnen und einheitlichen Tarifverträgen über das ganze Gebiet des Deutschen Reiches auswachsen sollen, anzunehmen. Unter der Voraussetzung, daß die genannten vier Verbände ihre Stellung in diesen beiden prinzipiellen Fragen nicht ändern und auf keinen Fall Separatabmachungen durch einzelne Verbände oder einzelne Firmen eingegangen werden und der Betrieb nicht eher aufgenommen wird, als bis eine Einigung und die Wiederaufnahme der Arbeit für sämtliche vier Bezirksverbände sichergestellt worden ist, beschließt der Gesamtverband, die vier Verbände in diesen prinzipiellen Fragen so lange zu unterstützen, bis durch Abmachungen zwischen den bestrittenen Arbeitgebern und streikenden Gewerkschaften die beiden prinzipiellen Fragen im Sinne der Arbeitgeber ihre Erledigung gefunden haben."

Die Unterstufung, welche der Gesamtverband den vier Bezirksverbänden gewährt, soll darin bestehen, daß im ganzen Gesamtverband vorläufig 60 Proz. der beschäftigten — vornehmlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörige — Arbeiter am 2. Juni 1906 entlassen werden, wenn eine Einigung zwischen den genannten vier Bezirksverbänden und ihren Arbeitern vorher nicht zustande gekommen ist. Arbeiter, welche mit Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen werden müssen, ist spätestens am 19. Mai zu kündigen; falls durch die Aussperrung von 60 Proz. der Arbeiter die in den Betrieben zurückbleibenden Arbeiter in größeren Massen einzelne Werke verlassen sollten, so verpflichten sich sämtliche 60 Proz. ihrer Arbeiter aussperrenden Verbände, zum Schutze der geschädigten Betriebe mit weiteren Aussperrungen vorzugehen, und zwar unterwerfen sie sich hierbei einem Majoritätsbeschluss in der Weise, daß ein Zweidrittelmajorität die weitere Aussperrung bis zur Wollansperrung beschließen kann."

Die "Metallarbeiter-Zeitung" kann mitteilen, daß der niederösterreichische Metallindustriellen-Verband die Aussperrung abgelehnt habe. Der württembergische Verband habe anscheinend von vornherein einen kalten Wasserstrahl nach Berlin geschickt und selbst den Kühnemännern graue vor der Aussperrung. Da auch in Dresden und Hannover Einigungsverhandlungen schweben, dürfte der 19. Mai ruhig vorübergehen, wie der 12. desselben Monats, der ja in der Metallindustrie auch ein kritischer Tag sein sollte.

Berlin und Umgegend.

Eine öffentliche Schlosserversammlung, die am Mittwoch in der Brauerei "Friedrichshain" abgehalten wurde, beschäftigte sich sehr eingehend mit dem neuen Schloßertarif. Der Verbandsbedollmächtigte Cohen gab zunächst einen chronologischen Überblick über die Entstehung und den Verlauf des jüngst beendeten Schloßertarifs resp. der Aussperrung und würdigte dann den neu abgeschlossenen Tarifvertrag als eine Errungenschaft, die, wenn sie auch nicht alles enthalte, was ursprünglich gefordert wurde, so doch als ein anerkannter Fortschritt gegenüber den früheren Vereinbarungen betrachtet werden müsse. Die Wiederaufnahme der Arbeit hat sich gleich am ersten Tage verhältnismäßig sehr glatt vollzogen. Nur circa 40 Kollegen, die sich zu einem bis dreien auf verschiedene Betriebe verteilten, konnten noch nicht sofort wieder eingestellt werden, alle übrigen sind von den Meistern geradezu mit offenen Armen wieder aufgenommen worden. Ein Beweis dafür, wie notwendig die Meister ihre alten Arbeitskräfte gebrauchen müssen. Redner ersuchte zum Schluß, den Ausbau der Organisation jetzt noch rühriger zu betreiben wie vorher, damit der Tarif nicht nur auf dem Papier stehe, sondern auch in jeder Werkstatt erft durchgeföhrt werde. — In der Diskussion bemängelten eine Anzahl Redner verschiedene Bestimmungen des neuen Tarifs, indem sie die Ansicht vertraten, daß sich bei der günstigen Streiklage hier und da noch höhere Vorteile für die Schlosser hätten heraus schlagen lassen. Beschlüsse wurden jedoch nicht mehr gefaßt, da die vorige Streikversammlung den Tarif bereits anerkannt hatte. In der nächsten Versammlung soll nun die Wahl der Schlichtungskommission erfolgen.

Der neue Bäckerlohn ist gestern auch von einer Versammlung der freien Bäckermeister-Vereinigung anerkannt worden. Dieser Beschluß soll auch dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts, vor dem im Jahre 1904 der jetzt außer Kraft tretende Vertrag zwischen der Vereinigung und dem Verband abgeschlossen wurde, mitgeteilt werden.

Die Jagd nach einem Phantasierprodukt.

nach einer angeblich „gefälschten“ Arbeitsordnung, wird in Ober-Schöneweide lustig fortgesetzt. Wie man uns mitteilt, hat die Firma Baumann u. Vaxdorf, welche die neuen Arbeitsordnungen für die A. G. B. gedruckt hat, eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt für den, welcher den angeblichen Fälscher der Arbeitsordnung namhaft macht. Die Firma kann die Belohnung ruhig auf 100 000 Mark erhöhen, denn sie wird nie in die Verlegenheit kommen, sie auszuzahlen.

Die Idee von einer "Fälschung" ist offenbar dadurch entstanden, daß den Arbeitern gar nicht gegentätig war, daß ihre alte Arbeitsordnung formell von einer praktisch gar nicht bestehenden zehnstündigen Arbeitszeit redet. Nun war durchgeföhrt, daß eine neue Arbeitsordnung gedruckt wurde, und man hielt die alte Bestimmung in der Erregung, die durch die Aussperrung hervorgerufen war, für eine Erneuerung, durch welche man die Arbeiterschaft für die Maßfeier strafen wollte. Es ist charakteristisch, daß nicht einmal die Firma selbst den in Frage kommenden Kasus der Arbeitsordnung kannte, sonst wäre sie dem Gerücht nicht mit der Dementiersprache zu Leibe geritten.

Und darum Räuber und Mörder? Darum Hausdurchsuchungen und Verhaftungen? Hoffentlich wird dem so auf blauen Dunst hin verhafteten und festgehaltenen Arbeiter nachträglich eine Genugtuung und Entschädigung.

Deutsches Reich.

Allen Maschinisten und Heizern in der Binnenschifffahrt (Oder, Spree und Havel) zur Nachricht, daß am Freitag, den 18. d. M., abends in Breslau bindende Beschlüsse gefaßt werden, wonach sämtliche Kollegen sich zu richten haben.

Alle in Betracht kommenden Hafenstädte, Schleusen usw. werden von den Beschlüssen sofort in Kenntnis gesetzt.

Meinungsfreiheit.

Der Ortsverein Spandau des Buchdruckerverbandes hatte bekanntlich, wie wir in Nummer 105 des "Vorwärts" mitteilten, in einer Resolution seinem Bedauern Ausdruck verliehen, daß der "Korrespondent" in seiner Nummer vom 1. Mai der Meiseier mit keiner Silbe gedacht hat. Der Ortsvereinsvorstand wurde beauftragt, die Resolution der "Korrespondent"-Redaktion zur Kenntnis zu bringen. In der gestrigen Donnerstagsnummer des "Korrespondent" steht nun unter "Briefkasten" zu lesen: "D. L. in Spandau: Die Veröffentlichung der Resolution wird abgelehnt."

Deutscher Buchbinderverband (Gau I.) In der Kellner- und Kontrollblockfabrik von Hugo Götzlich in Spremberg R./L. sind alle Kollegen ausständig, weil infolge Nichtunterzeichnen einer von der Geschäftsleitung präsentierten Arbeitsordnung drei Kollegen entlassen wurden. Zugang ist streng fernzuhalten. Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Ein Ultimatum. In den Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie gelangte gestern ein Schriftstück zum Ausgang, in dem der Arbeitgeberverband mitteilt, daß er über die am 1. Juli d. J. in Kraft tretenden Zugeständnisse keinesfalls hinausgehen würde, und daß ein unbedachtes Vorgehen der Arbeiterschaft sowohl ausichtslos sei als auch nur schwere unvermeidliche Schädigungen zur Folge haben müßte.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbau. Zeit, 15. Mai. (Eig. Ber.) Durch die Nichtaufnahme der Arbeit am Montag, der achten Woche, sind die Unternehmer geradezu verzweifelt geworden. In dem heute der Weltspresse zugesandten Beschlusse heißt es unter anderem, daß trotz des Ausanges, in dem die Einführung der Reunzundensfrist, eine fünfprozentige Lohnerhöhung und die Versicherung, keine Maßregelungen vorzunehmen, enthalten war, die Arbeiter doch nicht zur Arbeit zurückgekehrt wären. Abgesehen davon, daß in den neuen Aufhängen von einer Zulage von 5 Proz. (fünf Prozent!) überhaupt keine Rede ist, sind die Kommissionsmitglieder der Abholung der Bescheide mit der ausgesuchtesten Richt-

achtung behandelt worden! Schon die Tatsache allein, daß man die Leute aus den Direktionsbüros, wo sie sich eingefunden hatten, um die schriftlichen Bestätigungen dessen, was man ihnen mündlich zugesichert hatte, ausgehendigt zu erhalten, auf die einzelnen Werke verwies, wo die Besanftmadungen angehängen waren, spricht Bände. Obgleich vielleicht Hunderte dieser Bescheide gedruckt waren, obgleich sie dufendfach auf den Bureaus umherlagen, warf man die Abgesandten der Ausständig wie räudige Hunde vor die Tür und verwies sie auf einen Ausgang, der eine schallende Ohrfeige ins Gesicht der gesamten Arbeiterschaft darstellte! Ja, noch mehr: stellenweise hat man den Leuten sogar die Abschrift der Zettel verboten. So wird von einem Inspektor berichtet, der kategorisch erklärte: "Bei den Preußen wird alles befohlen; und einen Befehl, Ihnen das abs schreiben zu lassen, habe ich nicht, folglich..."

Gerade jetzt sind die amtlichen Nachrichten über die Produktion im Meuselwitz-Kositzer Revier für das Herzogtum Altenburg erschienen. Sie führen das Gerüde von dem "Abflauen" der Bewegung, von der "täglichen Zunahme der Versandziffer" ganz gründlich ad absurdum. Es sind nach diesen amtlichen Nachrichten im April des Jahres 1906 gefördert und produziert worden 55 100 Tonnen Kohlen; 1905 im April 169 190 Tonnen! Driketts wurden fabriziert im April 1906 7205 Tonnen; in demselben Zeitraum 1905 aber 33 174 Tonnen! Der Wirtschaftsbericht der Weltspresse kommentiert diese Tatsachen nur insoweit, als er trocken, aber treffend bemerkt, daß zu wünschen ist, daß der Streik bald beendet wird, bevor er noch mehr die ganze Industrie schädigt."

Im letzten Augenblick wird bekannt, daß in einer Sitzung der Unternehmer den Ausständig ein Ultimatum zugestellt werden soll. Wenn die Aufnahme der Arbeit unbeachtet bleiben sollte, so sind Aussperrungen größeren Stils nicht unwahrscheinlich! Das hat gerade noch geschick; die Metallindustriellen machen Schule!

Einigungsverhandlungen in Neumünster.

Neumünster, 17. Mai. Nachdem gestern mit der Aussperrung in den Textilfabriken begonnen wurde, bot der Oberbürgermeister Räder am späten Nachmittag sich als Vermittler an und hat sowohl den Fabrikanten Meßrens als auch die Kommission der streikenden Weber zu sich beschieden. Es wurde vorbehaltlich der Zustimmung des Fabrikantenvereins und der übrigen streikenden Weber eine Einigung infolfern erzielt, als der Fabrikant Meßrens eine geringe Zulage bewilligte und die Weber spätestens morgen früh die Arbeit wieder aufnehmen.

Bei der Firma Emil Kirchner zu Großenhain i. S. sind 34 dem Holzarbeiter-Verbande angehörige Tischler und Maschinenarbeiter wegen Feiern des 1. Mai entlassen worden. Die Firma sucht in allen bürgerlichen Zeitungen Ersatz, um die aufs Waffler Geworfenen nicht wieder einstellen zu brauchen. Zugang nach hier ist deshalb von Holzarbeitern zu meiden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Dreihundert Schauerleute der Stauerfirma Blohm in Hamburg haben gestern morgen wegen Entlassung von 20 Kollegen die Arbeit niedergelegt, infolgedessen ruht der Betrieb der Firma.

Husland.

Pariser Kühnemänner.

Paris, 17. Mai. Die der Maschinenindustrie angehörenden Fabrikanten, welche 17 Syndikate umfassen, hielten eine gemeinsame Versammlung ab, in welcher sie unter Hinweis darauf, daß die gegenwärtige Ausstandsbeziehung keine wirtschaftliche, sondern eine revolutionäre sei, ihre Beschlüsse erneuerten, die Arbeit nur unter den früheren Bedingungen aufzunehmen, den Acht- und Reunzundens tag abzulehnen. Ueberdies wurde beschloffen, einen Arbeitgeberverband und eine Kasse zur Bekämpfung der Ausstände zu gründen, zu welcher von dem Verbande jährlich sechs Millionen Frank beigetragen werden sollen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schweres Unwetter.

Heide (Holstein). (W. S.) Ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen und Hagel ging im westlichen Holstein nieder. In Süderdith wurde ein Arbeiter vom Blitz erschlagen, drei große landwirtschaftliche Gebäude gingen in Flammen auf, zwei Häuser wurden demoliert und viel Vieh ist erschlagen. Der Schaden ist bedeutend.

Ob's helfen wird?

Halle, 17. Mai. (W. T. V.) Der Arbeitgeberverband des deutschen Braunkohlen-Industrievereins hat in der heute in Leipzig abgehaltenen Sitzung einstimmig beschloffen, Werken, die von der Ausstandsbeziehung im mitteldeutschen Braunkohlenegebiet besonders in Mitleidenschaft gezogen sind und zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten um Unterstützung nachsuchen sollten, sich in weitgehendstem Maße zur Verfügung zu stellen.

Aussperrung der gesamten österreichischen Bauarbeiter. Wien, 17. Mai. (W. T. V.) Heute abend hielt der Zentralverband der Baugewerbetreibenden Oesterreichs eine Versammlung der Delegierten seiner Fachvereinigungen ab, in welcher die Aussperrung sämtlicher in der Baubranche beschäftigten Arbeiter im Prinzip beschloffen wurde.

Kosaken statt Amnestie.

Petersburg, 17. Mai. (W. S.) Am Newskiprospett fand nachts eine Demonstration für die Amnestie statt. Die Kundgeber wurden von Kosaken vertrieben.

Krisis im italienischen Ministerium.

Rom, 17. Mai. In der heutigen Kammer Sitzung wird nach einer langen Debatte über Eisenbahnfragen eine vom Abgeordneten Maggiorino Ferraris eingebrachte Tagesordnung betreffend die Verwerfung der Festschließung eines Terms für die Verlegung des Kommissionsberichts betreffend die Meridionalbahnen mit 179 gegen 152 Stimmen bei 40 Stimmenthalungen angenommen. Eine Tagesordnung der Regierung ist damit abgelehnt. Ministerpräsident Sonnini erklärt, das Ministerium behalte sich seine Entscheidung vor, die es morgen nachmittags der Kammer mitteilen werde. Er bitte, die Sitzung auf morgen vormittags zu verschieben. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Schutz gegen ausländische Streikbrecher.

London, 17. Mai. (W. T. V.) Oberhaus. Die zweite Lesung der Bill, durch welche verhindert werden soll, daß Fremde nach England kommen, um britische Arbeiter während des Ausstandes zu ersetzen, wird mit 95 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Die Bill war im Unterhaus von Sir Hardie (Arbeiterpartei) eingebracht und dort ohne Einspruch in allen Lesungen angenommen worden. Wardale beantragt die zweite Lesung und wies auf die Bemerkung eines deutschen Blattes hin, daß es ein Skandal für englische Arbeiter sei, den Hamburger Rednern während des letzten Streiks Beistand zu leisten. Die Bill sei eingebracht worden, um nicht in England ein Gefühl aufkommen zu lassen ähnlich dem, das der Zugang englischer Arbeiter zum Ersatz für Ausständige in Deutschland hervorgerufen habe. Marquis of Lansdowne erklärte, wenn die Regierung die Verantwortlichkeit für die Bill übernehme, die einen neuen und wichtigen Grundfah darstelle, so werde die Opposition im gegenwärtigen Stadium die Bill annehmen, sonst aber werde sie für Ablehnung der Bill stimmen. Da jedoch von der Regierung die Uebernahme der Verantwortlichkeit für die Bill abgelehnt wurde, so wurde diese vom Hause abgelehnt.

Reichstag.

105. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Febr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Aenderung einiger Vorschriften des Reichsstempelgesetzes (Novelle zum Briefstempelgesetz).

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Die Befreiung der Reichs- und Staatspapiere vom Briefstempel wird den Kurs der Papiere nicht heben, aber einen Ausfall an Steuer verursachen. Nachdem dies in zweiter Lesung beschlossen ist, muß ich gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Graf Kanitz (L.) fragt an, ob Erhebungen über die finanzielle Tragweite des Einnahmeausfalls wegen der nach den Beschlüssen zweiter Lesung frei zu lassenden Reichs- und Staatsanleihen angestellt sind.

Direktor im Reichspostamt Kühn: Eine sichere Berechnung läßt sich nicht anstellen; der betreffende Einnahmeausfall dürfte auf ein bis zwei Millionen zu schätzen sein.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und einige Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung der zum Mantelgesetz beantragten Resolutionen, und zwar zunächst Resolution II der Kommission betreffend

Erhöhung der Postgebühren im Orts- und Nachbarverkehr.

Abg. Patzig (natl.): Die Sorglosigkeit, mit der auf der linken Seite des Hauses über die Gestaltung des Postwesens gesprochen wird, ist nicht gerechtfertigt. Mit den Kräften der Beamten wird Raubbau getrieben; ihre Bezüge müssen erhöht werden. Versuche aller Art, z. B. mit selbsttätigen Geschwächlern usw., verschlingen große Mittel. Angesichts solcher Verhältnisse müssen wir daran denken, die Postgebühren zu erhöhen, daß der Postbetrieb rentiert. (Sehr richtig! rechts.)

Unterstaatssekretär im Reichspostamt v. Sydow: Zurückweisen muß ich die Behauptung, daß die Post Zuschüsse erfordert. Selbst wenn man Gebühren an die Eisenbahnen in Ausgabe stellen würde, dafür aber die unentgeltliche Beförderung von Briefen und Telegrammen und die sozialpolitischen Arbeiten und wirtschaftlichen Leistungen, die der Post nicht vergütet werden, mit etwa 20 Millionen berechnet, so verzinst sich das in der Post investierte Kapital mit annähernd 7 Proz. Etwas anderes ist die Frage, ob der Ortsverkehr seine Kosten trägt. Diese Frage genau zu beantworten, ist sehr schwer; ich bin der Meinung, daß es nicht der Fall ist. Die gesamten Einnahmen der Post sind seit 1900 nicht in dem Maße gestiegen wie in dem vorangegangenen Jahrzehnt. Widerprechen muß ich auch dem Grundsatze: Herabsetzung der Tarife ist ein Kulturfortschritt, ihre Heranziehung ist kulturfeindlich.

Zu den Vorschlägen der Resolution habe ich zu bemerken: Der Chef der Postverwaltung kann es nicht leicht sein, Maßregeln zuzustimmen, die den Verkehr belasten. (Hört! hört!) Aber die Postverwaltung ist eine Reichsverwaltung und hat auf den Reichsetat Rücksicht zu nehmen. Deshalb hat der Herr Staatssekretär in der Kommission den Erhöhungen zugestimmt, bei welchen das Prinzip von Leistung und Gegenleistung am wenigsten gewahrt ist, das sind: die billigen. Die Zeitungen haben billige Sätze wegen ihrer Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Leben; die Beilagen, um die es sich hier handelt, dienen nur der Dekoration. Weiter sagt man: die Privatposten haben rentiert; diese zahlen aber nur ein durchschnittliches Gehalt von 882,10 M., wir zahlen dem Briefträger in Berlin im Durchschnitt 1414 M. Außerdem kostet die Sozialpolitik, die wir nach dem Wunsche des Reichstages treiben, Geld. — In den Großstädten des Auslandes, in London, Paris, Wien, Brüssel, besteht der billige Ortstarif nicht. — Der Einwand, daß wir den Verkehr erschöpfen werden, die Heime töten, die die goldene Eier legt, trifft nicht zu. Der Verkehr wird sich weiter entwickeln, die goldene Eierkiste noch größer werden. (Heiterkeit rechts.)

Auf den Generalpostmeister Stephan hätte Herr Singer sich nicht berufen sollen; denn niemand war ein schärferer Gegner der billigen Ortstarife als Stephan. Er fürchtete die finanzielle Wirkung, und ich kann nur sagen, er war ein weitblickender Mann. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Arendt: Die Resolution verlangt nicht die Befreiung des billigen Briefverkehrs im Lokalverkehr. Es würden danach Postkarten und Briefe im Nahverkehr gleich viel kosten. Das ist unlogisch. Will man das Briefporto nicht erhöhen, so darf man die Postarten nicht auf 5 Pf. herabsenken, deshalb habe ich die Erhöhung auf nur 3 Pf. in meinem Antrag ins Auge gefaßt.

Reichspostsekretär Febr. v. Stengel: Kommen wir im ganzen für das Reich 200 Millionen Mark. Die Vorschläge der Kommission bringen im ganzen 180 Millionen Mark, wobei die aus der Portorerhöhung zu erwartenden Einnahmen schon mitgerechnet sind. Bei Annahme des Antrages Arendt würde der noch zu deckende Betrag von 20 auf 28 Mill. Mark steigen. Ich bitte daher, die Resolution der Kommission anzunehmen.

Unterstaatssekretär im Reichspostamt Sydow bekämpft ebenfalls den Antrag Arendt. Man hat auch darauf hingewiesen, daß große Geschäfte für die Zeitungsbeilagen Privatbetriebe schaffen würden. Dafür würden wir ihnen nur dankbar sein. —

Abg. Dove (fr. Vg.): Die Beschlüsse der Kommission sind nicht unannehmlich; ich bitte Sie deshalb, es sich noch einmal zu überlegen, ob Sie der Resolution zustimmen. (Beifall links.)

Abg. Kaempf (fr. Vp.): Die Post ist kein Finanzinstitut, sondern sie soll dem Handel und Verkehr dienen. Die einzelnen Zweige kann man bei einem solchen Institut nicht herausgreifen und gebortet betrachten. Der Reichspostsekretär sagt, die neuen Steuern werden 180 Millionen Mark bringen, und 20 Millionen bleiben ungedeckt. Da er sehr vorsichtig ist, glaube ich, daß wir sogar Ueberschüsse aus diesen Steuern haben werden. Aber selbst wenn ein Fehlbetrag bliebe, dürfen wir nicht den Verkehr mit Briefartenstempel und Portorerhöhung belasten; das können wir vor dem Lande nicht verantworten. (Sehr richtig! links.) Gerade die billige Ortspostkarte hat sich wirtschaftlich glänzend bewährt. Die Zahl der Postkarten ist von 682 Millionen sofort auf 881 Millionen, bis 1904 auf 1106 Millionen gestiegen! Das englische Pennyporto hat sofort die Zahl der Briefe von 82 auf 168 Millionen gesteigert.

Abg. Singer (Soz.):

Ich würde nicht das Wort ergriffen haben, wenn mich nicht die Ausführungen des Unterstaatssekretärs dazu zwängen. Seine Argumente kann ich nicht als richtig anerkennen. Er hat deutlich zu erkennen gegeben, wie schwer es ihm vom Standpunkt seines Parteiforts aus wird, dem Kommissionsbeschlusse zuzustimmen. Aus diesem Grunde könnte man auch für ihn auf mildere Umstände plädieren, er steht unter dem Zwange der Verhältnisse und vertritt nicht seine eigene Ueberzeugung. — Ich kann nicht zugeben, daß die Ausführungen des Unterstaatssekretärs meine Anschauungen in wirksamer Weise bekämpft haben. Wenn er darauf hingewiesen hat, daß der Tarif für den Nahverkehr eine Vergünstigung für die Städte gegenüber dem Lande sei, so will ich darauf aufmerksam machen, daß der Tarif für den Nahverkehr geboten ist aus der Entwicklung der großen Städte heraus, die Zentralstellen für die Industrie bilden. Da kann man nicht von einer Vergünstigung sprechen, sondern es wird dem Verkehr da Rechnung getragen, wo er vorhanden ist. Ich möchte daran erinnern, daß doch viele Millionen aufgewendet worden sind, um dem platten Lande und den kleinen Städten die Vorteile des Telefonverkehrs zu sichern. (Sehr richtig! links.) daß viele Millionen auf-

gewendet sind für die Einrichtung von Postämtern und die Verweigerung der Beamten im Interesse der Verbesserung des Verkehrs auf dem platten Lande. Es ist durchaus notwendig, daß die lokalen Bedürfnisse überall befriedigt werden. Wir haben aber nie die Rechnung so gemacht, daß nur auch die Erträge den Anlagekosten entsprechen müssen. (Sehr richtig! links.) Aber ebenso müssen wir uns auch dagegen wenden, daß eine Erhöhung der Gebühren eintritt, weil da, wo der Verkehr stark flutet, die Kosten zu einem gewissen Teile nicht gedeckt werden. Der Unterstaatssekretär glaubt zu der Ansicht berechtigt zu sein, daß der Ortstarif jetzt die Kosten nicht aufbringe. Nun, in Bayern und Württemberg ist der Ortstarif noch billiger. Meine Freunde aus Süddeutschland teilen mir mit, daß der Brief im Nahverkehr in Bayern und Württemberg nur 3 Pf. kostet, während er bei uns 5 Pf. kostet. (Hört! hört! links.) Unsere süddeutschen Landsleute würden also durch eine Befreiung des Tarifs für den Nahverkehr erheblich benachteiligt werden.

Der Unterstaatssekretär wandte sich gegen den Vorwurf der Plasmacherei; er meinte, wo ein Minus sei, müsse es durch ein Plus ausgeglichen werden. Ich bin auch der Meinung, daß man da, wo Einnahmen nicht ausreichend sind, versuchen muß, das Defizit zu decken. Es kommt nur darauf an, wie man es deckt. Es ist doch nicht nötig, das Defizit durch eine Erhöhung der Gebühren zu decken, die für alle Teile der Bevölkerung Nachteile bringt. Der Reichspostsekretär hat auf die Notwendigkeit höherer Einnahmen hingewiesen, aber wir sehen auch hier wieder, wie die Postverwaltung in Deutschland „im Zeichen des Verkehrs“ steht. Weil das reaktionäre Preussentum sich mit aller Energie gegen die Einführung direkter Reichsteuern wehrt, wird hier zu Steuerquellen gegriffen, die die wirtschaftlich Schwachen in ganz unerhörter Weise belasten. (Sehr richtig! links.) Darüber ist der Herr Unterstaatssekretär mit allen seinen Ausführungen nicht hinweggekommen, daß die gemachten Versprechungen nicht gebrochen werden sollen. Er hat dabei ausgeprochen, daß es sich bei dem damaligen Versprechen nur um eine Beziehung zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage handelte. Wenn also die beiden gezeigenden Faktoren jetzt einig wären, so wären sie niemandem eine Verantwortung schuldig. Wir aber meinen, es handelt sich durchaus um kein Versprechen, welches dem Reichstage gemacht ist, sondern um ein Versprechen gegenüber der ganzen Bevölkerung. Es wird doch niemand sich zu der Behauptung verstehen können, daß die Finanznotlage des Reiches abhängig ist von der Höhe der Postgebühren im Ortsverkehr. Es handelt sich vielmehr lediglich um ein der Mittel, durch die die Regierung der Unbequemlichkeit überhoben werden soll, gegen die Agrarier anlämpfen zu müssen, um ein der Mittel, mit Hilfe deren die Lasten der Befragenden geholt werden sollen. Es handelt sich um eine so geringe Summe, daß wenn man die Erbschaftsteuer auch nur um einen Atom erhöht hätte, das Defizit sofort ausgeglichen wäre. Wenn Sie die Erbschaftsteuer auch nur annähernd so eingerichtet hätten, wie wir es Ihnen empfohlen haben, wären Sie jetzt nicht in Verlegenheit. Der Unterstaatssekretär hat es für komisch erklärt, daß man der Regierung daraus einen Vorwurf mache, was doch Wille des Reichstages sei. Demgegenüber betone ich, daß wenn von den beiden gezeigenden Faktoren der eine sein Wort nicht hält, er sich doch nicht damit entschuldigen kann, daß der andere sein Wort gleichfalls bricht. Wenn der Herr Unterstaatssekretär behauptet habe, in meiner Rede sei ein konterbätter Zug bemerkbar geworden, da ich verlangt hätte, an den bisher geltenden Grundgedanken festzuhalten, so habe ich bisher geglaubt, daß es einfach anständig sei, sein Versprechen zu halten. Wenn ich schließlich daran erinnert worden bin, daß ich früher einmal die deutsche Postverwaltung als im großen und ganzen befriedigend bezeichnet habe, so muß ich nach den neuesten Vorkommnissen mein Urteil allerdings dahin revidieren, daß ich sage: die deutsche Postverwaltung ist mäßigen Ansprüchen kaum genügend. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Sydow: Der Abg. Singer hat jetzt seinen Vorwurf gegen die Verwaltung dahin präzisiert, daß sie ihr Versprechen zwar nicht gegenüber dem Reichstage, aber gegenüber dem Volke gebrochen habe. Ich stelle fest, daß staatsrechtlich der Regierung gegenüber das deutsche Volk nur durch den Reichstag vertreten wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Vg.): Wir werden gegen diese Resolution stimmen.

Abg. Gamp (Rp.): Die Beförderung eines Briefes im Nahverkehr von einem nördlichen Vorort nach Berlin W. macht mehr Mühe als die Beförderung eines Briefes von Königsberg nach Berlin. Das Privileg des Ortsverkehrs ist also wirtschaftlich und technisch un begründet. Den billigen Portofuß konnten die Privatposten bloß aufrechterhalten, weil sie ihre Angestellten 50—60 Proz. schlechter bezahlten als die Reichspost.

Abg. Bruhn (Anti.): Wir stimmen gegen die Resolution. Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Dr. Arendt wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Sozialdemokraten und des Abg. Arendt abgelehnt, die Kommissionsresolution gegen die Stimmen der Linken und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen. Die nächste Resolution betrifft die Umsatzsteuer für Wahlen.

Abg. Dr. Spahn (R.) beantragt zur Geschäftsordnung, sie von der Tagesordnung abzugeben, da sie wahrscheinlich Anlaß zu größeren Debatten geben werde.

Abg. Graf Kanitz (L.) widerspricht. Jedenfalls bitte er die Regierung, wenn die Resolution hier vielleicht gar nicht mehr zur Erledigung käme, in ihrem Sinne zu handeln! (Große Unruhe links.)

Abg. Dr. Müller-Sogon (fr. Vp.) schließt sich dem Antrag auf Abhebung dieses Punktes von der Tagesordnung an.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit, die Resolution von der Tagesordnung abzugeben.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Gesetzes über die Ausgabe von Reichsschatenscheinen und dritte Lesung der Reichsfinanzreform.)

Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Wahl v. Massow zum zweitenmal beanstandet und die Wahl Höffels gültig.

Die vom Reichstag beschlossenen Beweiserhebungen über die Wahl des Konservativen v. Massow im Wahlkreise Labiau-Wehlau ergaben, daß in Rudflorkanten eigens eine Bahnrunde — zugewogelter kleinerer Klassen mit Schrägstellung an der Seite, so daß die Unverträglichkeit der Reihenfolge nach aufeinander zu liegen kamen — konfirmiert worden ist, die zweifelslos der Kontrollierung dienen sollte. Vor der Wahl hatte der Wahlvorsteher sich geäußert: „Diesmal mit den Kuberts wissen wir ganz genau, was jeder gewollt hat.“ Und nach der Wahl hatte der Kubertverteiler, der Beihilfe bei der Kontrolle geleistet hat, gesagt: „Wir wissen fast genau, wie jeder gewählt hat.“

Der für diese Protestbehauptungen angegebene Zeuge hat diese Vorgänge eifrig erzählt, während der informativ vernommene Wahlvorstand die Kontrolle leugnete. Für die Mehrheit der Kommission war die präzise eifrig erzählte Behauptung des Zeugen nicht genügend. Sie will, obwohl der Wahlvorstand die Angaben über die eigentümliche Konfirmierung der Bahnrunde zugeben mußte, eine Konfirmierung der Urne und weitere gerichtliche Vernehmung der Zeugen v. Massow hat nur eine Mehrheit von acht Stimmen. Die Wahl fällt sofort, wenn der Wahlakt in Rudflorkanten laffiert wird, wofolbst v. Massow 88 Stimmen erhielt, sein Gegner nur 19 Stimmen. Vielleicht kommt das Haus trotz der merkwürdig übertriebenen Vorsicht der Kommission zur sofortigen

Ungültigkeitserklärung, die doch unausbleiblich ist. Das Vorgehen der Kommissionsmehrheit gleicht einer Prämierung für Wahlbetrug und Urkundenfälschung. In der Protokollierung, daß solche Wahl unter Beobachtung der Wahlgesetzbestimmungen stattgefunden habe, liegt eine grobe Urkundenfälschung.

Bei der Nachprüfung der Wahl des Konservativen Höffels (Wahlkreis Z a b e r n, Elb-Lothringen), stellte sich nach den Beweiserhebungen heraus, daß tatsächlich die Bürgermeister des Kreises Stimmzettel durch Polizeidiener haben austragen lassen. Die vernommenen Bürgermeister und Polizeidiener haben angegeben, es sei alter Brauch, Stimmzettel und Flugblätter für alle Kandidaten gegen Entgelt austragen zu lassen. Demgegenüber stehen einige Aussagen, die behaupten, es sei nicht gebräuchlich, für alle Kandidaten die Zettel auszutragen; ferner: in der Regel würde für diejenigen ausgetragen, die zuerst das Material und den Betrag für das Austragen schickten. Weiter ist die Austragung vollzogen worden, obwohl der Kreisdirektor den Bürgermeistern gesagt habe, sie sollten keine Stimmzettel austragen lassen, es könnte dies zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen.

Die Mehrheit der Kommission erachtete die Austragung nicht für eine unzulässige Wahlbeeinflussung, obgleich die Bürgermeister von der Regierung abhängige politische Beamte sind, und kam gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten zur Gültigkeitserklärung der Wahl. Zur scheinbaren Gewissensberuhigung nahm die Kommission eine Resolution an, die den Reichslangler ersucht, zu veranlassen, daß der aus dem französischen Regime herkommende Brauch dieser Art Stimmzettelaustragung resp. Wahlbeihilfe abgestellt wird, weil er zum Mißbrauch führen könnte.

Demaskierte Mittelstandspolitiker.

Die Kommission des Reichstages zur Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches und einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung hatte am Mittwoch in seltener Einmütigkeit beschlossen, den ersten Absatz des § 63 H. G. B. dahin zu ändern, daß die Fortzahlung des Gehaltes während der Krankheit durch Vertrag nicht ausgeschlossen werden darf. Diese Vergünstigung übertrug sie auch auf die technischen Angestellten und Werkmeister. In der Sitzung am Donnerstag verzögerte aber die Konfuzenz der Herren, als es sich darum handelte, diese Vorschrift auch auf die Arbeiter zu übertragen! Diese Herren betrachten die Handlungsgehilfen, Werkmeister und technischen Beamten als Angehörige des Mittelstandes, und um sich deren Wahlstimmen zu erhalten, sagten sie jene Beschlüsse. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission stimmten dem Antrage zu, um den sozialen Fortschritt zu fördern.

Am Donnerstag wurde die folgende von den Abgg. Lipinski, Sindermann und Singer gestellte Resolution verhandelt:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichslangler zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die im § 616 H. G. B. festgesetzten Vergünstigungen des zur Dienstleistung Verpflichteten den Charakter zwingenden Rechts erhalten.

Abg. Lipinski wies darauf hin, daß die Herren, die den Anträgen zugestimmt haben, konsequent auch dieser Resolution zustimmen müßten. Die Arbeiter und Angestellten, für die jene Vergünstigungen nicht zuträfen, seien wirtschaftlich viel schlechter gestellt; sie brauchten die Zubuße zur Heilung der Krankheiten noch viel notwendiger als die Handlungsgehilfen, Werkmeister und technischen Angestellten. Für sie werde die Vergünstigung des § 616 H. G. B. meist durch Vertrag ausgeschlossen. Darum müsse man auch hier festsetzen, daß der Ausschluß der Vorschrift des § 616 H. G. B. durch Vertrag unzulässig sei. — Hier wendeten dieselben Redner, die sich für die höheren Angestellten am Mittwoch ins Zeug gelegt hatten, ein, daß der § 616 H. G. B. eine viel zu breite Grundlage habe und darum die zwingende Vorschrift hier nicht am Platz sei! Der antisemitische Abgeordnete Sch a d, der am Mittwoch stolz erklärt hatte, daß die Handlungsgehilfen nicht dagegen einzuwenden hätten, wenn die Vergünstigungen auf die Arbeiter ausgedehnt würden, erklärte am Donnerstag, nicht für die Resolution stimmen zu können, weil § 616 H. G. B. nur dann zwingend sein dürfe, wenn daneben gleich eine Minimalbindungsfrist festgelegt werde. Die Abgeordneten Potthoff (fr. Vg.) und Wasser mann (natl.) sekundierten Schads Ausführungen und die vorgetragenen Bedenken der Regierungsvertreter. Umsonst wies Lipinski darauf hin, daß die Vergünstigung des Handlungsgehilfen schon zu Teil geworden sei, als für sie noch keine Minimalbindungsfrist gesetzlich festgelegt worden war. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt! Arbeiter sind keine Mittelstandswähler, darum haben die bürgerlichen Parteien kein Interesse an ihnen.

Im zweiten Falle verlangte ein Antrag Potthoff Ausdehnung der Gewerbegerichtsbarkeit für die technischen Angestellten mit über 2000 M. Jahresarbeitsverdienst. Auch hier stellten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder den Antrag, die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die Dienstboten, Eisenbahnangestellte und ländlichen Arbeiter auszudehnen. Abg. Lipinski wies darauf hin, daß diese Berufsgruppen mehr als die höheren Angestellten der schnellen und billigen Rechtsprechung bedürfen. Für die Dienstboten und ländlichen Arbeiter bedeute die ausschließliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte direkt den Ausschluß des Rechtschutzes. Für die Eisenbahnangestellten aber, zu denen auch die Straßenbahnangestellten gerechnet werden, haben zwar manche Gewerbegerichte in Süddeutschland sich für zuständig erklärt. Da würde der Antrag Klarheit schaffen. — Auch hier erhoben die Abgg. Potthoff, Wasser mann sowie die Regierungskommissare ihre „erdblichen“ Bedenken. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt, der Antrag Potthoff aber in einer von Wasser mann veränderten Form (Erhöhung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte bei einem Jahresarbeitsverdienst von 5000 M.) angenommen.

Damit waren die Arbeiten der Kommission in erster Lesung beendet.

Die Petitionskommission des Reichstages beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit einer Petition des Bundes der technisch-industriellen Beamten in Berlin, betreffend Abänderung des Patentgesetzes in dem Sinne, daß dem Erfindern, der eine Erfindung macht, das Eigentumsrecht an dieser Erfindung bzw. auf das darauf erteilte Patent gesetzlich sichergestellt werden soll. Technische Bestimmungen, so wird in der Petition ausgeführt, beständen jetzt bereits in Oesterreich und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, während in Deutschland, wenn nicht entgegengelegte Vereinbarungen zwischen Angestellten und Unternehmern vorher getroffen seien, das Eigentumsrecht auf Erfindungen der Angestellten auf denjenigen Unternehmer übergeht, in dessen Betriebe der Angestellte die Erfindung gemacht hat. — Die Petitionskommission beschloß, die Petition dem Reichslangler als Material zu überweisen.

Das gleiche Schicksal hatten mehrere Petitionen betreffend Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, in denen besonders gefordert wird: das Verbot des Nachschubs von Waren bei Ausverläufen sowie eine Bestimmung, daß Konkursmassenaudverläufe nur so lange als solche zu bezeichnen sein sollen, als sie unter Leitung des Konkursverwalters stehen.

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition, welche die Befreiung des sogenannten Geschäftssystems und der Verabfolgung von sogenannten Gratißgeschäften im Warenhandel sowie das Einschreiten gegen die Rabattsparevereine fordert.

Die Revolution in Rußland.

Die Adressdebatte.

Petersburg, 17. Mai. Duma. Nach der in erster Lesung einstimmig erfolgten Annahme der Gesamtadresse stellte Abgeordneter Roditschew, um keine Zeit zu verlieren, den Antrag, nimmere in die Beratung der einzelnen Artikel einzutreten. Der Präsident erklärte, das verstoße gegen die Geschäftsordnung, und auch Abg. Graf Heyden belämpfte den Antrag. Abg. Roditschew wies darauf hin, daß man niemand der Möglichkeit berauben dürfe, die Prüfung artikelweise vorzunehmen. Es wurde sodann mit der Beratung des ersten Teiles der Adresse begonnen, zu welchem zwei Abänderungsanträge gestellt waren. Der Abgeordnete von Podolien, Jaboloiny, beantragt, den Worten „Auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes“ hinzuzufügen: „Ohne Unterschied geschlecht.“ Die Kommission beantragt, falls der Antrag Jaboloiny angenommen würde, dann noch hinzuzufügen: „Auf Grundlage des direkten, gleichen, geheimen Stimmrechtes ohne Unterschied der Rationalität und Religion.“ Der Abgeordnete von Saratow, Ankin, begründet einen Antrag, welcher die Worte „auf Grundlage des allgemeinen, unbegrenzten Stimmrechtes“ einfügen will. Berichterstatter Kadosow erklärt, daß die Kommission sich keineswegs gegen dieses Stimmrecht auszusprechen beabsichtige, sondern sie wollte bloß einen Ausdruck finden, der die Zustimmung des ganzen Hauses finden würde. Jaboloiny erklärt, als er seinen Antrag einbrachte, habe er nicht vorausgesehen, daß das Volk sich in solcher Gefahr befinde, wie er sie jetzt erkenne angesichts der Tatsache, daß die Duma, die selbst nicht aus dem direkten Wahlrecht hervorgegangen, in ihrer Mehrheit Gegnerin des allgemeinen, unbegrenzten Wahlrechtes sei. Jaboloiny erklärt, er spreche im Namen von Millionen Bauern, welche alle dieses Stimmrecht verlangen. Was die Frauen betreffe, welche mit einer Zahl von 70 Millionen die Hälfte der russischen Bevölkerung ausmachen, so seien sie zweifellos für die Verleihung politischer Rechte an die Frau. Füge man hinzu die Zahl der Männer, die für die nämlichen Rechte eintreten, dann ergebe sich eine ungeheure Mehrheit zugunsten der Aufhebung der Dienstbarkeit der Frau. Fürst Schachowsky erklärt, Debatten über das Wahlrecht seien jetzt nicht angebracht, man müsse einzig und allein die Adresse beraten. Großes Aufsehen erregten die Ausführungen des Abgeordneten für Woroneß, Kruglikow, welcher erklärt, er als Bauer sei der Ansicht, daß die Frau ihre Wirksamkeit auf die Familie beschränken müsse, die Bäuerinnen selbst wünschten keine politischen Rechte. Fürst Wollonsky, Vertreter von Kijassan sagt, er habe kein Vertrauen zum unbegrenzten, allgemeinen Stimmrecht und werde daher für die Kommissionsfassung stimmen. Kladya spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Hierauf werden die zwei Abänderungsanträge abgelehnt und der erste Teil der Adresse nahezu einstimmig in der Fassung der Kommission angenommen. Die Beratung des zweiten Teiles war um 10 Uhr 20 Minuten beendet.

Punkt 2 bis 6 des Entwurfs werden ohne erhebliche Debatte angenommen. Dagegen ruft Punkt 8, welcher die Billigkeit der Verwaltung behandelt, eine längere Debatte hervor. Stachowitsch meint, die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Kaiser werde wenigstens zunächst viel wirksamer sein, als eine solche der Duma gegenüber. Als Stachowitsch die Tribüne verläßt, hört man Rufen. Der Präsident rügt dies, indem er an die Freiheit des Wortes erinnert. Winawer greift Stachowitsch an und erklärt, es müsse damit aufgeräumt werden, daß alle Macht dem Kaiser allein gehöre. Solange die Minister nicht der Duma verantwortlich seien, sei keine ersprießliche Arbeit möglich. Hierauf wurde ein Antrag, die Sitzung zu schließen, angenommen und die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 11 Uhr vertagt.

Ein Antrag zu Punkt 8 betreffend den Reichsrat verlangt Streichung dieses Punktes, der gleichbedeutend sei mit der Forderung, den Reichsrat ganz zu beseitigen; der Antrag sagt, daß der Reichsrat nicht eine Scheidewand darstelle, sondern ein Kollege der Reichsduma und, wie verlautet, bereit sei, dieser entgegenzutreten. Die Duma habe keinen Grund, die erste Kammer zu beseitigen. Ein Redner erklärt, er wolle dem Adressentwurf zustimmen, wenn es sich nur um den gegenwärtigen Bestand des Reichsrates handle und nicht um die Beseitigung des Zweikammersystems überhaupt. Fürst Schachowsky bestreitet letzteres; die Entscheidung der Frage des Zweikammersystems müsse einer zukünftigen Duma vorbehalten bleiben, welche nach einem neuen Wahlgesez gewählt wird. Jetzt handle es sich nur um den gegenwärtigen Bestand des Reichsrates. Daher halte er es nicht für angezeigt, in die Adresse einen Hinweis auf die Mängel der Institution des Reichsrates aufzunehmen. Die unklare Fassung dieses Punktes des Entwurfs könne in der Tat Mißverständnisse hervorgerufen, daher stimme er für Streichung. Demgegenüber empfiehlt ein anderer Redner, den Punkt in die Adresse aufzunehmen. Die Duma beschließt hierauf einstimmig, die Debatte ohne Unterbrechung fortzusetzen, bis der Entwurf ganz durchberaten ist.

Ein zweiter Schänder der Spiridonowa gerichtet!

Lambow, 17. Mai. Der Polizeibeamte Schdanow, welcher an der Mißhandlung und Schändung der Maria Spiridonowa teilnahm und deswegen entlassen wurde, ist heute auf der Straße das Opfer eines Revolveranschlages geworden. Der Täter wurde verhaftet.

Die verhaftete Revolutionärin Maria Spiridonowa wurde bekanntlich von Polizeibeamten auf dem Transport geschändet und mit Syphilis infiziert. Eines der beteiligten Scheusale, ein Kofalenoffizier, ist bereits den Kugeln ihrer Mäher erlegen.

Wägen der Jareuschergen.

Odeßa, 17. Mai. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Das Kriegsgesetz verurteilte eine Frau, die auf einen Polizeibeamten, der bei ihr eine Hausdurchsuchung vornahm, geschossen hatte, ohne zu treffen, zum Tode durch den Strang.

Wendepunkte der neueren deutschen Geschichte.

4. Die Revolution von 1848.

Genosse Rauzenbrecher hielt am Montag seinen vierten Vortrag über obiges Thema. Wir geben im Auszuge das wesentliche wieder.

In der Patriotenbewegung mit ihrem Höhepunkt im Jahre 1812 haben wir zum erstenmal seit den Zeiten des Mittelalters den Gedanken der deutschen Einheit wieder vertreten. Man versuchte ihm staatsrechtliche Form zu geben. Der tragische Charakter dieser Patriotenbewegung war es, daß der hier formulierte Gedanke zwar bei denen, die ihr politisches Urteil an französischen und englischen Vorgängen und Zuständen geschult hatten, feurig aufgenommen wurde, daß sie aber die breiten Massen nicht aufzupeitschen in der Lage war. Ein großer Fortschritt im Gedanken, aber keine Kraft und Macht, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen. Es

blieb beim Regiment der Fürstlichkeiten in den vielfachen deutschen „Vaterländern“. Und daneben regierte der von den Fürstlichkeiten ohne Hinzuziehung ihrer Völker geschlossene bürgerliche Deutsche Bund. Das war keine nationale Einheit, sondern nur ein Bündnis, das jedem der Staaten volle Souveränität ließ. Dann aber erhob sich gegen diese dynastischen Gebilde zum ersten Male in der neueren deutschen Geschichte aus dem Volke heraus eine Opposition, eine wirkliche revolutionäre Bewegung, die eigene politische Ziele und Ideale durchzusetzen versuchte. Vier Tendenzen und vier Programme sind es, die langsam, etwa vom Jahre 1820 an, sich gegenseitig auszulösen, abzugrenzen begannen, und 1848 sich einander bekämpften. Die älteste dieser vier Aktions-tendenzen ist der Gedanke der Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Demokratie. Kleinbürgerliche und Kleinbäuerliche Oppositionen gegen den Fürstenhof haben sich als Unterströmungen in der deutschen Geschichte schon im 18. Jahrhundert öfter beobachten lassen. Auch in der Dichtung des Sturm und Dranges finden wir ja ein Stück erbitterter Opposition gegen die Kultur des Fürstenhofes und gegen den fürchterlichen Druck des Absolutismus. Aber diese erst instinktive demokratische Stimmung löst sich nicht in bestimmte politische Parteibewegungen aus. Als eine Bewegung mit wirklich staatsrechtlichen Zielen organisiert sich die Bewegung erst, sobald es in den einzelnen deutschen Staaten Landtage gibt. Solche werden zuerst in den süddeutschen Staaten geschaffen. Sie werden gegeben von ihren Fürstlichkeiten im Interesse der Fürstlichkeiten. Nämlich um die Krone, die durch die Napoleonische Revolution und ihre Folgen ihr früheres Vaterland verloren hatten und in einem neuen Vaterlande mit anderen vereinigt worden waren, nun auch an dem Staate zu intereffizieren und zu verhindern, daß sie den ihnen seit erst 10 Jahren „angestammten“ König verlassen und zu einem anderen gingen. Das ist aber gleichzeitig das Verhängnis der nun hervor tretenden kleinbürgerlichen demokratischen Bewegung. So beglückte Bayern 1818 sein Volk mit einer Art Scheinparlamentarismus, so tat es Württemberg usw. Diese Entstehung der süddeutschen Landtage gab den Demokraten auf der einen Seite die Möglichkeit, große parlamentarische Reden zu halten, und die ersten Sitzungen des württembergischen wie des bayerischen Landtags liefen denn auch gleich in den lebhaftesten Kampf gegen die Landesräter aus. Aber gleichzeitig wirkten sie dahin, daß die Demokraten die Möglichkeit verloren, irgend etwas im demokratischen Sinne zu tun. Gegen die Lebergriffe von Preußen oder Oesterreich her hielten sich die süddeutschen Fürsten jetzt gesichert. Aber wollte die Oppositionsmehrheit etwas durchsetzen gegen ihre Fürsten, so hand doch hinter die der Bundesstag, das heißt, die österreichische und preussische Kammer. Die schäufte die Souveränität, und die Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Parteien waren machtlos. Was die süddeutschen Fürsten von ihnen zu befürchten hatten, war höchstens ein kleiner Skandal. Unter diesen Umständen entwickelte sich ein politisches Adolatentum als Vertretung der Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Demokratie. Eine Vertretung, die nichts weiter konnte, als dem moralischen Recht des Unterdrückten zu reden, ohne daß sie an den wirklichen Staatsgeschehen irgend ein Fünkchen zu ändern vermochte. Als es dann 1848 zum Kampfe kam und als die parlamentarischen Redner, die 30 Jahre lang die gefeierten Volksredner gewesen waren, in Aktion treten sollten, da haben sie faul und fonsers verjagt. Kein geringerer als Karl Marx („Revolution und Kontrevolution“) hat mit Bezug auf sie das Wort geprägt vom parlamentarischen Kreterismus. Das richtet sich natürlich nicht an sich gegen solche, die glauben, auf parlamentarischem Gebiete etwas erreichen zu können; es ist nur eine Charakterisierung der hier angeedeuteten Spielart von Parlamentariern und parlamentarischen Wirken. Etwas später entwickelte sich ein eben solcher Landtagsparlamentarismus in norddeutschen Kleinstaaten, wo die Landtage eingeführt wurden infolge der französischen Revolution von 1830. Da wurden sie aber nicht von Fürsten gegeben, sondern wirklich geboren, wenn auch Volksauszüge und das Absingen demokratischer Vieder vor den Residenzen genügten, den Fürsten zu Zugeständnissen zu bewegen. Aber die norddeutschen Demokraten in den Parlamenten vermochten auch nichts weiter zu schaffen.

Wenn wir die Literatur in den dreißiger und vierziger Jahren ins Auge fassen, so haben wir in Deutschland eine stark wachsende demokratische Stimmung. Man liest Heine und Herwegh. Wagners „Heißer Landbote“ wird gelesen, und aus dem Auslande fällt eine ganze Fülle aufreißender Schriften nach Deutschland hinüber. Es jagt eine gewaltig wachsende Bewegung zu sein. Aber es ist noch eine Bewegung, die gegenüber den wirklichen Machtverhältnissen nichts auszurichten vermag. Sie ist immer noch Literaturbewegung, nicht Massenbewegung. Die letzte Ausrufung jener demokratischen Bewegung vor dem Ausbruch der Revolution ist die Zusammenkunft im September 1847 in Offenburg, wo die demokratischen Politiker aus fast allen Kleinstaaten zusammen kamen und ihre politischen Wünsche formulierten, unter anderem: Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Volkshoer halt stehendes Heer, Volksvertretung beim Bundesrat, Selbstregierung des Volks, progressive Einkommensteuer, Unterstützung der Arbeit gegenüber dem Kapital. Eine ganze Fülle programmatifcher Forderungen. Aber für das ganze Deutsche Reich steht nur der eine Satz darin: Volksvertretung beim Bunde. Das zeigt, daß in den 30 Jahren Kleinstaatlicher Landtagsarbeit, die die Leute hinter sich hatten, die Bewegungen tatsächlich partikuläristisch geworden waren. Diese Leute, die so scharfe Töne gegen die Fürsten sandten, waren durchseucht vom Partikulärismus. Ganz nebenbei forderten sie eine Vertretung beim Bundesrat. Was den Stein und Krudt und denen um sie in der Seele gelegen hatte, eine neue deutsche Zentralgewalt zu schaffen, war in der Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Demokratie fast schon wieder verloren gegangen. So genau hatten die Fürsten gerechnet, als sie die Landtage schufen.

Nicht die Kleinbürgerliche Demokratie war es, die die Gegenläge so verhärtet hat, daß es 1847 und 1848 zu so einschneidenden Programmen kam, sondern darin gingen sie erst nach der großbürgerlichen Demokratie, die als zweite der erstgenannten Aktions-tendenzen in den dreißiger und vierziger Jahren einsetzte. Unter den Verhältnissen der damaligen Zeit bedeutete Großbürgertum hauptsächlich Textilindustrie und Eisenindustrie. Dazu Vergewerks-industrie. Ende der dreißiger Jahre kam eine neue Flut kapitalistischer Unternehmungen mit den Eisenbahngesellschaften. Das sind die Führer des kapitalistischen Interessenkampfes der vierziger Jahre. Das Verkehrsinteresse brach sich Bahn. Und wo die politischen Konsequenzen aus den wirtschaftlichen Interessen gezogen wurden, richteten sie sich gegen die der großbürgerlichen Entwicklung hinderliche Kleinstaaterei. Dazu kam die Entwicklung des Geldmarktes. Auf diesem Gebiet brauchte der Kapitalismus größte Bewegungsfreiheit, absolute Selbstbestimmung. Empfindlich im höchsten Grade war für ihn das absolutistisch-patriarchalische Hineingreifen von oben herab, wie es zum Beispiel in Preußen geübt wurde, wo der Staat seine eigene Bank hatte und gegen Neuetablierung von Banken und Bankfilialen sich wehrte. Jede Bank bedurfte der Konzeßion. In dem Augenblick, wo die Eisenbahngesellschaften und die Geldleute hervortraten, da war es selbstverständlich, daß sie für Selbstregierung und für den Einheitsstaat einzutreten bemüht sind. Das ist die erste Massenbewegung, die hinter den deutschen Einheitsgedanken sich stellte, und wie es in der Natur der Sache lag, nahm die großbürgerliche Bewegung das Programm der Patrioten wieder auf. Eine Denkschrift, die der Wadener Kapitalist Hansemann 1831 an den preussischen König gehalten läßt, ist das erste In-die-Erscheinung-tretende der großkapitalistischen politischen Interessen. Wenn auch untertänigst und demütig, verlangt die Denkschrift eine Verfassung und Mitregierung des Bürgertums.

Ein neues Moment kommt in die Entwicklung dadurch, daß die preussische Regierung selbst (die dritte Aktionsrichtung) eine bestimmte nationale Einheitspolitik in Deutschland anzufangen beginnt. Nach dem Wiener Kongreß von 1814/15 ist es Preußen nicht mehr möglich, seine frühere antinationale, auf Besitzvermehrung allein gerichtete Politik in Deutschland zu treiben. Der erste Akt in der neuen deutschen Politik gleichsam war, daß

der König eine Verfassung versprach, als 1815 bei Nüßleher Napoleons von Elba die Existenz möglicherweise in Frage gestellt war. Es sollte Preußen zeigen als den Staat, der sich zum Führer der völkertümlichen Bewegung macht, und die Stimmung sollte dazu dienen, daß sich ganz Deutschland für Preußen ins Zeug lege. Daß das Versprechen nicht gehalten wurde, ist bekannt. Als aber der alternde Friedrich Wilhelm III. gestorben war und in den vierziger Jahren Friedrich Wilhelm IV. regierte, da wachten die nationalen Pläne Preußens wieder auf. Die nächsten Jahre sind voll diplomatischer Entwürfe, die darauf abzielten, auf friedlichem Wege durch Verabredung mit Oesterreich und den anderen Bundesmitgliedern eine Bundesreform durchzuführen. Hansemann und die Großbourgeoisie waren mit dem König programmatifch darin ziemlich einig, unter Preußens Leitung einen Bundesstaat mit Verbeibaltung der einzelnen Staaten zu schaffen, der unter militärischer Leitung Preußens stehe. Aber die Bourgeoisie wollte im Parlament herrschen, und das brachte sie in Gegensatz zur Regierung; darüber kam es in den vierziger Jahren zum Streit. Zum Ausbruch kam das in der finanziellen Frage Preußens. Der König brauchte eine Anleihe, namentlich um die Ostbahn nach der Provinz Preußen zu bauen. Sie wurde ihm verweigert. Sobald eine Verfassung bewilligt wurde, wollte man auch bewilligen, sonst nicht. Daß er die Ausschüsse der Provinziallandtage zusammenberief zu gemeinsamer Verhandlung, nutzte dem König nichts. Sie sagten, sie seien keine Volksvertretung, da sie nicht vom Volke gewählt seien. Der König verfuhr verschiedenes. Endlich berief er im Februar 1847 die acht Provinzial-Landtage als sogenannten vereinigten Landtag nach Berlin und legte wieder die Anleihe vor. Aber auch hier wurde erklärt, daß es noch keine Volksvertretung sei, weil sie nicht auf Wahlen beruhe und nicht das Recht habe, aus eigener Kraft alle Jahre oder alle zwei Jahre zusammen zu kommen. Die Anleihe wurde nicht bewilligt. — Dann kam die Februarrevolution in Frankreich, die Verkündung der französischen Republik, und die Erbitterung, die sich angesammelt hatte, brach nun auch in Deutschland aus, mit den bekannten Resultaten. Auf die einzelnen Vorgänge, die aus der Märzliteratur und Märzfeiern bekannt sind, braucht nicht eingegangen zu werden. — Im Verlauf der Geschehnisse zeigte sich, daß die außerpreussische Bourgeoisie ein Programm hatte, wie Hansemann und Genossen. Die Demokraten stellten sich dagegen auf den Standpunkt, daß alle Zentralverwaltung für Deutschland eine Republik zu fordern sei. Dabei sollten aber die einzelnen Staaten Monarchien bleiben. Ein ganz unfinniger Gedanke.

Neben den drei Bewegungen, die geschildert sind, ging still und verborgen im Untergrunde der Gesellschaft als noch nicht geschichtliche Macht, aber doch als die, die in die Zukunft weist, eine vierte Bewegung nebenher, die beginnende proletarische Bewegung, die Arbeiterbewegung. Wenigstens ihre führenden Köpfe durchschauten die Situation. Der Bund der Kommunisten, Marx und Engels an der Spitze, entwarf sofort nach dem Ausbruch der Pariser Revolution ein deutsches Aktionsprogramm. Gleich obenan heißt es: Anteilbare einheitliche deutsche Republik. Das bedeutete vollständige Ausrottung aller der Wurzeln und Knollen, die aus der deutschen Geschichte der letzten Jahrhunderte übrig geblieben waren, das bedeutete den völligen Neubau eines deutschen Staates. Eines völlig einheitlichen Staates, ein Wesen, das es heute noch nicht in Deutschland gibt. Das war das nationale Programm des Bundes der Kommunisten. Es war das Programm, unter dem die „Neue Rheinische Zeitung“ vom Juli 1848 bis zum Mai 1849 in Köln redigiert wurde. Es war das Programm, von wo aus sie alle deutschen Parteien kritisierte, indem sie publizistisch für die völlige deutsche Einheit eintrat. Erst in diesem Programm war außerdem für die arbeitende Klasse die Möglichkeit geboten, für ihre weitere Befreiung zu kämpfen. Marx und Engels liehen keinen Zweifel darüber, daß die deutsche Republik nicht das Ende sein sollte, sondern daß in ihr erst recht die Opposition der Arbeiterklasse beginnen würde. Wenn unser rückwärtiger Blick dies Wirken der theoretischen Wegweiser der Arbeiterklasse las den geistigen Höhepunkt des Jahres 1848 ansieht, so steht doch andererseits fest, daß die proletarische Bewegung für die eigentliche Entscheidung im Jahre 1848 nur eine Unterstützung gewesen ist, daß jene Ideen nur hier und da schon bei den Führern der Masse Anhänger gefunden hatten. Was 1848/49 aufeinanderstieß, das war das preussische Bourgeoisprogramm, das Kleinstaatliche demokratische Programm und das Königsprogramm.

Nach dem Siege der Revolution kam bald der Rückschlag, die Zeit der Reaktion. Die Bourgeoisie nach dem 18. März 1848 war nicht mehr dieselbe, die in so musterhafter Weise noch auf dem vereinigten Landtage von 1847 gegen die Krone gekämpft hatte. Der Sieg des Februar in Paris und der Sieg der Demokraten anderwärts war ihr in die Glieder gefahren. Sie hatte das Gefühl, sie müsse die Autorität der Krone und der Armee so viel wie möglich wieder steigern. In Preußen sieht man es an dem liberalen Ministerium Camphausen, Hansemann, aus einer konstituierenden Versammlung, die eine Verfassung schlägt, möchte man eine Versammlung, die mit der Krone eine Verfassung „vereinbart“. Die Demokratie verlangte die Hinausführung der Regimenter; die Bourgeoisie forderte sofort die Rückkehr bürgerfreundlicher Regimenter. Das bourgeoisfreundliche Ministerium ruft den geflohenen Prinzen von Preußen von seinem „ehrendollen diplomatischen Auftrage“ wieder in die Stadt zurück. Die Bourgeoisie sagt, daß sie sich gegen die Angriffe der Demokratie als Schild vor den König stellen wolle usw. usw. Die Folge davon und von sonstigen Nachgiebigkeiten ist, daß das Königtum und Militär sich bald von ihrem ersten Schrecken erholen. Die Reaktion schreitet fort. Es kommt nicht nur das Zweikammersystem, sondern auch die Dreiklassenwahl. — Genau so verfährt die Bourgeoisie in Frankfurt a. M., wo es sich um die Bundesverfassung handelt. Die Bourgeoisie sucht Rückendeckung bei der Regierung gegenüber der Demokratie. Es führt in allen Fällen zum Siege der Regierung und zum Siege der Armeen. Der Ausgang ist ja bekannt. Das entwicklungsgeschichtliche Interessante der letzten Periode ist, daß die demokratische Bewegung ihrem vollen Ende entgegengeht. In der letzten Zeit der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, wo es wirklich dazu kommt, die deutsche Verfassung, die deutsche Einheit zu behandeln, da verstimmt die Demokratie links mit der sogenannten Erbkaiserpartei, das heißt der eigentlichen Bourgeoisiepartei. Es entsteht auf Grund eines Kompromisses der Entwurf, der später für Bismarck vorbildlich gemessen ist: Die Schaffung eines deutschen Erbkaistertums, die Übertragung der Kaiserwürde an Preußen und Ausschluß Oesterreichs. Das Bundesparlament sollte zusammengesetzt werden auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes. Lehretes war die Konzeßion, die den Demokraten gemacht wurde. Wenn wir es heute in der Reichsverfassung haben, so ist es die letzte und beinahe einzige Nachwirkung, die die Kleinbürgerliche Demokratie mit ihrem Programm hinterlassen hat. Die Demokraten gehen aber als Demokraten zugrunde, denn sie müssen das Erbkaistertum vertreten. Aber auch dieses Kompromiß hat keinen Erfolg mehr gehabt. Friedrich Wilhelm IV. lehnte die Krone, der der Dubergesuch der Revolution onstakete, ab. Ueber Lamentationen kam man schließlich nicht mehr hinaus. Es kam das untröstliche Ende der deutschen Nationalversammlung. Im Ueberflusse des badißchen Aufstandes vergruben die letzten Regungen der Kleinbürgerlichen Demokratie. Und die Bourgeoisie zog sich als geschlagen auch zurück, zum Schluß erklärend, wenn die preussische Regierung von oben herab sich einmal mit ihrem Programm einverstanden erklären würde, werde man damit zustimmen sein. Als die preussische Monarchie nun glaubte, mit ihren Bundesreformplänen wieder kommen zu können, da erhob sich Oesterreich mit sämtlichen Bundesstaaten und verlangten Ruhe. Und 1850 wurde die Wiederaufrichtung des Deutschen Bundesstaates mit allem, was 1815 geschaffen war, akzeptiert. — Wie es in den sechziger Jahren zwischen der preussischen Dynastie und der Bourgeoisie noch einmal zum Kampfe kam und wie die Entscheidung fiel, wird der nächste Vortrag zeigen.

Aus der Partei.

Der Vorkampf der Meißner-Arbeitsruhe. Unsere Leipziger Genossen haben durch Ausgabe von Kontrollkarten, die, ausgefüllt mit Angabe des Namens, des Berufs usw., in den Vormittagsversammlungen wieder abzugeben waren, interessante Feststellungen gemacht. Die Zahl der Besucher betrug 15 000, woraus hervorgeht, daß die Zahl der durch Arbeitsruhe Demonstrierenden gegen das Vorjahr bedeutend zugenommen hat. Weitere Berechnungen ergeben, daß an der Nachmittags-Demonstration, die halbtägige Arbeitsruhe voraussetzt, sich mindestens 30 000 Personen beteiligt haben.

Umfassendere Protestkundgebungen gegen die preussische Schulverfassungsvorlage fordert die Magdeburger „Volkstimme“. Sie bemerkt zur Meldung von den 43 Berliner Protestversammlungen: „Unserer Meinung nach hätte der Protest sich nicht auf Berlin beschränken sollen, sondern einheitlich in ganz Preußen durchgeführt werden müssen.“

Die Wucht des Protestes würde durch solche Ausdehnung über ganz Preußen allerdings gesteigert werden sein.

Eine verurteilende Kritik über den Genossen Vock-Gotha macht die Kunde durch die Ordnungspresse. Unser Bruderblatt, das Gothaer „Volkblatt“, schreibt dazu:

Das „Gothaer Tageblatt“ veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel „Allerlei Städtisches“, in welchem eine Lanze für die armen Hausagrarien in Gotha gebrochen wird. In dem Artikel werden die Steuerverhältnisse der Stadt besprochen und dabei Stimmung gegen die vom hiesigen Stadtrat beabsichtigte, durchaus wünschenswerte Wertzuwachssteuer (für Grundstücke) eingelegt. In diesem Artikel wird von Steuerhinterziehern gesprochen und dabei leistet sich der Verfasser folgenden Satz: „Der größte Hinterzieher beliebt ein Ehrenamt, zu dem ihn seine Mitbürger gewählt haben, der andere Herr, der das ganze Land glückselig machen will, hat das Steuergesetz von 1902 mitgetragen. Davon schweigt ein hiesiges Blatt, in dem sonst jeder, der sich etwas zuschulden kommen läßt, zur Bank gebannt wird. Die hiesigen Bürger erwarten selbstverständlich, daß Leute, die solche Sachen fertig bringen, ihre Ehrenämter freiwillig niederlegen. Vertrauen kann man ihnen nicht mehr entgegenbringen.“ Mit dem „anderen Herrn“, der das ganze Land glückselig machen will und das Steuergesetz mitgetragen hat, ist wie uns von wissender Stelle mitgeteilt wird, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Vock gemeint. Wir wollen vorläufig von der Frage absehen, wie es kommt, daß solche Dinge aus der Steuerkommission, deren Mitglieder eidlich verpflichtet sind, Stillschweigen zu bewahren, ausgeplaudert und veröffentlicht werden. Für heute begnügen wir uns festzustellen, daß hier wieder einmal Wahrheit und Dichtung in unerschämter Weise vermischt ist, und zwar offenbar von jemand, der den Sachverhalt wissen muß. Es handelt sich nämlich um die Druckerlei des „Volkblatts“, von der der Reichstagsabgeordnete Vock nominell der Eigentümer ist. Eine Steuerdeklaration der Druckerlei hat Vock allerdings unterlassen, aber nur deshalb, weil er sich jahrelang nicht nur kein Gewinn aus der Druckerlei erzielt wurde, sondern Zuschüsse geleistet werden mußten, und zweitens Vock, als endlich sich Liebeschüsse zeigten, niemals auch nur einen Pfennig an Einkommen aus der Druckerlei bezogen hat und für die Zukunft auch nicht beziehen wird. Denn alle Liebeschüsse werden wieder für die Druckerlei verwendet. Vock hat im Gegenteil mancherlei Unkosten durch die Druckerlei gehabt, die niemals vergütet worden sind, ganz abgesehen von der Rüchewaltung, den Unannehmlichkeiten und Zeitverschwendung, die mit solchen Geschäften stets verbunden sind. Von einer Steuerhinterziehung durch Vock kann also keine Rede sein, da er nichts aus der Druckerlei bezogen hat. Die häßlichen Bemerkungen des Verfassers des Artikels im „Gothaer Tageblatt“ fallen somit in sich zusammen.

Künftige Saalabtreibung. In Oswig bei Breslau haben die Saalbesitzer unter Einwirkung des Amtsvorstehers einen Beschluß gefaßt, wonach sie ihre Säle keiner Partei zu Versammlungen geben. Zwei Saalbesitzer, die durch Unterschrift sich gegen die Sozialdemokratie zur Hergabe ihrer Säle verpflichtet hatten, haben mit Unterschriften. Die Erklärung sagt dazu, daß die Gastwirte die unter dem Druck des Polizeis von einzelnen Lokalbesitzern unterschriebenen Verträge für null und nichtig erklären. Ein sehr einfaches Verfahren, das die Arbeiter mit verstärktem Kampf beantworten werden. Der Amtsvorsteher hatte den beiden Wirten, die diese Verträge mit der Partei abgeschlossen hatten, unmittelbar danach die Tanzkonzession entzogen. In der Wirtensversammlung, die den letzten Beschluß faßte, war der Herr persönlich anwesend. Das ist die Unparteilichkeit der Behörde!

Die staatsgefährliche rote Schleife. Das Schöffengericht zu Greiz hat den Strafbefehl über 20 M. aufrecht erhalten, der dem Genossen Drossel zugegangen war, weil er bei der Verurteilung eines Genossen einen Kranz mit roter Schleife getragen hat. Begründet wurde das Urteil mit der Behauptung, die rote Schleife sei eine Demonstration gegen die Institution des Staates und der Angeklagte habe bewußt gegen die Bestimmung einer landesherrlichen Verordnung gehandelt. Die gefährliche Schleife bleibt daher konfiszieren.

Ein bestraffter Verleumder. Das Schöffengericht zu Dortmund hat einen Ordnungsmann zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Genossen Bartels durch die Lüge beleidigt hat, Bartels habe in seiner Eigenschaft als Beamter des Deutschen Bergarbeiterverbandes gesammelte Streikgelder unterschlagen.

Ein „beleidigter“ Gastwirt. Zum roten Sonntag wurden im Halberstädter Wahlkreis die Versammlungslokale durch kleine Flugblätter bekannt gegeben. Fernöstlich war auch eine Versammlung für das Lokal des Gastwirts Rummert in Derenburg bekannt gegeben. Dadurch fühlte sich Herr Rummert beleidigt und geschädigt und so verklagte er die Hersteller des Flugblattes, die Druckermeister Genossen Berg und Schulze. Vor dem Schöffengericht bekundeten aber mehrere Zeugen, daß im Saale schon öfter sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden hätten und daß deshalb ganz unerlässlich sei, wies Herr Rummert sich beleidigt fühlen könne. Herr Rummert aber ist beleidigt, wie er erklärte, denn jene Versammlungen seien eine „öffentliche“ gewesen. Eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung hätte er nie zugelassen. Das Schöffengericht sprach die beiden angeklagten Genossen frei, da die Absicht einer Beleidigung nicht erwiesen sei.

Soziales.

Neue Vorschriften für den Arbeitsvertrag.

Das Ministerium hat einen Gesetzentwurf zur Normierung der Beziehungen zwischen Geschäftsinhabern und deren Angestellten ausgearbeitet. Dieser Entwurf schlägt u. a. vor, daß mit allen Angestellten schriftliche Verträge geschlossen und daß den Angestellten Abrechnungsblätter bei Vermeidung einer Geldstrafe gegeben werden müssen, in denen die Länge des Arbeitsvertrages, die Höhe der Löhne, die Kündigungsfrist, Arbeitszeit usw. genau angegeben werden müssen. Im Falle einer Krankheit oder eines Unfalls ist dem Angestellten eine Monatsgage, bei kürzeren Engagements eine Wochengage auszahlbar. Sind in einem Geschäft mehr als zwei Personen angestellt, so ist der Chef verpflichtet, einem jeden von ihnen, der schon mehr als ein Jahr in seinen Diensten steht, alljährlich einen zweiseitigen Arbeitsvertrag zu genähren.

Wenn die Dienstzeit nicht festgesetzt ist, gilt für beide Teile monatliche Kündigung. Wenn eine Person für eine bestimmte Arbeit engagiert worden war, muß eine wöchentliche Kündigung beobachtet werden. Auch wenn jemand auf eine bestimmte Zeit engagiert worden war, muß der Chef einen Monat vor Ablauf derselben ihn darauf aufmerksam machen, daß der Kontrakt nicht erneuert werden wird. Falls dieses unterlassen wird, gilt der Kontrakt als auf unbestimmte Zeit erneuert. Im Kontrakt kann auch eine längere Kündigungsfrist festgesetzt werden. Nach erfolgter Kündigung ist der Prinzipal verpflichtet, dem Angestellten

so viel freie Zeit zur Verfügung zu stellen, daß dieselben sich um eine andere Stelle bemühen können.

Der Geschäftsinhaber ist berechtigt, einen Angestellten auch ohne vorherige Kündigung zu entlassen, falls derselbe sich eine grobe Fahrlässigkeit, eine Unredlichkeit oder unmoralische Handlung hat zuschulden kommen lassen oder aber eine Woche ohne Grund, zwei Wochen aus triftigen Gründen oder einen Monat krankheitsbedingt seinem Dienst nicht nachgekommen ist. Auch wenn der Angestellte dem Prinzipal oder seinem Vertreter eine grobe Beleidigung zugefügt hat, kann er sofort entlassen werden.

Auch dem Angestellten steht das Recht zu, den Dienst ohne vorherige Kündigung zu verlassen und zwar, falls der Prinzipal ihm seine Gage vorantzahlt oder seinen sonstigen Verpflichtungen nicht nachkommt, falls der Angestellte arbeitsunfähig wird oder in den Militärdienst einberufen wird oder aber der Prinzipal die Mitglieder der Familie deselben oder die Aufsichtsbearbeiter ihm schwer beleidigen oder überhaupt schlecht behandelt. Falls Kontraktbruch ohne triftigen Grund vorliegt, kann die andere Partei Anspruch auf Schadenersatz erheben.

Der Angestellte hat das Recht, ein Zeugnis über seinen Dienst zu verlangen. Die Polizei muß die Unterschriften auf einem solchen Attestat kostenlos beschreiben.

Ohne Erlaubnis seines Chefs darf kein Angestellter selbständig Geschäfte machen. Der Prinzipal ist für alle Handlungen seiner Angestellten, welche mit seinem Einverständnis zur Ausführung gelangten, verantwortlich. Er trägt jedoch keine Verantwortung für Goldstraftaktionen, welche ohne sein Wissen und Willen begangen wurden.

Alle angeführten Bestimmungen beziehen sich auch auf Belehrenge. Dieselben müssen das 12. Lebensjahr überschritten haben. Die Lehrzeit darf nicht mehr als 5 Jahre dauern. Es ist jedoch eine zweimonatliche Probezeit zulässig.

Der vorstehend skizzierte Entwurf soll den Vertretern der Prinzipale und den Vereinen der Handlungsgehilfen zur Begutachtung vorgelegt werden.

Das Ministerium, das den Entwurf, von dem wir sprechen, ausgearbeitet, ist das russische! Die freilich nicht hinreichenden Bestimmungen sind in einigen Punkten für die Handlungsgehilfen günstiger als die für die deutschen Handlungsgehilfen und in vielen besser als die für die gewerblichen Arbeiter gültigen Vorschriften.

Unabhängig von diesem Gesetz beabsichtigt das russische Handelsministerium auch ein Gesetz über Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen Geschäftsinhabern und deren Angestellten auszuarbeiten und in die Reichsdruckerei einzubringen. Der preussische Justizminister ließ, wie wir erwähnten, vor kurzem gegen die Institution der Kaufmannsgerichte Sturm.

Der Verband der Konsum- und Produktions-Genossenschaften in Rheinland-Westfalen hielt seinen diesjährigen Verbandstag am 12. und 13. Mai in Kassen ab. Erschienen waren 90 Vertreter für 29 Vereine, außerdem Vertreter der Großverkaufs-Gesellschaft, der Organisationen der Genossenschaftsvorstände, der Lagerhalter und anderer Genossenschaftsverbände. Die Zahl der Verbandsvereine stieg im Jahresverlauf von 52 auf 78. Zur Statistik berichteten 68 Vereine. Nur 8 Vereine des Bezirks sind älter wie fünf Jahre. 81 Vereine haben unter 50 000, 18 haben 50 bis 100 000, 18 haben 100 000 bis 500 000 M. Umsatz und 4 Vereine mehr wie 500 000 M. Umsatz zu verzeichnen. Die Vereine umfassen 45 658 Mitglieder, 100 Verkaufsstellen mit 568 Angestellten und einem Gesamtumsatz von 12³/₁₀ Millionen Mark gegen 7⁷/₁₀ Millionen Mark im Vorjahre. Die Aktiven betragen 2 745 773 M., die Passiven einschließlich 177 000 M. Reserven 1 958 707 M. Der Reingewinn erreichte die Höhe von 787 000 M. 90 Proz. der Mitglieder gehören der Arbeiterklasse an.

Einem breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Beratung einer Geschäftsordnung für ein Schiedsgericht zur Erledigung aller aus den Verhältnissen zwischen den angeschlossenen Vereinen und ihren Angestellten entstehenden Streitigkeiten ein und das Ergebnis war: die Anerkennung des Schiedsgerichts soll vertragsmäßig festgelegt werden und bleibt der bürgerliche Rechtsweg in erster Instanz ausgeschlossen. Zuständig ist das Gericht für alle aus den Verträgen und den handelsgesetzlichen Bestimmungen entstehenden Streitfälle. Doch ist die Annahme des Gerichts nur möglich, wenn die Vorstände des Unterverbandes und des Lagerhalterverbandes ihre Zustimmung geben. Ueber die Zusammensetzung des Gerichts wurde bestimmt: Die Verwaltungen stellen ein Vorstands- und ein Aufsichtsratsmitglied, der Lagerhalterverband zwei Mitglieder. Die Mitglieder werden auf dem Verbandstage auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Den Vorsitzenden bestimmt für jeden Streitfall getrennt das am Streitorte bestehende Gewerkschaftsamt. Die so getroffene Regelung eines Schiedsgerichts mag“ den vielfach von Konsumvereinsverwaltungen geäußerten Wünschen entsprechen, widerspricht aber dem Gesetze, soweit die Schiedsgerichte Streitigkeiten zwischen Lagerhaltern oder anderen kaufmännischen Angestellten und dem Konsumverein betreffen. Denn § 6 Absatz 2 des Kaufmannsgerichtsgesetzes erklärt Verordnungen, durch welche der Entscheidung des Kaufmannsgerichts künstliche Streitigkeiten, welche zu seiner Zuständigkeit gehören, entzogen werden, für nichtig. Zulässig, vielleicht auch zweckmäßig, wäre die Ausschließung einer Berufung gegen Urteile des Kaufmannsgerichts. Der Ausschluß von Schiedsgerichten an Stelle der Kaufmannsgerichte hindert nicht, daß Einigungs-kommissionen zunächst entscheiden und daß deren Gutachten die Parteien sich tatsächlich unterwerfen. Sind die Schiedsgerichte in diesem Sinne gedacht, so sind sie zulässig, ihre Entscheidung hindert allerdings rechtlich die Parteien nicht, Kaufmannsgerichte anzurufen. Die Frage der Gestaltung von Schiedsgerichten wird ja eine von Jahr zu Jahr für die im Betrieb von Konsumvereinen Angestellten brennendere. Die auf dem Verbandstage getroffene Entscheidung über die Zusammensetzung der Schiedsgerichte entspricht der schon heute für Konsumgenossenschaften üblichen. Dem Rechtsgesühl der wirtschaftlich Schwächeren, kaufmännischen Angestellten und gewerblichen Gehilfen wird durch sie nicht genügt. Sie weist genau dieselben Mängel auf, die schließlich zum Verbot von Schiedsgerichten im § 6 des Kaufmannsgerichtsgesetzes geführt haben. Die Forderung, daß sachverständige und zugleich uninteressierte Personen als Richter fungieren, wird bei der derzeit üblichen und auch auf dem Verbandstage beschlossenen Gestaltung der Schiedsgerichte in denjenigen Fällen nicht erfüllt, in denen es sich um grundsätzliche Fragen für das Rechtsverhältnis der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten handelt. Die Nachteile, die hierdurch erwachsen können, treffen keineswegs allein die Angestellten der Konsumgenossenschaften, sondern erstrecken sich schon deshalb auf alle gewerblichen und kaufmännischen Angestellten, weil die gelehrten Gerichte auf den Angestellten nachteilige Entscheidungen solcher Schiedsgerichte Gewicht legen. Vom Gesichtspunkte der fortschreitenden Entwicklung des Arbeitsvertrages durch Laienrechtspflege und des Fortschritts der Arbeiterklasse überhaupt wäre eine andere Regelung der Schiedsgerichtsfrage wünschenswert.

Gemilbert werden etwaige Nachteile der Schiedsgerichtsinstitution durch das Klassenbewußtsein, das seine Mitglieder durchbringt und durch Tarifverträge, die die wesentlichen Elemente des Arbeitsvertrages regeln. Auf dem Kassener Verbandstag referierte Radestock über den Tarifentwurf des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit dem Verbands der Handels-, Transport- und Verlagsarbeiter. Der Tarif hat die Zustimmung der beiden Verbandsvorstände bereits erhalten und wurde auch in Kassen ohne Debatte genehmigt. Er sieht Mindestlöhne mit Ortszuschlägen, Bestimmungen über die Arbeitszeit, Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, über Ferien und Krankheitsfälle vor. Ferner soll ein Tarifamt geschaffen werden. Tarifverträge mit dem Lagerhalterverband sollen gleichfalls abgeschlossen werden.

Der Verbandstag beschloß ferner, die Vorlage betreffend Besteuerung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung dem Zentralvorstande deutscher Konsumvereine und dem diesjährigen Genossenschaftstage in Glettau zur Erörterung und Stellungnahme zu überweisen. — Die Verbandsbeiträge sollen zukünftig mindestens

20 und höchstens 200 Mark je nach dem Umsatz und die Beiträge zum Zentralverbande die Hälfte dieser Sätze betragen. Der Revisionszinsfuß wurde von 20 auf 25 M. erhöht; den Revisoren 12 M. Tagegeld bewilligt und beschlossen, den nächstjährigen Genossenschaftstag nach Düsseldorf einzuladen.

Der nächste Verbandstag findet in Essen statt.

Besonderer Erwähnung bedarf es, daß eine Anzahl größerer Konsumvereine die jungen Vereine des Ruhrbezirks anlässlich der Schwierigkeiten beim Bergarbeiterstreik tatkräftig unterstützte.

Aus Industrie und Handel.

Wie im Reiche der Zentrumsgrafen die Arbeitsverhältnisse ver-bessert werden.

Das deutsche Belgien, diesen Titel hat sich Oberschlesien wegen seiner miserablen Arbeitsverhältnisse erworben. Die frommen Herren geniert die Feststellung, daß im Reiche der christlichsten Arbeitgeber die schlechtesten Löhne gezahlt werden, die längsten Arbeitszeiten herrschen und die billige Frauennarbeit auf Grube und Hütte sehr beliebt ist. Die Ehre muß gerettet werden. Man beschloß, die Löhne aufzubessern, die Arbeitsverhältnisse günstiger zu gestalten — durch die Statistik.

Bergat Dr. Woly und Bergasseffor Witte haben das Werk vollbracht, sie haben die soziale Lage der ober-schlesischen Berg- und Hütten-sklaven — statistisch gehoben. Sie brachten eine Zusammenstellung über die Durchschnittslöhne in der ober-schlesischen Montanindustrie heraus, mit der man viel interpretieren, aber wenig beweisen kann. Es werden z. B. die nominellen Löhne bis zurück zum Jahre 1887 angegeben. Die Differenz zwischen den damaligen und den heutigen Durchschnittslöhnen soll als Maßstab für die gehobene Lebenslage der Arbeiter bewertet werden. Das ist durchaus irreführend. In einem Zeitraum von 30 Jahren erfährt die Kaufkraft des Geldes eine so erhebliche Veränderung, daß die gleiche Lohnsumme damals eine ganz andere Wertgröße repräsentiert, als heute. Lediglich mit den reinen Lohnziffern kann man kein Bild gewinnen über das Verhältnis zwischen Lohn und Arbeit einerseits und Gewinn andererseits. Wir wollen deshalb die Statistik der Unternehmer ergänzen, soweit das vorliegende Material dazu ausreicht. Zunächst entnehmen wir der Tabelle folgende Lohnangaben: Es betrug der Jahresdurchschnittslohn für sämtliche in der Montanindustrie Beschäftigten für

	männl. erwach. Arbeiter	jugendl. Arbeiter	weibl. Ver-
	rund in Mark		
1899	807	808	299
1900	978	826	321
1901	989	835	325
1902	990	833	318
1903	961	810	311
1904	981	814	323
1905	1000	815	323

Die Bearbeiter der Statistik geben zu ihren Zahlen folgende Erläuterung:

„Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß, wenn in unserer Vereinsstatistik für die verschiedenen Industriezweige der Gesamtbetrag der Jahreslöhne erfragt und aus demselben durch Division durch die Zahl der Arbeiter der Jahres-durchschnittslohn pro Arbeiter ermittelt wird, dies nicht den Zweck hat, zu ermitteln, was tatsächlich der Durchschnittsarbeiter verdient hat, sondern daß es lediglich die Möglichkeit schaffen soll, durch Vergleiche mit den Vorjahren festzustellen, um wieviel Mark und Prozent von Jahr zu Jahr der Arbeiterverdienst und damit die einschlägige Leistung (1) der Industriellen im Durchschnitt sich ändert.“

Die Beauftragten der christlichen und allerchristlichsten Werk-wertschluder vertreten hier den Grundgedanke, daß die Zahlung des Lohnes persönliche Leistung des Unternehmers darstelle, nicht also die Arbeit, sondern das Kapital Mehrwertes schafft und nicht das Kapital, sondern der Arbeiter ein-unangenehmer Schmarotzer ist, der sich glücklich tut an den von anderen erarbeiteten Gütern. Doch darüber wollen wir mit den Christen nicht rechten. Rechnen wir die vorstehenden Ziffern als einwandfrei, dann ergibt sich bis 1901 ein Anstieg der Löhne, dann wieder ein Rückgang bis zum Jahre 1902 resp. 1903, sodann folgt wieder eine Etappe der Lohnsteigerung.

Nach den Angaben haben in 1905 die männlichen erwachsenen Arbeiter den Höchstlohn von 1901 noch um 20 M. überschritten, die jugendlichen Arbeiter blieben aber um 20 M., die weiblichen Personen um 2 M. hinter dem Höchstlohn zurück. Bei den in den letzten Jahren enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen bedeutet diese Lohn-entwiderung zweifellos eine Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter. Der gestiegenen Lohnsumme für die erwachsenen Arbeiter liegt aber nicht einmal eine wirkliche Lohnerhöhung, sondern eine gesteigerte Leistung zugrunde. Nach einer Statistik des Niederschlesischen Bergwerksvereins betrug die Förderleistung pro Kopf in 1901 rund 195 Tonnen, in 1905 aber 199 Tonnen. Dazu wurden im letzten Jahre 4 Schichten mehr geleistet als in 1901. Das macht für den Bergbau eine Mehrleistung aus, die das Lohnniveau nicht nur ausgleicht, sondern noch überwiegt. Doch nehmen wir die Produktionsstatistik des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins zur Hand! Nach dieser stieg die Erzeugung von rund 80 Millionen Tonnen in 1904 auf rund 81¹/₂ Mill. Tonnen in 1905 und der Wert pro Tonne hob sich auf 16,11 M. gegen 14,26 M. Und die auf den Kopf der Beschäftigten entfallende Wertsumme ist beträchtlich gestiegen. Nach den Vierteljahres-nachweisen über die Zahl der Belegschaften und der Jahresproduktion der gesamten Industrie machen wir folgende Aufstellung:

	männlichen Arbeiter	weiblichen Arbeiter	Gesamt-wert der Erzeugung Mill. M.	Wert pro Kopf
1901	123 043	11 390	877	2804
1902	122 862	12 820	989	2880
1903	127 438	11 121	405 ¹ / ₂	2925
1904	131 719	11 460	438	3060
1905	135 894	12 013	510 ¹ / ₂	3463

Also in fünf Jahren ist die auf den Kopf der Beschäftigten entfallende Wertsumme der Produktion um 658 M. gestiegen, aber für die weiblichen Belegschaftsmitglieder und für die Jugendlichen ist der Lohn in 1905 niedriger als im Jahre 1901! So steht die Debung der sozialen Lage der ober-schlesischen Arbeiter und so steht die — Leistung der Unternehmer aus.

Wirte und Großbrauer. Die Brauer haben sich mit der Brau-steuer auseinandergesetzt, sie wollen den Wirten die neuen Lasten auspacken und mehr dazu. Die Brauereien glauben, noch einen Extraprofit schneiden zu können. Wie notwendig das für sie ist, ergeben die Gewinnziffern der Aktienbrauereien. Das Jahr 1904 brachte, an der durchschnittlichen Verzinsung einer bestimmten Zahl von Aktien-gesellschaften gemessen, eine um 1—2 Proz. höhere Rente als das Geschäftsjahr 1903, ebenso ging die Verzinsung im Jahre 1905 noch in die Höhe. Schon von 1898 ab in jedem Jahr — mit Ausnahme von 1902 — erzielte man über 9 Proz., einmal am anderen 10 Proz. Dividende, für 1904 9,80 und für 1905 gar 10,04 Proz. Das sind gewiß durchaus günstige Ergebnisse.

Die Großbrauereien, deren Abnehmer zum Teil von ihnen abhängig sind, erwarten wohl, die Wirte würden mit Handlari die beschlossenen Bieraufschläge zahlen. Die Wirte haben dazu jedoch keine Lust, aber sie fanden noch keinen Weg, sich der — „Frei-geliegheit“ der Brauereien zu entziehen. Vorläufig hat man erst mal eine Resolution angenommen. Am Montag fand eine Versammlung des Aktionskomitees der deutschen Gastwirte statt, die in einer Entschiedenheit sagt, die Wirte seien nicht in der Lage die Aufschläge zu tragen, aber es sei auch nicht möglich, sie auf die Konsumenten ab-zuwälzen. Eine Kommission soll mit dem Bunde der mittleren und kleineren Brauereien in Verbindung treten. Auch wurde die Errichtung von Genossenschaftsbrauereien in Erwägung gezogen. Die Groß-

Brauereien werden es natürlich auch nicht an Vorzüge fehlen lassen und die Folge wird sein: fortschreitende Monopolisierung im Biervertrieb. Nicht uninteressant ist die folgende, von dem Vorsitzenden des Birteverbandes, Herrn Ringel, mitgeteilte Tatsache:

Wegen Verleumdung der Mitglieder des Reichstages durch eine Eingabe des Aktionskomitees der deutschen Gastwirte ist der Protest der Birtevereine gegen die Brauereierhöhung nicht im Reichstage zur Verteilung zugelassen. Die angefochtene Stelle lautet:

„Diese Biersteuererhöhung soll angeblich eingeführt werden, um die mittleren und Kleinbrauereien gegen die Uebermacht des Großkapitals zu schützen. Während nun bei diesem angeblichen Schutz des braugewerblichen Mittelstandes nur wenige hundert Existenzen in Frage kommen, ist man leichtsinnig bereit, Hunderttausende ehrlicher deutscher Gastwirte dem Bettelstab zu überantworten, und das ist um so bedauerlicher, als diese Brauereien, deren Interessen man angeblich im Namen des deutschen Mittelstandes schützen will, gar nicht dem Mittelstande im eigentlichen Sinne zuzurechnen sind, da sie zum großen Teil in Wirklichkeit großkapitalistische Unternehmungen sind, und sich von den sogenannten Großbrauereien durch nichts anderes, als die Höhe des Umsatzes unterscheiden. Da ist es denn um so bedauerlicher, wenn Abgeordnete, welche auf ein mittelständisches Programm gewählt sind, und selbst behaupten, den deutschen Mittelstand zu vertreten, wie Reichstagsabgeordneter Pauli und Landtagsabgeordneter Hammer, namentlich aber viele Abgeordnete der Rechten und des Zentrums, verblendet durch diese mittelständischen Klären der neuen Vorlage sich blind gegen alle berechtigten Eingaben des Gastwirtestandes auf die neue Vorlage eingeschoren haben und durch keine Gegenvorstellungen von ihrer abgesetzten Meinung abzubringen sind.“

In der Debatte meinte ein Redner, man habe nun gesehen, was man von den parlamentarischen Wortführern der Mittelstandsvereine zu erwarten habe. Damit dem Ganzen der pikante Beigeschmack nicht fehle, sei daran erinnert, daß der Reichstagskandidat Ringel, Vorsitzender des Birteverbandes, entschieden als Wortführer der Mittelstandsvereine auftrat. Nur diese Wendung!

Den Bogen überspannt. Wie der Spiritusring, so hat anscheinend auch das Bündnis der Mittelstände den Bogen überspannt. In den in Betracht kommenden Handwerkskreisen hat die Anregung der Gründung einer eigenen Handwerksfabrik bereitwilligste Aufnahme gefunden. Die Fabrik soll auf eine Jahresproduktion von 8 Millionen Paas eingerichtet werden. Dieses Quantum entspricht circa 3 Proz. der im Syndikat organisierten Erzeugung. Wenn wir recht unterrichtet sind, trägt man sich auch in Konsumvereinskreisen mit dem Gedanken, eine eigene Handwerksfabrik zu erbauen.

3 1/2 Mill. Mark Ueberfluß. 1 665 129 M. Reingewinn, 12 Proz. Dividende, in diesen Angaben kommt die Konjunktur des letzten Jahres für die Ribbeck'schen Montanwerke A.-G., Halle a. S., zum Ausdruck. Die Abschreibungen sind auf 1 148 217 M. bemessen bei 12 Mill. Mark Aktienkapital. Unter 10 Proz. Dividende hat die Gesellschaft noch nie verteilt. — Unternehmensrisiko!

Eine Riesengasse soll die zum Hüttenwerk Goesch Dortmund gehörende Grube Kaiserstuhl II werden. Durch Neuanlagen will man die Zahl der Belegschaft auf 12 000 bringen. Die neuen Schachtanlagen sollen auf einem schon vor zwei Jahren erworbenen, direkt am Dortmund'schen Hafen gelegenen Terrain aufgeführt werden. Die technische Einrichtung ist so geplant, daß die nicht zum Hüttenwerk übergeführten Kohlen sofort vom Schacht aus in Bahne verfrachtet werden können.

Siegerländer Eisenstein. Die Eisensteinförderung der Siegerländer Grauben betrug im

I. Quartal 1906	521 998 Tonnen
VI. „ 1905	484 342 „
III. „ 1905	451 228 „
II. „ 1905	406 571 „

Die Erzeugung ist demnach im Laufe der letzten 12 Monate gang enorm gestiegen.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialistische Frauen in England treten lebhaft für ihre Rechte ein, wie sie bei der Wahlrechtsdebatte im Unterhause, als es sich um das Frauenwahlrecht handelte, kürzlich erst bewiesen haben. Sie erschienen auf der Galerie, als Keir Hardie seinen Antrag vorlegte, der in bezug auf das parlamentarische Wahlrecht für beide Geschlechter Gleichstellung verlangt. Die Frauen protestierten und verlangten lebhaft nach der Abstimmung, als sie merkten, daß die Gegner den Antrag niederreden und die Abstimmung bereiteln wollten. Der Präsident fand den verurteilten Särm zu groß und ließ die Galerie räumen. Die bürgerliche Presse und die „wohl-anständigen“ Frauenwelt waren entsetzt über die Energie der sozialistischen Frauen und beschäftigten sich noch lange damit unter Umgebungen der Entrüstung. Das kostete nichts und zeigt die Bestimmungsstärke. Aber die Frauen ließen den Sturm ruhig vorüberbrausen und gingen an die Arbeit für

die sozialistische Bewegung. In London wurde kürzlich eine Liga proletarischer Frauen gegründet, um zusammen mit der Arbeiterpartei im öffentlichen Leben zu wirken. Die Liga erstrebt, daß die Frauen bei Gemeindef- wie bei Parlamentswahlen zusammen mit den Männern arbeiten, politische Versammlungen besuchen und zur Agitationsarbeit herangebildet werden; ihr Interesse soll geweckt und ihre tätige Anteilnahme erzielt werden bei den Arbeiten der Armenverwaltung, Schulkommissionen, Koststands-Komitees, sowie für alles, was die Gemeinderats- und Parlamentsmitglieder angeht. Die Frauen der Liga sollen dafür eintreten, daß Frauen und Männer ihr volles Bürgerrecht erhalten, und sie sollen sich eingehend mit dem Wohlergehen der Arbeiterinnen beschäftigen. Zweigvereine der Liga aller Orte zu gründen, wird allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht und zu diesem Zweck vorgeschlagen, mit den lokalen gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen in Verbindung zu treten. Der erste Kongress der Liga wird am 21. Juni in Leicester stattfinden.

Adlershof. Der Verein für Frauen und Mädchen in Adlershof hielt am 18. Mai 1906 bei Herrn Böllstein seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr Schubert sprach über „Nikolaus Lenau“. Beschlüssen wurde noch einen gemeinsamen Ausflug nach Haffelwerder zu veranstalten. Derselbe findet am 17. Juni statt. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde-Bauwerk. In der am 14. Mai stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung hielt Herr Niethle einen lichtvollen Vortrag über „Erd- und Feuerbebauung“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion beantwortete der Redner noch einige zum Thema gehörende Fragen. Es wurden einige neue Mitglieder aufgenommen.

Verfammlungen.

Darf ein Sozialdemokrat sich des Konsumvereins als Kampfmittel bedienen? So lautete die Tagesordnung einer von etwa 300 Personen besuchten Volksversammlung, welche am Freitag im oberen Saal von Keller, Koppenstraße, stattfand. Referent war Reichstagsabgeordneter Fröhlich. Einleitend bemerkte Redner, wenn er Einfluss auf die Feststellung der Tagesordnung gehabt hätte, würde er sie etwas anders gestellt haben. Denn ein Kampfmittel nach dem allgemeinen Sprachgebrauch seien die Konsumvereine keineswegs. Wohl aber lasse er das Genossenschaftswesen, die Konsumgenossenschaften als Mittel an, die Lage der arbeitenden Klasse etwas zu heben. Redner ging dann auf die Entstehung und Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland ein, sowie auf die Wandlungen, welche die Stellung von Partei und Gewerkschaften dazu im Laufe der Zeit erfahren haben. Er selbst, der jetzt Vorsitzender des 23 000 Mitglieder zählenden Konsumvereins „Vorwärts“ in Dresden ist, habe in jungen Jahren und noch später der Genossenschaftsbewegung skeptisch gegenüber gestanden. Die Stellung der Partei zum Genossenschaftswesen sei auf dem Berliner Parteitag festgelegt worden in der dort angenommenen Resolution und nachdem nicht wieder. Aber welche Wandlungen seitdem im deutschen Genossenschaftswesen — wie seien die Genossenschaften seitdem in Deutschland, ausgeblüht! Und zwar Genossenschaften, die von Arbeitern gegründet wurden und geleitet werden. Es sei nicht anzunehmen, daß die Partei sich derartigen großen wirtschaftlichen Organisationen reisschlos gegenüber verhielte. Es wäre an der Zeit für die sozialdemokratische Partei, wieder einmal zur Genossenschaftsfrage Stellung zu nehmen. Es werde auch nicht angängig sein, daß die Parteipresse eine gleichgültige Stellung einnehme. (Beifallsrufe: „Vorwärts“.) Er wisse nicht, ob es der „Vorwärts“ tue, wenn aber, wie gesagt werde, dann wäre es falsch von ihm. Ein Parteiblatt müsse alle wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter entweder zu fördern suchen, wenn sie den Parteigrundsätzen nicht zuwider seien, oder aber, wenn dies der Fall wäre, sie bekämpfen. Stellung müsse genommen werden von der Partei und ihrer Presse. Kein Darumherumdrüden! — Zu der Berliner Resolution der Partei von 1892 bemerkte Redner, daß sie, die sich sehr reserviert hatte, nach ihrem Wortlaut sowohl wie nach der begleitenden Debatte sich hauptsächlich auf reine Produktivgenossenschaften beziehe. Soweit das der Fall sei, trübe sie allerdings in der Regel auch heute noch zu. Redner verwies sodann auf die Resolutionen des Kölner Gewerkschaftskongresses, die die Gewerkschaftsmitglieder verpflichten, die Konsumgenossenschaften zu fördern und zu unterstützen. Ferner ging er näher ein auf das Wesen der Konsumgenossenschaften, schilderte an Beispielen die inneren Einrichtungen blühender Konsumgenossenschaften, die auf bestimmten Gebieten schon zur Eigenproduktion schreiten, und hob die Vorteile für die Mitglieder hervor, die er dahin zusammenfaßte: Ersparnisse bei der Vertriebung der Wirtschaftsbetriebe — Bezug guter und unverfälschter Waren — Erziehung der Mitglieder zu geordneter Wirtschaft mittels des Grundgesetzes der Verzinsung — Hebung des Verständnisses für geschäftliche Angelegenheiten. Unter großem Beifall schloß Redner mit dem lebhaftesten Appell an die Berliner, nun auch, wozu sie allen Anlaß hätten, eine energische Agitation zu entfalten, um auch hier die Konsumvereinsbewegung auf die Höhe zu bringen.

In der Diskussion beteiligten sich im Sinne des Referenten die Genossen Lam, Reichstagsabgeordneter Peus, Borsdorf und Scholz. Peus zeigte an verschiedenen Beispielen, wie in vielen Orten die Konsumgenossenschaften geradezu eine Rückenstärkung für die Parteibewegung geworden seien, indem sie Gemeindevertretern, Stadtoberordneten usw. erst die wirtschaftliche Grundlage für ein tüchtiges Parteiwirken boten und so trotz aller Neutralität wirksam seien zum Nutzen der großen Bewegung zur Befreiung des Proletariats. Die Erziehung der Arbeiter zu genossenschaftlichem Fühlen und Denken durch die Konsumgenossenschaften schätzte Redner, wie Fröhlich, hoch ein. — Scholz entnimmt einem ihm von dritter Seite zur Verfügung gestellten Brief der Redaktion des „Vorwärts“, daß der „Vorwärts“ der Förderung des Genossenschaftswesens seine Spalten mit Rücksicht auf gewisse Strömungen in Berliner Parteikreisen verschließen würde.

Es wurde eine längere Resolution angenommen, in der die Versammlung ihrer Meinung zunächst dahin Ausdruck gab, daß kein Grund vorhanden sei, der Konsumgenossenschaftsbewegung gleichgültig oder gar feindlich gegenüber zu stehen, aber aller Anlaß, sie zu fördern durch eifrige Agitation und Mitwirkung. Weiter beschloß die Versammlung, den Organisationen sowie der Redaktion des „Vorwärts“ es zur Pflicht zu machen, der Konsumvereinsbewegung förderlich zur Seite zu stehen, beziehungsweise für ihre Förderung Raum zur Verfügung zu stellen.

Zu den Ausführungen des Genossen Scholz haben wir folgendes zu bemerken: Es ist unklar, ob die Redaktion des „Vorwärts“ jemals in einem Briefe oder sonstwie behauptet hat, wie Genosse Scholz gelesen haben will, daß der „Vorwärts“ der Förderung des Genossenschaftswesens seine Spalten mit Rücksicht auf gewisse Strömungen in Berliner Parteikreisen verschließen würde. Wir fordern den Genossen Scholz auf, den Brief, dem er dies entnommen haben will, uns zwecks Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen oder seine unwahre Behauptung zurück zu nehmen. Seitens der Redaktion ist in den letzten Monaten wiederholt bei Rücksendung von Artikeln, die die Bedeutung der Konsumvereine übertrieben, den Konsumvereinen z. B. die Möglichkeit zugeschrieben, die Wirkungen der Nahrungsmittelkrisse, der Kriege, Trunks, Kartelle usw. lahmzulegen, betont, daß eine derartige Ueberschätzung angeeignet sei, die gegen Konsumvereine bestehenden Ansichten zu fördern und die Konsumvereinsfrage zu schädigen, daß es aber in der Absicht der Redaktion liege, die Stellung der Partei zur Konsumvereinsfrage in einem der Konsumvereinsbewegung günstigen Sinne das Gegenteil dessen, was Genosse Scholz aus dem nicht an ihn gerichteten Briefe herausgelesen haben will. In gleichem Sinne ist mit Führern der Berliner Konsumvereinsbewegung gesprochen worden. Jenesüßende, unrichtige Behauptungen, wie sie Genosse Scholz nach dem Bericht aufgestellt hat, sind geeignet, die für Berlin zweifellos bestehenden Schwierigkeiten für das Gedeihen im Sinne der Arbeiterbewegung geleiteter Konsumvereine außerordentlich zu erhöhen.

Leise und Diskussionsklub „Norden“. Sitzung am Freitag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Herr. Eisenbahnstr. 18. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leise- und Diskussionsklub „Demofibener“. Heute abend 9 Uhr bei Dornbusch, Prinz Eugenstr. 8. Sitzung. Thema: „Klassenkampf und Bildung“. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Bromberg-Stadt und Land. Sitzung jeden ersten Freitag im Monat im Lokal von Leo Oltmann, Schillingstr. 24. Die Partei- und Gewerkschafts-genossen werden dringend ersucht, unsere gute Sache durch Zuführung neuer Mitglieder zu unterstützen.

Witterungsüberblick vom 17. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Zwettende	751 RD	2wolfig	12	11	Haparanda	757 D	2wolfig	11	11
Hamburg	751 D	3bebedt	11	16	Vetersburg	758 SD	1bebedt	16	16
Berlin	751 RD	3bebedt	15	7	Scilly	754 R	6wolfig	7	7
Frankfurt a. M.	749 RD	3bebedt	9	6	Edersee	747 R	5bebedt	6	6
München	747 R	2wolfig	11	8	Paris	749 ESW	1wolfig	8	8
Wien	747 SW	—bebedt	16						

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. Mai 1906.

Nachts kühl, vom Mittag ziemlich warm, zeitweise heiter bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 16. Mai. Elbe bei Ruffig + 0,23 Meter, bei Dresden — 1,25 Meter, bei Magdeburg + 1,28 Meter. — Nutztut bei Straußfurt + 1,40 Meter. — Oder bei Rathor + 1,62 Meter, bei Babelsberg + 5,08 Meter, bei Babelsberg Unterpegel — 0,98 Meter, bei Frankfurt + 1,40 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,94 Meter. — Warthe bei Posen + 0,56 Meter.

Aschinger's Bierquelle Aktiengesellschaft

In der letzten Zeit sind wiederholt Gerüchte verbreitet, nach denen unsere Gesellschaft sich in Zahlungsschwierigkeiten befinden soll und infolgedessen die neuen Unternehmungen derselben am Potsdamer Platz und in der Bellovuestraße in andere Hände übergegangen seien oder übergehen sollen.

Wir haben in Anbetracht der Blätter, welche sich bisher allein die Verbreitung solcher Gerüchte haben angelegen sein lassen, es nicht für nötig erachtet, diesen Gerüchten ausdrücklich entgegenzutreten.

Nachdem aber eine Zeitung von der Bedeutung der „Post“ ebenfalls eine dementsprechende Nachricht gebracht hat, haben wir geglaubt, diese Nachricht nicht nur durch eine tatsächliche Berichtigung, wie wir solche nach dem Gesetz zu beanspruchen haben, widerlegen zu sollen, sondern halten uns für verpflichtet, ganz allgemein zu erklären, daß diese Gerüchte jeder Unterlage entbehren.

Unsere Gesellschaft hat nicht nur bisher jede fällige Verbindlichkeit auf das Pünktlichste erfüllt, sondern wird dies auch in Zukunft tun, da trotz des Umfangs unserer Unternehmungen für alle aus denselben sich ergebenden Ansprüche in der ausreichendsten Weise vorgesorgt ist.

Die Gesellschaft befindet sich weder in Goldverlegenheiten, noch hat sie solche zu befürchten. Es ist weder in der verantwortlichen Leitung der Gesellschaft, noch von den an derselben beteiligten Personen auch nur daran gedacht, die in der Entstehung begriffenen neuen Anlagen ganz oder zum Teil in andere Hände übergeben zu lassen.

Aschinger's Bierquelle Aktiengesellschaft

Hans Lohnert.

Maifeier und Partei.

Leider bin ich nochmals genötigt, den Raum des „Vorwärts“ zu dieser Angelegenheit in Anspruch zu nehmen. Wer die Auslassungen des Aktionsausschusses in Nr. 112 des „Vorwärts“ liest, wird sich sagen: „Jetzt wird's geschmackvoll“.

Doch wer die internen Angelegenheiten kennt, der weiß, daß der Aktionsausschuß diese Sprache führt, um seiner in verschiedenen Zahlhabenden ausgegebenen Parole den genügenden Nachdruck zu geben: Cohen muß runter!

Vielleicht streitet mir der Genosse Liepmann auch ab, daß er mir, bei Gelegenheit der Besprechung der A. E. G.-Angelegenheit in geradezu ungläubiger Ueberhebung drohte: „Wenn Ihr etwas gegen uns unternimmt, seid Ihr in 48 Stunden abgefäht.“

Doch zur Sache! Mit meiner Auffassung, daß der Parteivorstand sich mit seiner Erklärung hinter die Gewerkschaften versteckt, siehe ich doch nicht etwa allein, sondern eine ganze Reihe namhafter Parteigenossen, auch solcher, die die höchsten Ehrenämter bekleiden, sind derselben Meinung.

Welche Stellung ich zu der Angelegenheit der A. E. G. Brunnenstraße eingenommen, steht klar in meinen früheren Erklärungen und geht daraus hervor, was mich zum Aktionsausschuß am Freitag, den 4. d. M., abends, geführt hat.

Eine Wiederholung ist überflüssig. Was da am Sonnabend dem Genossen Ernst gesagt sein soll, ist nicht zutreffend, kann es nicht sein, weil vom Freitagabend 11 Uhr bis Sonnabend früh 9 Uhr nichts unternommen sein kann. Dazwischen liegt doch nur eine Nacht.

Was ich in der Versammlung in der Swinemünderstraße erzielen wollte, habe ich doch auch klar genug ausgedrückt. Da aber das Dürn einiger Genossen im Aktionsausschuß etwas schwerfällig zu arbeiten scheint, will ich es kurz wiederholen.

Wollte mir eine gemeinsame Feststellung im Aktionsausschuß abgelehnt war, man vielmehr, wie aus der Erklärung hervorgeht, erst nach der Stellungnahme der Gewerkschaften, als Partei Stellung nehmen wollte, hatte ich das durchaus berechtigte Bestreben, daß in dieser Frage die Partei sofort, ohne erst die Stellung der Gewerkschaften abzuwarten, zu dem Vorkommnis in der Brunnenstraße Stellung nehmen sollte.

Das man im Aktionsausschuß vor einem Massenausschuß zurückschreckt, ist doch von Mitgliedern des Aktionsausschusses gesagt. Oder leugnet man das auch? Würde es sich um einzelne handeln, wäre die Geschichte einfacher, erklärte mir der Genosse Böcke, aber Massenausschüsse, das ist nicht so einfach. Auf diese Bemerkungen zielen meine Ausführungen in der Versammlung. Daß der Bestand der Gewerkschaft in der Brunnenstraße gefährdet war und auch heute noch ist, kann jeder, der nur ein klein wenig Ahnung von der gewerkschaftlichen Organisation hat, bestätigen. Wie recht ich habe, geht doch auch zum Teil daraus hervor, daß mir eine Reihe der ausgesperrten Kollegen in den letzten Tagen erklärt haben: „Wenn die nicht rauskommen, gehen wir aus der Organisation.“

Run aber kommt in der Erklärung des Aktionsausschusses eine Stelle, die gelst, in welchen hohen Maße der Aktionsausschuß es versteht, Dinge zu verdrängen und zu verbunkeln.

In der Erklärung des Parteivorstandes heißt es unter 2. Der Parteivorstand kann kein Urteil abgeben über die Handlungsweise der als Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in der A. E. G. beschäftigten Parteigenossen, soweit diese ihren früher gefaßten Beschluß, bei der Maifeier nicht zu arbeiten, selbst mißachteten.

Dieser Beschluß ist auf Grund der Vorschriften, welche der Metallarbeiterverband für seine Mitglieder bezüglich einer Entscheidung über die Maifeier erließ, gefaßt worden. Es handelt sich also hierbei in erster Linie um eine gewerkschaftliche Angelegenheit, zu der zunächst die Gewerkschaft Stellung zu nehmen hat.

Der Parteivorstand ist auf Grund der Parteioorganisation verpflichtet, abzuwarten, ob eine lokale Organisation den Antrag stellt, ein Parteimitglied, das sich an der Nichterhaltung des in der A. E. G. gefaßten Beschlusses betreffend die Maifeier beteiligte, wegen ehrlöser Handlung aus der Partei auszuschließen. Wird ein solcher Antrag gestellt, so ist der Parteivorstand verpflichtet, ein Schiedsgericht zusammenzuberaufen, zu dem er den Vorsitzenden ernennt.

Und was macht der Aktionsausschuß daraus? Mit der Frage des Ausschlusses aus der Gewerkschaft (!) könnte sich der Parteivorstand und Zentralvorstand von Berlin, weil eine innere Angelegenheit des Metallarbeiterverbandes, nicht beschäftigen.

Da hat aber die Öffentlichkeit einmal einen schlagenden Beweis, wie der Aktionsausschuß dreht und windet und schleibt.

Derartige durfte der Schreiber der Erklärung des Aktionsausschusses sich doch nur erlauben, wenn er in seiner Weisheitsverwandtschaft mit den eig- und zweihäckerigen Wissenschaftlern annahm, die Öffentlichkeit merke diese plumpe Waise nicht.

Es mag auch an dieser Stelle gesagt werden, wie man gegen mich im geheimen wüthet. Nachdem man sich getäuscht hat in der Annahme, daß ich vor Drohungen zurückschrecke, nachdem man sich getäuscht hat in der Annahme, ich ließe an meinem Posten und würde mit Rücksicht auf diesen Posten schweigen, geht man mit den häßlichsten Mitteln gegen mich vor, um mich unmöglich zu machen.

Run aber weiter: An demselben Abend (d. h. am 4. Mai) soll ich der engeren Ortsverwaltung mitgeteilt haben: „Der Parteivorstand hat erklärt, die Durchführung der Maifeier sei eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit.“

Das Nutzereffende dieser aktionsausschusslichen Behauptung wird dadurch ohne weiteres klar, wenn ich bemerke, daß an der Sitzung, am Freitagabend, in welcher und die Erklärung des Parteivorstandes mitgeteilt wurde, von den neun der zurzeit in Berlin anwesenden Mitgliedern der engeren Verwaltung vier Mitglieder, also fast die Hälfte, teilgenommen haben.

Wahr ist vielmehr folgendes: Am Sonnabend, den 5. Mai, abends sprach ein Kollege in der Vertrauensmännerkonferenz Noabits etwas aus, das dem, was mir der Aktionsausschuß in den Mund legt, ähnlich klang. Sofort habe ich mich zum Wort gemeldet und erklärt, daß ich nicht möchte, daß jemand den Saal verläßt mit einer falschen Meinung vom Parteivorstand und dann habe ich die betreffende Stelle aus der Erklärung des Parteivorstandes vorgelesen.

Was der Aktionsausschuß unter 3 erklärt, ist auch nicht zutreffend.

Zunächst äußerte der Genosse Böcke bei Gelegenheit der A. E. G.-Angelegenheit: „Was heißt hier Verantwortung? Wir zahlen so nichts und so nicht.“ (Soll das jetzt etwa bestritten werden?) Dann kamen Freitag früh zu der Besprechung zwei Mitglieder des Parteivorstandes hinzu und im Laufe der weiteren Besprechung sagte Böcke: „Ja, wenn wir etwas tun, dann aber nur in Form von Sammlungen, anders nicht.“

Diese Sammlungen nun habe ich mir aufs entschiedenste verbieten aus Gründen, die ich hier nicht anführen mag, und da man mir auch nicht die geringste Goffnung ließ, daß auf andere Weise etwas zu erwarten sei, durfte, ja noch mehr, mußte ich sogar den Vertrauensleuten in Ober-Schöneweide sagen: „Von der Partei gibt es keinen Tag.“

Die gleiche Auffassung, die ich am Freitag früh als Resultat der Besprechung hatte, haben unsere drei Revisoren, die Freitag abend an der Sitzung des Parteivorstandes teilnahmen.

Darum durfte ich auch durchaus mit Zug und Recht am Montagabend den drei Kollegen aus Ober-Schöneweide die mir mitteilen, es sei ihnen aus Parteimitteln Geld versprochen sagen: „Wenn Ihr von der Partei auch nur 1000 M. losmacht, dann könnt Ihr mehr wie Brot essen.“

Wenn es nun in der Erklärung vom 16. Mai unter 5 heißt, daß als wir vier Mitglieder der Ortsverwaltung die Sitzung verlassen wollten, der Vorsitzende uns gesagt haben soll: „Die Partei ist bereit, betreffs der Maiausperrung sofort Parteimittel zur Verfügung zu stellen“, so bemerke ich hierzu, daß die Bemerkung des Genossen Ernst nicht so war, sondern lediglich im Sinne der Erklärung des Parteivorstandes. Und wie die aufgefaßt werden durfte, hatte ja Böcke klar genug gesagt. Also auch hier die Worte verschoben und entstellt und sofort hat Cohen unrecht.

Als ich nun am Dienstagabend mit den drei Genossen aus Ober-Schöneweide nach der Lindenstraße ging, wurden von mehreren dort Anwesenden die Dinge so dargestellt, daß ich gar nicht anders konnte, als wie am Schlusse die Anwesenden aufzufordern, zwei Genossen mitzuschicken nach unserer gerade tagenden Sitzung der engeren Ortsverwaltung um festzustellen, daß die Dinge sich anders abgepielt hätten, als wie die Mitglieder des Aktionsausschusses sie dargestellt hätten. Meine Bitte wurde nicht erfüllt, angeblich hatte niemand von den Anwesenden, etwa zehn Mann, Zeit.

Die drei Genossen aus Ober-Schöneweide kamen mit und gaben in der Sitzung der Ortsverwaltung nach Darstellung der Sache durch die drei Revisoren zu, daß dann vorhin im Verbandsbureau des Wahlvereinsverbandes von mehreren Mitgliedern des Aktionsausschusses die Unwahrheit gesagt sei.

Zum Schlusse nochmals: Daß der Zentralvorstand von vornherein geneigt war, aus Parteimitteln Gelder zu Unterstützung der Maiausperrten zur Verfügung zu stellen, habe ich erst aus dem „Vorwärts“ vom Sonntag, den 13. Mai, erfahren.

Wenn ich dies nicht vorher kannte, so liegt das nicht an mir, sondern an den gewundenen und gedrehten Erklärungen der Gegenseite. Die dreifachen Bemerkungen, die der Verfasser der Erklärung des Aktionsausschusses seiner Erklärung anhängt, kann ich übergehen.

Von jemand, der so oft schon gezeigt hat, daß er nicht anders als in dieser dreifachen und gehässigen Weise polemisieren kann, von jemand, der andere, die ihm sachlich entgegenreten, stets in den Kot zu ziehen sucht, ist nichts anderes zu erwarten.

Im übrigen möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die A. E. G.-Angelegenheit allein nicht diesen Ton gerechtfertigt hat, sondern als Ursache etwas weiter zurückliegende Angelegenheiten hat. Bedauerlich ist es allerdings, daß der Aktionsausschuß dergleichen mit keinem Namen deutet.

Berlin, den 14. Mai 1906. Adolf Cohen.

Erklärung. Hiermit erklären wir, daß in der Sitzung des Aktionsausschusses am 4. Mai 1906 in der Diskusstion gesagt wurde, daß lediglich durch öffentliche Sammlungen eine finanzielle Unterstützung möglich sei.

Eine andere Auffassung konnten wir nicht haben und stimmen wir deshalb dem Kollegen Cohen zu, wenn er sagt, daß anders als durch Sammlungen und auch nicht das geringste zugesagt wurde.

Auch durch die vom Genossen Ebert vorgelesene Resolution des Parteivorstandes ist unsere Auffassung nicht geändert worden.

Karl Schmidt, Emil Schedt, W. Ransbrod.

Durch die obige Erklärung wird das Gegenteil von dem gesagt, was uns die Genossen Eugen Ernst, Freyhofler und Ebert am Dienstag, den 8. Mai, bezüglich der Aufbringung der Mittel gesagt haben.

Gustav Scharff, Alfred Burbs, Ernst Wianke.

Zu den vorstehenden Erklärungen bemerken wir: Es ist das alte Spiel: „Wenn der Fuchs in der Falle sitzt, schlägt er mit dem Schwanz um sich, um allen anderen Sand in die Augen zu streuen.“

Wer die Stirn hat, jetzt abzustreiten, was er einige Tage vorher zugegeben, — wer Verhandlungen, an denen zirkla 50 Personen teilgenommen haben, in das Gegenteil umzudeuten wagt, — wer andere Verhandlungen überhaupt weglugnet, mit dem läßt sich nicht diskutieren.

Wir überlassen das Urteil den Parteigenossen und verweisen dieselben auf die Artikel in den Nummern 106, 110 und 111 des „Vorwärts“. Wozu wiederholen, die Tatsachen sollen entscheiden.

Zu der nachträglich eingelaufenen Erklärung der Genossen Schmidt, Schedt und Ransbrod haben wir noch folgendes zu bemerken:

An einer Sitzung des Aktionsausschusses haben die genannten 3 Genossen überhaupt nicht teilgenommen, vielmehr haben dieselben gemeinsam mit Cohen einer Sitzung des Zentral- und Parteivorstandes am 4. Mai beigewohnt.

In dieser Sitzung erklärte Cohen ausdrücklich, die Unterstützungfrage käme vorläufig gar nicht in Betracht. Hauptache sei die Ausschlussangelegenheit.

Engegen der Behauptung der Genossen Schmidt, Schedt und Ransbrod, in der Diskusstion sei gesagt worden, „daß lediglich durch öffentliche Sammlungen eine finanzielle Unterstützung möglich sei“, erklären wir auf das bestimmteste unter Berufung auf das Zeugnis sämtlicher zirkla 50 Mitglieder des Partei- und Zentralvorstandes, daß eine solche Äußerung von keiner Seite gefallen ist und weder

Antrag gestellt, noch Beschluß in diesem Sinne gefaßt wurde.

Daß auf dem Verbandsbureau der Metallarbeiter den Ober-Schöneweidern etwas anderes gesagt wurde, glauben wir gern.

Der Aktionsausschuß. Auf die mich betreffenden unwahren Angaben des Genossen Cohen habe ich zu bemerken: Ich sagte: „Massenausschüsse“ sind nicht so einfach, zumal nicht festgestellt sei, was im letzten Augenblick dazwischengekommen ist. Hierüber muß erst Klarheit geschaffen werden. Ich habe aber nie ein Wort zugunsten der Wortbrüchigen in der A. E. G. geredet.

Die Äußerung bei der Angelegenheit der A. E. G.: „Was heißt hier Verantwortung, wir zahlen so nichts und zahlen so nicht“, habe ich nie in dieser Art dem Genossen Cohen gegenüber gebraucht und ist seine konfuse Behauptung unwahr. Wahr ist, daß ich den Vorschlag gemacht habe, Sammelkisten herauszugeben, unwahr, daß ich sagte, ohne Listen gibts kein Geld.

Mit dem Genossen Cohen habe ich niemals allein verhandelt und selbstverständlich eine so dumme Äußerung, wie er mir in seiner Manier unterzuschreiben versucht, nicht getan.

Eine Anschauung, welche ich anlässlich des „Vorwärts“-Konfliktes, schon vor Monaten in öffentlicher Versammlung entwickelte, die aber einen ganz anderen Sinn und Wortlaut hatte, soll nun dazu herhalten, die klare Sachlage weiter zu verdrängen und zu verbunkeln, obwohl meine damalige Äußerung mit dem jetzigen Konflikt nicht das mindeste zu tun hat.

Die Genossen werden ja selbst zu beurteilen wissen, wie dieser klägliche Versuch des Genossen Cohen zu bewerten ist.

Der Genosse Cohen hat sich in seinem Elaborat auch mit meiner Person beschäftigt. Ich verzichte ich nun gegenüber auf eine wiederholte Feststellung der Wahrheit; das hieße meine Zeit nutzlos verschwenden. Die Genossen werden ja auch so ihr Urteil zu fällen wissen.

Eugen Ernst. Leopold Liepmann.

Verbandstag der Schmiede.

Berlin, 17. Mai.

In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über den Bericht der Preßkommission und das Verbandsorgan fortgesetzt. Größtentheils kamen Klagen und Beschwerden zum Ausdruck über Versammlungsberichte und Äußerungen aus Mitgliebertreuen. Daneben wurde auch der Artikel zum „Vorwärts“-Konflikt wieder besprochen. Ein Delegierter aus München billigte den Artikel vollständig, ein Redner aus Düsseldorf meinte, er sei zwar nicht ganz mit dem Inhalt des Artikels einverstanden, sei aber doch über das Erscheinen desselben erfreut gewesen. Ein Delegierter aus Dresden bemerkte, der Artikel sei ihm so sympathisch gewesen, daß er dem damaligen Redakteur der „Schmiedezeitung“ deshalb einen Glückwunsch sandte.

Ein Delegierter aus Altona verurteilte den Artikel. Sabbath, der Vertreter der Generalkommission, wandte sich gegen den Vorwurf, daß durch den Artikel der Partei Knüppel zwischen die Beine geworfen werden sollten. Der Artikel sei vor der Drucklegung von der Generalkommission beraten und gebilligt worden. Da alle Mitglieder der Generalkommission Parteigenossen seien, so könne keine Rede davon sein, daß sie der Partei, der sie angehören, Knüppel zwischen die Beine werfen wollten. Der Artikel sei geschrieben, weil der Parteivorstand den entlassenen Redakteuren gegenüber gewerkschaftliche Grundzüge verlegt habe, und das hätten die Gewerkschaften nicht mit Stillschweigen übergehen können. Demgegenüber nahm Wichmann-Berlin als Vertreter der Preßkommission der „Schmiedezeitung“ den Standpunkt ein, daß es sich beim „Vorwärts“-Konflikt nicht um eine gewerkschaftliche, sondern um eine Parteiangelegenheit handelte. Die Redakteure sünden nicht in einem Arbeitsverhältnis wie industrielle Arbeiter, sondern sie seien Vertrauensleute der Partei und könnten nur so lange auf ihrem Posten bleiben, wie sie mit ihren Mandatgebern sich im Einverständnis befinden. Der Artikel sei schädigend für die Partei. So etwas dürfe nicht wieder vorkommen, denn die Gewerkschaften brauchen die Unterstützung der Partei, sie müßten deshalb in gutem Verhältnis mit ihr leben.

Anträge von prinzipieller Bedeutung lagen zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht vor. Beschlossen wurde, in der „Schmiedezeitung“ keine anderen Inserate mehr aufzunehmen, als solche für den Arbeitsmarkt und Versammlungsanzeigen.

Der hierauf folgende Punkt der Tagesordnung lautet: Unsere Taktik.

Der Verbandsvorsitzende Lange-Hamburg, der hierüber referierte, vertrat in der Hauptsache den Standpunkt, daß man bei Streiks und Lohnbewegungen mit möglicher Voricht zu Werke gehen müsse. Nach dem Referenten sprachen die acht Gauleiter des Verbandes über die Situation in ihren Gauen.

Die Ausführungen des Referenten sind in einer von ihm beantragten Resolution zusammengefaßt. Dieselbe lautet: „Da nach den Erfahrungen die Ausperrungen und Streiks immer größer werden und weitere Dimensionen annehmen, wodurch den Verbände immer größere Unkosten entstehen, wird den Mitgliedern die Pflicht auferlegt, größere materielle Opfer als bisher zu bringen. Um aber andererseits aussichtslose Streiks und Ausperrungen zu verhüten, werden die Ortsverwaltungen angewiesen, nur dann in eine Lohnbewegung einzutreten, wenn dazu eine geeignete Zeit vorhanden ist und der Vorstand seine Zustimmung dazu gegeben hat.“

Die Taktik der Arbeitgeber geht heute dahin, bei allen Lohnbewegungen und Ausständen die Zahl der Ausständigen nach Möglichkeit zu vergrößern. Die Mitglieder des Verbandes sind darauf hinzuweisen, daß sie die Machinationen der Arbeitgeber nach Möglichkeit durchkreuzen müssen, um dadurch die großen Ausperrungen, welche bisher für unsere Berufsangehörigen in keiner Weise einen materiellen Vorteil brachten, aber große Opfer erforderten, nach Möglichkeit vermeiden zu können.

Für die Maifeier bleibt die Resolution, welche auf der vorigen Generalversammlung in Halle gefaßt wurde, als zu recht bestehend.

Die Diskusstion über diesen Punkt der Tagesordnung wurde heute noch nicht beendet.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend! Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen billigste Preise.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804. Seefisch-Kochbücher gratis. Verkaufs-Niederlagen: Prinzenstraße 80 | Madalstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53 (am Moritzplatz). | (im Schlesiischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

PI. per Pfd. Großer Schellfisch mit Kopf 23 im Anschnitt 30 Pl. Cabliau ohne Kopf } 15 Seelachs mit Kopf im Anschnitt 20 Pl. Bratschellfische } 20 Pl. Kleine Rotzungen } 3 Pl. 50 Pl. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Vom Mai bis August inkl. um 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geschlossen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Heiligensee, Kreis Nieder-Barnim, steht uns jetzt kein Lokal mehr zur Verfügung. Der bisherige Inhaber des Restaurants, Herr Schröder hat jetzt ein Lokal in Sandhausen übernommen, stellt uns daselbst jedoch nicht zur Verfügung.

Am Sonnabend, den 10. d. Mts., feiert in Grünau im Lokal von Ehrhardt der Turnverein „Deutsche Eiche“ sein 18. Stiftungsfest und versucht nun hierzu hauptsächlich in Arbeiterkreisen: Billards umzusetzen. Obiges Lokal steht der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung, daher weist man alle etwa angebotenen Billards entschieden zurück.

Die Lokalkommission. Weissensee. Am Montag, den 21. Mai, findet im „Palaten“, Rehbörsstr. 122, abends 8 1/2 Uhr, eine Versammlung des Wahlvereins Bezirk Weissensee statt, in der Genosse Redakteur Hlod über „Das Erfurter Programm“ referiert. Wir erlauben die Genossen der Wichtigkeit des Referats wegen kräftig für die Versammlung zu agitieren.

Mahlisdorf. Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Bernede, Hönowstr. 6, die Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Spielermann wird über das Erfurter Programm einen Vortrag halten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Rudow. Sonnabend, den 10. d. Mts., abends 8 Uhr bei Palm, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

„Es ist kein dornenloses Geschäft, in Berlin Grundbesitzer zu sein.“ Also sprach in der gestrigen Sitzung der freisinnige Stadtverordnete Kämpf, als er gegen die vom Magistrat beantragte Einführung einer Wertzuwachssteuer, über die nun endlich in erster Lesung verhandelt wurde, all seine Verebamtheit aufwendete, um sie zu Fall zu bringen. Gestern war es besonders für die Grundbesitzer in unserem Stadtparlament, die „Berufenen“ Repräsentanten des Berliner Hausagrarierturns, „kein dornenloses Geschäft“. Sie führten einen harten Kampf, um den beabsichtigten Angriff auf den Profit der Grundstückspekulanten abzuwehren.

Die Debatte wurde eröffnet durch einen Verteidiger der Magistratsvorlage — durch den Redner der sozialdemokratischen Fraktion. Unser Genosse Heimann spielte darauf an, daß Oberbürgermeister Kirchner einmal bekommen Herzens eingestanden hat, ihm werde allemal bange, wenn ein Plan des Magistrats den Verfall der Sozialdemokraten finde. Zum „Vangeworden“ war aber diesmal nicht viel Anlaß; denn unser Redner konnte dem, was der Magistrat da vorgelegt hatte, eben nur im Prinzip zustimmen. Daß mit den zaghaft-bescheidenen Bestimmungen dieser neuen Steuerordnung dem Spekulantentum noch lange nicht das Handwerk gelegt werden wird, das wies er in seiner groß angelegten Rede so schlagend nach, daß der Chor der Hausagrarier wiederholt mit lärmenden Unterbrechungen antwortete.

Der eifrigste Wortführer der Terrainspekulanten war diesmal Herr Kämpf von der „Alten Vinken“. Unter dem Jubel der Hausagrarier sprach er für den bedrohten Bodenwucherer mit einer Berbe, wie man sie selbst in dieser Körperlichkeit selten bei einem der freisinnigen Spekulantenschützer erlebt hat. Das „Gewerbe“, so versicherte er, werde durch die geplante Wertzuwachssteuer schwer getroffen. „Welches Gewerbe?“ fragte ein Zwischenruf. Herr Kämpf meinte das Gewerbe des Spekulanten.

Nach Heimanns und Kämpfs Reden ging die Debatte noch hundertlang fort, aber das Interesse erdämpfte sich bald. Für die Magistratsvorlage sprach unter anderem Herr Mommen. Er rühmte den „Mut“, den der Magistrat den Hausbesitzern gegenüber bekundet habe. Im übrigen brauche die Terrainspekulation, die er für notwendig erklärte, keine Schädigung von der neuen Besteuerung zu befürchten. Von den Gegnern sprach vor allem noch Herr Wallach, das verstand sich von selber. Am Schlusse seiner Rede bereitet ihm seine begeisterten Freunde eine stürmische Ovation.

Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf wurde nach einer Debatte von mehr als drei Stunden zunächst einem Ausschuss überwiesen. Herr Wallach hatte mit der Offenheit, die ihn ziert, das Bekenntnis abgelegt, am liebsten möchte er die Vorlage sofort verscharren, doch wolle er ihr „ein Vergräbnis erster Klasse“ gönnen.

Vom Prügelrecht der Schule.

Man sagt, daß in der Schule die Lehrerinnen oft eine noch losere Hand als die Lehrer haben. Lehrerinnen seien zumeist sehr nervös, nervöser noch als Lehrer, und da werde dann zuweilen rascher und nachdrücklicher zugehauen, als selbst ein Freund des Prügelns es billigen könne. Man sei!

Die Lehrerinnen zuhauen können, davon hat eine dieser Damen, die an der 138. Mädchen-Gemeinschaftschule in der Georgenkirchstraße ihres Amtes waltet, eine sehr lehrreiche Probe geliefert. Als nach Schluß der Pause die Mädchen vom Hof in das Schulhaus zurückkehrten, wurde auf der Treppe eine Schülerin der sechsten Klasse von einer Lehrerin Fräulein Franz so heftig ins Gesicht geschlagen, daß bei dem Strophulösen Kinde eine vernarbte Wunde unterhalb des Ohres, die von einer vor zwei Jahren vorgenommenen Operation zurückgeblieben war, wieder ausplagte. Warum Fräulein Franz so heftig ins Gesicht schlug, ist nicht genau festzustellen. Das Kind meinte, es habe den Schlag bekommen, weil es im Hinaufgehen von einer Mitschülerin aus der Reihe herausgedrängt worden sei, die Lehrerin aber soll hinterher erklärt haben, die Strafe sei für Plaudern verhängt worden. Daß Kindern sogar auf Flur und Treppe das Plaudern unterlag werden könnte, wird mancher nicht für möglich halten. Wer indes das in diesen Schulen übliche Exerzierreglement kennt, dem wird das als wohl glaubhaft erscheinen. Fräulein Franz ist nicht Klassenlehrerin für die 6. Klasse, aber vermutlich hatte sie auf dem Flur die Inspektion. Erst nachträglich scheint ihr klar geworden zu sein, daß sie im Eifer des Zubauens doch wohl zu weit gegangen war. Sie ließ sich die Schülerin aus der 6. Klasse herausholen, um den Schaden zu besehen. Dabei verfehlte sie nicht, der Kleinen die mahnende Frage vorzulegen (die in diesem Augenblick gewiß sehr wichtig und notwendig war), ob sie auch wisse, weshalb sie Prügel bekommen habe. Uebrigens soll sie bei dieser Gelegenheit die Vermutung ausgesprochen haben, das Kind habe sich wohl die Wunde selber aufgetraut. Die Mutter hat am anderen Tage das Kind dem Schularzt gezeigt. Dieser

war nicht wenig erstaunt, als er sah, was die Lehrerin angerichtet haben sollte. Der Rektor, dem die Mutter die Angelegenheit mitteilte, suchte zu beschwichtigen, das könne schließlich mal vorkommen.

Was werden die Verteidiger des Prügelrechtes der Schule zu diesem Fall sagen? Wahrscheinlich werden sie uns vorjammern, wie schwer doch den Lehrern und Lehrerinnen das Leben gemacht werde, weil uns Eltern das Verständnis für ihre Tätigkeit fehle. Gewiß! An der Volksschule muß mancher und manche sich mit Kindern abplagen, die so schwächlich sind, daß sie ihnen nicht mal eine ordentliche Wappseife geben können, ohne für sich selber die schlimmsten Unannehmlichkeiten zu riskieren.

Ist eine solche Behandlung der Kinder etwa die Art, wie man die Beziehungen zwischen Haus und Schule fördert?

Am Potsdamer Platz wird jetzt eine bemerkenswerte Veränderung vorgenommen. Der Bürgersteig, der sich vor dem eisernen Zaune des alten Dreifaltigkeitskirchhofes hinzieht und ziemlich weit in den Fahrweg hineinragt, wird um etwa 2 Meter verfürzt, so daß er in Zukunft dieselbe Richtung haben wird wie der Bürgersteig der Königgräberstraße. Dadurch wird der Fahrweg um ebenso viel verbreitert, was in Anbetracht des hier herrschenden großen Wagenverkehrs mit Freuden zu begrüßen ist. Für Fußgänger bleibt noch Raum genug übrig, da die Kirchhofsmauer im vorigen Jahre so weit zurückgesetzt worden ist, daß sie jetzt die Bauhilfslinie der Königgräberstraße einhält.

Die Gründung einer Genossenschafts-Eisfabrik wurde gestern in einer Versammlung in der „Neuen Welt“, Hasenheide, von sämtlichen Berliner Gas- und Schankwirtschaftsvereinen beschlossen. Die diesjährigen hohen Eispreise, die der am 5. März gebildete Eisring festgesetzt hat, gaben den Anlaß zu diesem Vorgehen. Auch den Versprechungen der Brauereien, den Wirten das Eis zum Preise von 1 M. pro Zentner zu liefern, könne man keinen Glauben beimessen. Es sei daher Selbsthilfe am Platze. Herr Oberingenieur Disler sei in seinem Vortrage die Vorzüge und Rentabilität eines solchen Genossenschaftswerkes auseinandergesetzt. Schließlich wurde dann einstimmig die Gründung beschlossen. Eine gewählte Kommission wurde beauftragt, die ersten Schritte zur Verwirklichung des Planes zu unternehmen. Das Eiswerk wird voraussichtlich am Bahnhof „Wusselstraße“ errichtet werden. Der Preis des Eises würde sich nach den Veranschlagungen auf 55 Pf. ab Werk und 70 Pf. frei Haus per Zentner stellen.

Eine neue Straßenbahnlinie, die sämtliche Berliner Gerichte verbinden würde, beabsichtigt die Große Berliner Straßenbahn einzurichten und spätestens am 1. Oktober d. J. zu eröffnen. Nach den zwischen den Vororten Wilmersdorf, Schöneberg, Charlottenburg und Rankow und der Direktion schwelbenden und einem baldigen Abschluß entgegengehenden Verhandlungen soll die Linie 8 (Charlottenburg, Luisenplatz—Gesundbrunnen, Panstraße) über die Wilmersdorferstraße und den Stuttgarter Platz bis zum Amtsgericht Charlottenburg verlängert werden, um zugleich eine Verbindung zwischen Amtsgericht und Landgericht III in Charlottenburg herzustellen. Diese Linie soll dann im Anschlußbetriebe über die Gleise der Charlottenburger Straßenbahn und der Westlichen Vorortbahn über die Holzendorfer- und Joachim-Friedrichstraße, den Kurfürstendamm, die Westfälische-, Brandenburgerische, Berliner-, Grunewald-, Goltz-, Ballas-, Köben-, York- und Sneyenaustraße fortgeführt und mit der an der Wäldstraße endigenden Linie 50 (Sneyenaustraße—Schönhauser Allee), die schon jetzt zeitweise bis Rankow läuft, verbunden werden. Diese neue ringförmige Linie würde mit einer Ausnahme sämtliche Gerichte in eine mehr oder minder unmittelbare Verbindung bringen und berühren: das Amtsgericht Wedding, das Kriminalgericht in Moabit, das Landgericht III und das Amtsgericht Charlottenburg, das Amtsgericht Schöneberg, das Amts- und Landgericht II am Galleischen Ufer, das Amts- und Landgericht I an der Neuen Friedrich- und Grunerstraße und gegebenenfalls auch das Amtsgericht Rankow.

Opfer des Straßenverkehrs.

Von einem Lastwagen überfahren wurde gestern abend die 13jährige Luise Jahn aus der Stettinerstraße 66. Das junge Mädchen wollte vor dem Elternhause auf dem Strahendamm einer Drohsche ausweichen, lief dabei gegen einen Kamolienwagen, wurde umgerissen und überfahren. Schwerverletzt brachten Passanten die Verunglückte nach der elterlichen Wohnung hinauf. Die J. hatte einen komplizierten Oberschenkelbruch sowie Verletzungen am Kopf und beiden Armen erlitten. — Seinen schweren Verletzungen erliegen ist der Leidtragende Holz, der bei der Sophiengemeinde angestellt war. Holz begleitete vor mehreren Wochen einen nach dem Sophienkirchhof in der Freienwalderstraße bestimmten Reizenzug, stürzte über die überragende Ladung eines mit Eisenketten beladenen vorbeifahrenden Lastwagens und geriet dabei unter die Plattform eines Straßenbahnzuges der Siemens u. Halske-Bahn. Er erlitt schwere innere Verletzungen und wurde nach der Charité gebracht, wo er vor einigen Tagen starb. Die von der Staatsanwaltschaft zunächst beschlagnahmte Leiche ist gestern zur Beerdigung freigegeben worden. — Zur Vorsicht mahnt ein Unglücksfall, welcher sich gestern mittig in der Kommandantenstraße ereignete. Die in Charlottenburg, Pestalozzistraße 70, wohnende Reisende Emma Maßke benutzte einen Straßenbahnwagen der Linie 65 und hatte sich an der rechten Perronede der Hinterplattform des Motorwagens aufgestellt. Fräulein M. hielt ihren rechten Arm derartig, daß das Glied über die Perronwand herabhing. Vor dem Hause Kommandantenstraße 45 hielt ein Möbelwagen, dessen Tür offen stand und die so weit nach den Schienen hinüberreichte, daß der Straßenbahnzug gerade vorbeifahren konnte. Der Arm der M., welcher letztere das Hindernis nicht bemerkt hatte, wurde zwischen Perronwand und die Tür des Möbelwagens eingeklemmt. Emma Maßke erlitt einen Bruch des rechten Oberarms.

Im Verufe verunglückt. Zum Krüppel geworden ist gestern nachmittag bei einem Unglücksfall der 13jährige Tischlergeselle Kurt Wendt. W., der in einer Tischlerei der Rausynstraße 18 beschäftigt war, geriet mit der linken Hand so unglücklich in eine im Betrieb befindliche Kreissäge, daß der Daumen und der Zeigefinger abgeschnitten wurden. Der Bedauernswerte fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Schweres Unglück ist wieder durch geradezu fiedelhaftes Umgehen mit Säuhwaffen angerichtet worden. Als die 13jährige Emma Wille, Viniensstraße 28 wohnhaft, abends gegen 7 Uhr die Weidingerstraße entlang ging, erlitt sie ein Schuß und getroffen brach die Passantin zusammen. Sie hatte eine Kugel in die Brust erhalten und mußte nach der Unfallstation in der Reidebstraße gebracht werden. Der gefährliche Schütze war nicht zu ermitteln. Schwerekrank liegt das Mädchen jetzt danieder. — Ein anderer Fall trug sich auf dem Karmerplatz in Steglitz zu. Der 13jährige Sohn des dort wohnhaften Schuhmachers Scholz wurde von einem gleichaltrigen Schullameraden angeschossen. Der letztere, der Sohn eines Schläglermeisters, hatte sich den Revolver seines Vaters heimlich angeeignet, und mit mehreren Knaben stellte er nun darüber Liebungen an, wie man sich mit einer derartigen Waffe am besten seines Angreifers erwehren könne. (Siehe „Fall Hemmig“.) Pflöchlich trachte ein Schuß und die Kugel bohrte sich Sch. in die Wange. Gegen den unvorsichtigen Schützen resp. dessen Vater ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Eine Warnung für Radfahrer dürfte ein Unglücksfall sein, der dem Dreher Felix Schramm am Mittwoch früh passiert ist. Derselbe befand sich an seinem Beschäftigungsort bei der Firma

Müller u. Co., Frankfurterstr. 44 und puhte in der Frühstückspause sein Rad. Beim Reinigen der Kette drehte er das Kettenrad in großer Geschwindigkeit herum und kam mit dem rechten Zeigefinger dem kleinen Kettenrad zu nahe, wobei ihm derselbe glatt abgeschnitten wurde. Es kann in solchen Fällen nicht vorsichtig genug zu Werke gegangen werden.

Ermäßigte Eintrittskarten zur Ausstellung der Sezession (25 Pf. statt 1 M.) können von den Gewerkschaftsvorständen im Bureau des Gewerkschaftshauses und der Gewerkschaftskommission in Empfang genommen werden.

Der Arbeiter-Sängerbund veranstaltet am 5. August in Friedrichshagen sein Sängertfest. Diese Sängertfest des Bundes haben sich mit der Zeit zu wahren Volksfesten gestaltet. Hier hat noch das wahre Volkslied, das Arbeiterlied seine Stätte. Jeder Freund des Gesanges wird auf den Veranstaltungen des Bundes seine Befriedigung finden. Wochen- und monatlang bieten die einzelnen zum Bund gehörigen Vereine alles auf, um dem Bunde Ehre zu machen und alles einzusetzen, damit am Tage des Festes „alles klappt“. Die besten Sängere treten dann unter der Leitung des Bundespräsidenten zusammen, um zu zeigen, daß sie in ihren Stunden auch etwas profitiert haben. Offen wir, daß diese Bemühungen durch schönes Wetter und starken Besuch unterstützt werden.

Gesperrt. Die Turinerstraße von der Seestraße bis zur Amsterdamerstraße wird behufs Ampfasterung vom 21. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Im Sportpark Treptow findet am Himmelfahrtstage ein internationales 24 Stundenrennen statt. Es starten insgesamt 8 Mannschaften zu je 2 Fahrern, welche sich nach Art des amerikanischen Sechstagerrennens nach Belieben ablösen können. Der Start zu diesem langen Rennen, welches zum erstenmal in Deutschland stattfindet, ist Mittwoch, abends 5 Uhr.

Feuerwehrbericht. Die zahlreichen Preshlohenbrände machen jetzt der Feuerwehr viel zu schaffen. In der Brombergerstraße 15 hatte die Wehr zweimal zu tun, um Preshlohen zu löschen. Dann brannten in der Badstraße 61a auf einem Lagerplatz Preshlohen und auf verschiedenen Bahnhöfen mit Preshlohen beladene Lokomotiven. Nachts um 1 Uhr kam auf dem Dresdener Güterbahnhof auf Schöneberger Gebiet Feuer aus. Dort brannten ebenfalls Preshlohen. Die Flammen hatten schon das Dach des Lagerplatzes ergriffen als die Berliner Feuerwehr erschien, die kräftig Wasser gab. Die Schöneberger Wehr übernahm dann die Ablösung. Zwei Stunden später stand in der Kollinerstraße 22 ein Kohlenlagerplatz in Flammen. Auch dort mußte kräftig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Heute früh um 5 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nach dem Dresdener Außenbahnhof gerufen. Dort war die Schöneberger Wehr schon mit der Lösung eines Preshlohenbrandes tätig. Die Berliner Wehr übernahm die Brandstelle und ließ nach der Ablösung eine Brandwache zurück. In allen diesen Fällen handelt es sich um Selbstentzündung von Preshlohen, die zu dicht gestapelt waren. Die Stapel müssen dann auseinandergerissen und neu aufgerichtet werden, was stets viel Arbeit verursacht, die vermieden werden könnte, wenn die Kohlen sachgemäß aufgeschüttet worden wären.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Wer ist ein „Krieger“? Unter diesem Titel nimmt das freisinnig-konservative Organ Charlottenburgs, „Die Neue Zeit“, Veranlassung, den Genossen Jubel, der in einer vor wenigen Tagen in Kitzdorf stattgefundenen öffentlichen Versammlung die Kriegervereine als „Kriegervereine“ bezeichnet hat, der Kriegererei zu verdröhen. Nachdem sie die Stelle des Versammlungsberichts, in welcher Genosse Jubel das wahre Wesen der Kriegervereine enthielt, zitiert, fährt sie fort: „Der Mann, der hier die Kriegervereine in so pöbelhafter Weise beschimpft, ist bekanntlich ein „Krieger“ ersten Ranges. Jubel, der früher zu den „Parteidubikern“ zählte, hat vor einiger Zeit einen Unterschluß im Verlage des sozialdemokratischen „Vorwärts“ als Expedient gefunden. Als die „elben Seiten“ plötzlich entlassen wurden, nahm Jubel die gemahregelten Redakteure des „Vorwärts“ öffentlich in Schutz und erklärte, bei diesem Preshlohenbrand seien die sozialdemokratischen Angestellten schlimmer als die schlimmsten Lohnsklaven behandelt worden. Die sozialdemokratischen Vereine, die zuerst den Ausführungen Jubels zugestimmt hatten, fielen natürlich sofort um, als der Parteivorstand sie ebenfalls anbauchte, und sie nahmen nunmehr gegen Jubel Stellung. Der Brabe kroch gleichfalls zu Kreuz. Er legte sein Mandat nicht nieder und behielt auch die Protstellung bei, die man ihm bei dem „Vorwärts“ zugesandt hatte, bei demselben Unternehmen, welches nach Jubels Behauptungen die Angestellten schlimmer als die schlimmsten Lohnsklaven behandelt hat... Vortrefflich versteht es also Jubel, vor seinen Arbeitgebern auf dem Waage zu rutschen. Die Frage: „Wer ist ein Krieger?“ läßt sich mithin unschwer beantworten.“

Wir glauben durch die Wiedergabe dieser drei Zeilen aber ebenso plumpen Anschuldigung einer längeren Entgegnung entbehren zu sein. Wenn Genosse Jubel damals die Partei der ausgebeuteten Genossen ergriff, so wählte er von vornherein, daß er sich mit den Genossen des Parteivorstandes im Gegensatz befand, auch wählte er, daß er das Gros der Berliner Parteigenossen gegen sich hatte. Und gerade darin liegt die beste Widerlegung dieser rüpelhaften Behauptung. Es ist eine alte Erfahrung, daß, wenn man eine Sache nicht widerlegen kann, man zu dem einzigen Mittel, zur persönlichen Verdächtigung greift.

Die Charlottenburger „Neue Zeit“ als Schutznappe der „Kriegervereine“, das ist echte Kriegererei. Zu feige und zu schwach eine entschiedene liberale Anschauung zu vertreten, entpuppt sich ein solches Organ als Verfechter eines menschliche Tugend vernichtenden patriotischen Drills. Ein solches Gebaren läßt persönliche Verdächtigungen nicht zu.

Schöneberg.

Beim Hauptpostamt in der Hauptstr. 26/27 ist jetzt ein Markenverkaufsaufgestellt worden, an dem sämtliche Postwertzeichen sowie Postdruckformulare (Paketadressen usw.) durch eine Beamtin verkauft werden. Diese Markenverkaufsstelle wird mit den übrigen Postkästern an Werktagen um 8 Uhr abends geschlossen, nach dieser Zeit sind Postwertzeichen in kleineren Mengen am Annahmestempel für Telegramme und Robrpostsendungen erhältlich. Ferner ist im Schaltervorraum jetzt auch ein zweiter Fernsprechautomat in einer schützenden Nische aufgestellt. Es stehen somit jetzt für das Publikum eine öffentliche Fernsprechstelle für Ferngespräche und zwei Fernsprechautomaten für Telephongespräche im Orts-, Nachbarorts- und Vorortbereich zur Verfügung.

Einen Regisationsabend unter Leitung des Schauspielers E. Wallotte veranstaltet morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr, das Hiesige Gewerkschaftskomitee im Obliken Saale. Zur Vertikung gelangt das dreistündige Drama: „Am Vorabend“. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf. Gostentlich lassen sich die Parteigenossen den Gemüß dieses populären und fesselnden Vortrages nicht entgehen.

Groß-Lichterfelde.

Als ein arger Fälscher hat sich in unserem gestrigen Versammlungsbericht der Druckfehlerentel erwiesen. Er beschloß die Fälscher, das Wort „Garnisonsschulen“ ohne Umstände in „Garnisonsschulden“ umzuwandeln. Aufmerksamere Leser werden wohl schon von selbst hinter dieses Fälscherkunststückchen gekommen sein.

Wilmersdorf.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Vormittag auf der Charlottenburger Chaussee. Der etwa 15jährige Lehrling Walter Rose aus Wilmersdorf fuhr dort mit seinem Zweirad gegen einen Arbeitswagen und stürzte dabei zu Boden. Er zog sich eine schwere Verletzung am Kopfe zu, daß er bald darauf starb.

Friedenan.

Die Protestversammlung am Dienstag war von 150 Personen besucht, vor denen Genosse Dr. Jabel an der Hand drastischer Beispiele die Verminderung der Volksschule zeigte. Eine Diskussion über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Es gelangte hierauf die Resolution zur einstimmigen Annahme.

Nummelsburg.

Verkauf für ein Linsengericht. In der letzten nicht öffentlichen Gemeindevertreterversammlung haben es die bürgerlichen Vertreter unter Führung des Gemeindevorstehers Dr. Hagl fertig gebracht, die Strafen der Gemeinde Nummelsburg der Großen Berliner Straßendahn gegen ein Trinkgeld für ein ganzes Jahrhundert auszuliefern. Dadurch daß die Annahme dieses Vertrages hinter verschlossenen Türen vor sich ging, gaben die bürgerlichen Vertreter zu erkennen, daß sie sich ihrer Rücksichtslosigkeit um die Allgemeininteressen wohl bewußt waren. Alle Hinweise unserer Vertreter, daß man es der Bürgerschaft schuldig sei, die Beratungen über eine so äußerst wichtige und für die Zukunft der Gemeinde von so großer Bedeutung seiende Angelegenheit in aller Öffentlichkeit stattfinden zu lassen, wurden mit Stillschweigen angehört. Der Rechtsanwalt Bernhardt führte an, daß nach seiner Auffassung der Wille und die Meinung der Bürgerschaft für einen Gemeindevertreter nichts gelte. Diese Mißachtung der ganzen Bürgerschaft kann nicht weiter Wunder nehmen, wenn man weiß, daß der Herr ernannte Gemeindevertreter der ersten Klasse ist, welche bei 8 Wählern 8 Gemeindevertreter zu ernennen hat. Der Bürgermeister gab nur bekannt, daß er nochmals mit der Großen Berliner verhandelt habe, dieselbe aber nicht zu bewegen sei — auf wesentliche Änderungen des vorliegenden Vertrages einzugehen. Zugestanden habe die Große Berliner, die Bahn nicht erst nach zwei Jahren von der Schließung bis zur Friedrichsfelder Reichsbahngrenze weiterzuführen, sondern dies sofort bei Eröffnung des Betriebes zu tun. Eine Gebühr für diese Strecke will die Große Berliner dann aber erst nach 18 Jahren nach Betriebseröffnung, und nicht nach sechs Jahren, wie der Vertrag jetzt vorsieht, zahlen. Weiter ist die Gesellschaft damit einverstanden, daß wenn die Stadt Berlin eine Bahn nach oder durch Nummelsburg fährt, die Gemeinde Nummelsburg die Ausfülle, welche die Große Berliner durch die etwaige Verkehrsziehung dann haben würde, nur durch den Erlaß der Gebühren, welche die Große Berliner für die Benutzung der Straßen an die Gemeinde Nummelsburg zu zahlen hat, entschädigt. Der Vertrag sah erst die volle unbestimmte Entschädigung der Gemeinde an die Große Berliner vor. Die jetzt vorgelegene Entschädigung würde etwa den Betrag von 15 000 M. ausmachen. Unsere Vertreter predigten tauben Ohren, als sie nachwiesen, daß einzelne schwerwiegende Paragraphen bei ihrer Annahme die Interessen der Gemeinde auf fast 100 Jahre schädigen würden. (Die betreffenden Paragraphen sind bereits in Nr. 106 des „Vorwärts“ näher behandelt.) Der Bürgermeister, der mit Ausnahme von ein paar kleinen nebensächlichen Ausführungen nur allein gegen die Ausführungen unserer Genossen sprach, gab sich zwar die größte Mühe, seine und seiner Kumpane Handlungsweise zu entschuldigen, was ihm jedoch nicht gelang — ihm dabei aber folgendes Mauthaus passierte: Genosse John hatte bei seinen Ausführungen besonderes Gewicht darauf gelegt, daß die Gemeinde Nummelsburg sich das Recht der Mitbenutzung der Gleise der Großen Berliner vorbehalten soll, was dies die Stadt Berlin gegenüber der Großen Berliner getan. Hierauf antwortete der Bürgermeister — von Beruf Jurist — daß dies nicht notwendig sei, da auf Grund des Kleinbahngesetzes die Große Berliner verpflichtet wäre, jedem Unternehmer die Mitbenutzung ihrer Gleise bis auf eine Strecke von 400 Meter zu gestatten. Als Genosse John diese Verpflichtung der Großen Berliner bezweifelte und um Verlesung der betreffenden Paragraphen aus dem Kleinbahngesetz eruchte, da schränkte der Herr Gemeindevorsteher seine Behauptung dahin ein, daß er glaubt — dies stünde im Kleinbahngesetz. Ob die Große Berliner auf Grund dieses Glaubens später bereit sein wird, der Gemeinde die Mitbenutzung ihrer Gleise zu gestatten?? Sehr bezeichnend für die Nummelsburger Gemeindevertretung ist es auch, daß die Annahme dieses schwerwiegenden Vertrages in der Gemeindevertreterversammlung nur noch eine formelle war. Die bürgerlichen Vertreter und Schöffen hatten sich bereits vorher in einer geheimen Sitzung geeinigt, den vorgelegten Vertrag unter allen Umständen anzunehmen. Es ist vorgekommen, daß ein bürgerlicher Vertreter, der die öffentliche Erklärung abgab, gegen einen solchen Vertrag zu stimmen, vom Gemeindevorsteher in letzter Stunde geladen wurde, um ihn noch zu bearbeiten. Als Genosse John diese beschämende Handlungsweise in gebührender Weise geißelte, schwoeg man sich aus. Schließlich wurde der Vertrag mit den 17 Stimmen, die bereits in der geheimen Besprechung der bürgerlichen Vertreter festgesetzt waren, angenommen. Von den bürgerlichen Vertretern stimmten nur die Herren Werther und Augustmann dagegen.

Köpenick.

Eine harmlose Aufklärung hat das Verschwinden des Arbeiters A. aus Köpenick gefunden, der, wie bereits gemeldet, die sechsjährige Tochter seiner Wirtin entführt hatte. A. war mit seiner Wirtin verlobt, hatte jedoch mit derselben einen Jwisit gehabt und sich deswegen mit dem Kinde heimlich entfernt, welches er zu Verwandten nach Wriezener brachte. Von dort aus gab er der Mutter des Mädchens Mitteilung, worauf die Witwe nach Wriezener fuhr, woselbst sich das Brautpaar wieder ausöhnte.

Zegel.

Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich in Zegel. Die fünfjährige Tochter des Schiffseigners Kahlke aus der Adersfr. 85 aus Berlin, dessen Hülle zurzeit am Zegeler See vor Anker liegt, war mit ihrem 2 1/2 Jahre alten Schwesterchen am Mühlensiech spazieren gegangen. Das Kind wagte sich beim Blumenpflücken zu nahe an das Gewässer heran und stürzte in den Fluß. Als die Jüngere sah, daß die Schwester ins Wasser gestürzt war, eilte sie zu der Mutter. Diese lief sofort nach der Unfallstelle und es gelang ihr auch schließlich, ihr Kind, das bereits mit dem Tode rang, aus dem Wasser zu ziehen. Leider war es jedoch zu spät, denn vergeblich bemühten sich zwei hinzugerufene Ärzte, die Kleine am Leben zu erhalten. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle gebracht.

Waidmannslust.

In der letzten Wahlvereinsversammlung erstattete Genosse Denker Bericht über die Konferenz der Gemeindevertreter Groß-Berlins. Die hierauf vorgenommene Ergänzung des zweiten Vorsitzenden erfolgte einstimmig auf den Genossen Quade. Derselbe sprach des längeren über die verflozene Waise und brachte zur Sprache, daß ein organisierter Genosse und zugleich Vorstandsmittglied des Nieder-Parniser Kreiswahlvereins am 1. Mai bei Vorzug gearbeitet habe. Es wird deshalb beantragt, denselben aus der Partei auszuschließen. Zum Schluß wurde aufgefordert, für das am 2. Pfingstfesttag in Waidmannslust stattfindende Frühkonzert lebhaft zu agitieren.

Spandau.

Die Protestversammlung am Dienstag war von circa 1000 Personen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende, Genosse Pieper, bekannt, daß der Genosse Paul Schwarzer plötzlich verstorben ist, worauf sich die Versammelten von den Vätern erhoben. „Gegen Polizeigewalt“ lautete das Thema, welches alsdann Genosse Karl Liebsch in marxistischer Weise behandelte. Sich anlehnend an die neuesten Vorkommnisse in Breslau, Hamburg, Dresden entwarf Referent ein anschauliches Bild des engen Zu-

sammenhanges zwischen kapitalistischer Gesellschaft und Polizeigewalt. Seine flammende Anrede gipfelte in der Aufforderung an die Anwesenden, diese elende Polizeigewalt mit einer Verfestigung der Organisation und der Arbeiterpresse zu beantworten. In der Diskussion beurteilten die Genossen Pieper, Schulerz, Kellefeld und Hinz scharf das Verhalten der Spandauer Polizei am 1. Mai. Mit einem Mahnruf des Vorsitzenden an die Anwesenden, nun ihre Pflicht zu erfüllen, errichtete die imposante Versammlung ihr Ende.

Gerichts-Zeitung.

200 000 Mark-Durchstichereien bei der Eisfirma Drudenmüller.

Umfangreiche Durchstichereien beschäftigten gestern und vorgestern die dritte Strafkammer in der Strafsache gegen den Fabrikanten Kiselowski, den Expedienten Jhrke und den Lagerverwalter Staudemeyer. Großmann und Jhrke waren bei der Eisen-Engrosfirma von A. Drudenmüller angestellt. In ihren Obliegenheiten gehörte es u. a., die von den Fabrikanten an Drudenmüller gelieferten Eisenwaren zu wiegen und abzunehmen. Kiselowski betreibt eine Kupfplattenfabrik in Lichtenberg, Staudemeyer ist Kiselowskis Schwoger und war bei diesem im Geschäft tätig.

Die Angeklagten haben die Firma Drudenmüller monatelang durch folgende Manipulationen geschädigt: Kiselowski hatte für Drudenmüller umfangreiche Lieferungen auszuführen. Er füllte nun auf dem Lieferchein ein höheres Gewicht aus, als er mit den einzelnen Wagenladungen tatsächlich abliefern konnte. Großmann und Jhrke nahmen auf den Drudenmüllerschen Lagerplätzen die von Kiselowski gelieferten Waren ab und bescheinigten das höhere Gewicht, das A. auf seinen Liefercheinen angegeben hatte. Die Firma zahlte bei der Abrechnung dann weit mehr, als sie Waren erhalten hatte, und der auf diese Weise erlangte Gewinn wurde zwischen den Angeklagten geteilt. Auf diese Weise ist die Firma um etwa 200 000 M. geschädigt worden. — Die Angeklagten haben, als das Strafverfahren in Gang kam, einen Teil des Schadens ersetzt.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Kiselowski 1 Jahr 6 Monate, gegen Jhrke 3 Jahre Gefängnis, gegen Staudemeyer 100 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof beurteilte in später Abendstunde Kiselowski zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Jhrke zu 3 Jahren Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust, Staudemeyer zu 2 Monaten Gefängnis. Die beiden ersten Angeklagten wurden in Haft genommen.

Die Verhandlung gegen den Prokuristen Hugo Spiegel, der die „Oberschlesischen Kokswerke und Chemische Fabriken A.-G.“ um etwa 750 000 M. durch Unterschlagungen geschädigt hat, wird heute, Freitag, 11 1/2 Uhr vor der 7. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Meng stattfinden. Spiegel war schon mehrere Jahre Prokurist der Gesellschaft, deren Aufsichtsrat der bekannte kürzlich mit dem Adel belegte, feinehrliche Kommerzienrat Fritz Friedländer ist, und gleichzeitig Direktor bei einer Tochtergesellschaft derselben, der Russischen Montanindustrie-Aktiengesellschaft. Der 45jährige Angeklagte hatte ein großes Einkommen, lebte aber mit seiner Familie weit über seine Verhältnisse hinaus. Am 11. August v. J. hatte er seinen gewöhnlichen Sommerurlaub angetreten, war aber von diesem nicht mehr zurückgekehrt und bei Durchsicht der Bücher stellte es sich heraus, daß er mit Hilfe unrichtiger Eintragungen im Laufe der Zeit Destruktionen begangen hatte, deren Höhe zunächst auf ungefähr dreiviertel Millionen berechnet wurde. Spiegel scheint hauptsächlich durch Börsenspekulationen, die er in großem Umfange betrieben haben soll, auf die schiefe Ebene gekommen zu sein. Die Nachforschungen, die nach seinem Verschwinden aus Berlin nach seinem Verbleib angestellt wurden, waren lange Zeit erfolglos. Er hatte sich zunächst nach der Schweiz begeben und dann seinen Aufenthaltsort nach Paris verlegt, wo er ein lustiges Leben führte und in den vornehmen Restaurants und Cafés als freigebiger „Graf“ bekannt und wohlgekannt war. Auf Betreiben eines Herrn Cohn, der ihn in Paris sah und wiedererkannte, wurde er verhaftet. Bei seiner Leibesvisitation wurden nur noch etwa 140 Fr. bei ihm vorgefunden. Er will größere Summen bei Betten auf Pariser Remplagen verloren haben. Seine Verhaftung erfolgte am ersten Weihnachtstagesfest, im Januar wurde er dem hiesigen Untersuchungsgefängnis zugeführt und wird nun heute abgeurteilt werden.

Postbotenentled. Ein Soldatenbriefmarde stand gestern in der Person des früheren Postboten, jetzigen Schuhmachers Wilhelm Redlin vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. Er war mit einem Tagegeldvertrage von 270 M. bei dem Postamt VI angestellt. Als in diesem Amte mehrfach Soldatenbriefe verschwanden und Ueberreste von Briefen im Klotz gefunden worden waren, wurde der Angeklagte, der sich verdächtig gemacht hatte, beobachtet und dabei abgefaßt, als er zwei Soldatenbriefe verschwinden lassen wollte. Da solche oft Spenden der Soldatenmütter an ihre Söhne enthalten, sind sie mehrfach Gegenstand des Angriffs ungetreuer Postbeamten schon gewesen und auch der Angeklagte hat diesen Briefen seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Er gab gestern vor Gericht zu, vier Soldatenbriefe unterschlagen zu haben, behauptet aber, daß darin nur einige wenige Postmarken enthalten gewesen seien. Außerdem hat er sich geständig zwei Briefmarken, die im Amtszimmer lagen, angeeignet und aus einer Poststation zwei Portemonnaies entwendet. Er gab seine bedrängte Lebenslage als Motiv seiner Verfehlungen an. Der erst 28jährige Angeklagte hat zu früh geheiratet und mußte seine aus vier Köpfen bestehende Familie — zwei Kinder und die Ehefrau waren wiederholt krank — mit seinem Einkommen von 81 M. monatlich durchbringen. Dabei will er in Not geraten sein und gehofft haben, in den Soldatenbriefen wertvolleren Inhalt vorzufinden. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Wird es durch die Bestrafung möglich, eine aus vier Köpfen bestehende Familie mit 81 Mark monatlich zu ernähren und als „Beamter“ zu bestehen?

Vermischtes.

Auffehen erregt in Moskau, daß sich der Leiter der dortigen Frauenklinik, Geheimrat Professor Schah in der Verwaltung der ihm unterstellten Institute grobe Unregelmäßigkeiten habe zuschulden kommen lassen. Es hat sich herausgestellt, daß Geheimrat Schah Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände aller Art, die für Rechnung der Frauenklinik geliefert waren, in seinem Haushalt verwendete. Wie hoch der Wert dieser Sachen ist, konnte noch nicht festgestellt werden, man spricht von 200 000 M., doch läßt sich etwas Bestimmtes hierüber nicht sagen. Geheimrat Schah, der mit seiner Frau verheiratet ist, hat die Disziplinäruntersuchung gegen sich beantragt.

Die fehlende Fürstin Wrede. Von der Fürstin Wrede wurde bekanntlich erzählt, daß sie bei ihrem Aufenthalt in Hotels, Pensionen und dergleichen kostbares Silberzeug von der Tafel wegstaht. Zwar versuchte man nach berühmtem Muster, den Diener, der die Sache aufdeckte, wegen Erpressung zu belangen, aber es haben sich mittlerweile die Beweise gegen sie derart gehäuft, daß ein Ableugnen der fürstlichen Spitzbögen ganz nutzlos wäre.

Nachdem es nun auf diese Art nicht mehr gelingt, die Sache zu vertuschen, greift man zu dem alten Trick: Wenn einmal eine Person aus höheren Kreisen bei einer ganz gemeinen Spitzbüberei erkappt wird, ist es konstante Veranlassung. So soll auch jetzt die hochgeborene Fürstin, die augenblicklich in Spanien weilt, geisteskrank sein. Selbstverständlich ist das Schwindel, es soll auf diese

Weise der skandalöse Fall der öffentlichen Erörterung und die Diebin der Bestrafung entzogen werden.

Es ist immer das alte Trauerspiel: die arme Arbeiterfrau, die sich einige Kartoffeln oder Holz stiehlt, um ihrer Not zu steuern, kommt unerbitlich ins Gefängnis, die hochgeborene Fürstin läßt sich bescheinigen, daß sie geisteskrank ist und geht frei aus.

Das ist unsere bürgerliche Moral. Uebrigens scheint bei der fürstlichen Familie Wrede das Stehlen von Silberzeug von jeher ein gern geübtes Vergnügen gewesen zu sein. Der „Reichsbote“ erzählt nämlich:

„Angefaßt der Silberveranlegungen, mit denen das Fürstenpaar Wrede in Verbindung steht, ist es interessant, daß ein Vorfahr desselben anfang vorigen Jahrhunderts vom Freiherrn von Stein als ein über Deutere gestraft wurde. E. M. Arndt erzählt darüber in seinen Wanderungen mit Freiherrn von Stein, wie dieser ein Landhaus sofort verließ, als der bayerische Fürst Wrede als Gast vorfuhr, weil er „mit solchem verfluchten Räuber nicht in einem Zimmer sitzen“ wollte. Arndt erzählte dann als Grund folgendes: „Wrede war wohl mit Recht befehdigt, den Seinigen nicht nur vieles nachzusehen, sondern ihnen auch selbst das böseste Beispiel gegeben zu haben. Bei einem solchen Beispiel hatte ihn nun Stein erfaßt, und zwar recht tüchtig angefaßt. Wrede war in Schloß Dels in Schlesien einquartiert, im Schloße des Herzogs von Braunschweig. Hier hatte er es ganz den gierig unerschämten französischen Räubern nachgemacht, den Souff, Raffena und ihresgleichen, welche das Silber (Löffel und Teller), womit sie von ihren Wirten bedient wurden, nach der Tafel gewöhnlich einpacken und mit ihrem Gepäck wandern ließen. So hatte Wrede in Dels ganz nach französischer Manier bei seinem Abzuge alles herzogliche Schloßsilber mit zu seinem Feldgepäck legen lassen. Der arme Schloßvogt hatte dem nicht wehren gekonnt, hatte aber, damit er selbst nicht für den Räuber und Dieb des herzoglichen Silbergeschmucks gehalten würde, den Marschall um einen Schein gebeten, daß er im Kraft des Kriegsbefehls es sich habe ausliefern lassen. Und wirklich hatte der Feldmarschall ihm den genau spezifizierten vorgelegten Schein bei seinem Abmarsch in einseitiger deutscher Ueberrassung unterschrieben.“

Der Massenmörder von Marrakesch. Ueber die Verbrechen und Bestrafungen des Mordjägers in Marrakesch, der nicht weniger als 39 junge arabische Mädchen ermordet hat, werden neue haarsträubende Einzelheiten bekannt, die gleichzeitig ein Bild der furchtbaren Erregung geben, die sich der dortigen Bevölkerung bemächtigt hat. Der Massenmörder von Marrakesch war selbst kein Araber, sondern ein Nezer von Misijun, der früher in Tanger unter Beihilfe derselben Regäre, die ihm in Marrakesch seine Opfer zuführte, einen schändlichen Mädchenhandel betrieb und wie es sich nunmehr herausgestellt, auch dort ähnliche Verbrechen begangen hat. Seit der Verhaftung wurde der Nezer und seine Mitheiferin täglich nach wiederholten furchtbaren Wajtonaden rüftlings auf Gefel geschickt, durch die Straßen von Marrakesch geführt und der Brut der empörten Bevölkerung preisgegeben. Als das Todesurteil gefällt wurde, gelang es den Richtern nicht, eine Todesart zu erfinden, die dem Vergeltungsrecht genügt hätte. Es wurde daher dem Dämon der wütenden Bevölkerung nachgegeben und ihr das Verbrecherpaar ausgeliefert. Zuerst dachte man daran, die beiden Unmenschen mit Petroleum zu übergehen und bei lebendigem Leibe zu verbrennen. Dann aber beschloß man die Kreuzigung, weil diese für die qualvollste Todesart gehalten wird, da die Kreuzigten unter den furchtbarsten Leiden tagelang am Kreuze leben können. Der Nezer war bereits ans Kreuz gemalt und moßig gerade daran, seiner Gefährtin die Kugel durch die Glieder zu treiben, als auf Grund eines vom Maghzen eingetroffenen Befehls die Hinrichtung unterbrochen werden mußte, da diese in Beg stattfinden sollte. Der gekreuzigte Verbrecher wurde daher vom Kreuze heruntergerissen und in einem furchtbaren Zustande auf einen Gefel geschickt, daselbst gefaßt mit der Frau, beide wurden dann unter sicherer Bewachung nach Fez geschickt, wo sie wohl, wenn sie überhaupt noch lebend die Sultanstadt erreichten, ein qualvolles Ende ereilt hat.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 62—66 pr. 100 Pfund, IIa 51—62, IIIa 49—52, IVa 40—46, engl. Bullen 0,00, dan. Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 80—90, IIa 66—78, IIIa 52—64. Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 56—62, Schweinefleisch 56—62. Kaninchen 0,20—0,70. Hühner, alte, Stück 1,00—2,50, junge, per Stück 0,50—1,10. Tauben, junge 0,50—0,67, alte 0,00. Enten, prima, per Stück 2,00—2,50, Hamburger per Stück 2,75 bis 3,85. Gänse, junge, per Pfd. 0,90—0,95, per Stück 4,00—7,00. Gänse 74—87. Schafe 71—88. Mele 0,00, matt 0,00. Kälber, groß 100—112, mittel 102—112, klein 51—58, unj. 69—84. Kühen 88,00. Ferkeln, pomm. I, p. Schaf 2,00—6,00. Mele, Stiege Ia 4—6, do. mittel, per Rille 2—4, do. klein, per Rille 0,00. Hühlinge, holl. per Pfd. 0,00. Mele 1—3. Straß 3,00—3,50. Kälber, groß, p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,50—0,90, I, 0,50 bis 0,60. Sprossen, Mele, 2 Pfd. 0,00, 1 Pfd. per Rille 0,00. Zerbellten, 1906, 0,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00. Schottische Vollerlinge 1906, 0,00, large 40—44, fall. 36—38, mod. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Waller, per 1/2, Tommen 60—120. Dummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Kraler, per Schaf, große 19,50—31,00, mittelgroß 9,00, kleine 4,50 bis 5,00, unsortiert 7—12. Eier, Land, per Schaf 3,25, frische 3,75. Butter, per 100 Pfund, Ia 114—118, IIa 110—113, IIIa 106—108, abfallende 103—105. Saurer Gurken, Schaf 3,50—4,20, Pfeffergurken 3,50—4,20. Kartoffeln per 100 Pfd. magen. hon. 2,10—2,35, rote Daberde 2,00—2,20, rund weisse 1,80—2,00. Birnenhohl, holl., per Schaf 0,00. Weizen, holl., dan., per Schaf 7,00—9,00. Roggen, holl., per Schaf 0,00. Gerstehohl, per 100 Pfd. 0,00. Haßen, weisse 0,00, Zeltower 0,00. Roggenholl., per Schaf 0,00, holl. 5—8.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Offizier: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

N. P. 100, N. P. Rein. — Lausitzer, 25. Die Tabelle, aus der Sie die Empfangsmittel ersehen, finden Sie Seite 36 bis 40 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten „Rührer“ durch das G. O. V. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **N. P. 74.** 1. Ja. 2. Rein. Verfügung gegen ein gewerberechtliches Urteil ist nur zulässig, wenn das Streitobjekt 100 M. übersteigt. — **G. L. G. 1.** und 2. Rein. — **N. P. 20.** Volljährigkeit genügt. Die Volljährigkeit tritt mit Vollendung des 21. Lebensjahres ein. Auf Antrag kann das Amtsgericht die Volljährigkeit schon früher erklären. — **N. P. 1.** Wenn noch kein Urteil ergangen ist, so können Sie einen höheren Betrag klagen geltend machen, sonst nicht. 2. Wenn ein bestimmter Betrag ausgeworfen ist, so kann für Schuldforderungen und dergleichen nicht ein besonderer Ertrag verlangt werden. 3. Die Bonumundhaft sollte Ihre Frau nicht abgeben. — **N. 100.** Das Eigentum der Ehefrau hält nicht für die Schulden des Ehemannes. Werden die Sachen gepfändet, so würde die Ehefrau mit Erfolg eine Widerspruchsklage erheben und einen Einstellungsantrag durchsetzen können. — **N. P. 9. Ja.** — **1906.** 1. und 2.: Beide Kündigungen sind gleichwertig. 3. Seinen vollen Anteil kann jeder Mitigentümer verlangen. 4. Die Klage kann abgemildert werden. 5. Das Amtsgericht des Wohnortes der Beklagten ist zuständig. 6. Rein. — **Deutschmann.** Fordern Sie den Urmacher auf, innerhalb einer angemessenen selbstbestimmten Frist die Reparatur vorzunehmen, drohen Sie, für den Fall fruchtlosen Ablaufs der Frist, die Uhr auf seine Kosten reparieren zu lassen, führen Sie Ihre Drohung aus und klagen Sie die Kosten beim Amtsgericht ein. Ihr Mann hat aus dem Kauf usw. weder Rechte noch Pflichten. — **C. R. 87.** Das Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, ist zuständig. — **N. P. 33.** 1. und 2.: Rein. 3. Ja. Ihre Frau könnte auch schon jetzt auf Alimentation klagen. Sie sollten Ihrer Frau entgegenkommen. Durch Gewalt läßt sich nichts erreichen. — **Anna 106.** 1. Wenn Sie nicht innerhalb einer Woche bei dem Gericht (nicht bei dem Gerichtsvollzieher) Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl erheben, so wird er vollstreckbar. 2. Das Unemfänglich — das Gesetz läßt von Fall zu Fall entscheiden, was dazu gehört — ist unzulässig. 3. Ihre Frau sollte nicht für Ihre Schulden. — **N. R. 17, M. P. N. Rein.** — **N. P. 100.** 1. Falls es sich um Schulden der Ehefrau und um nicht unentbehrliche Möbel handelt: ja. 2. Ja. — **N. R. 40.** Die Versicherungskassentätigkeit, aber nicht verpflichtet, auf Antrag einen Zuschuß für Jahngelder u. dgl. zu leisten. — **N. P.** Wir müssen die Antwort auf die Frage, wie viel vor 25 Jahren eine Ware an einem bestimmten Ort gekostet hat, ablehnen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 18. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Marie, die Tochter des Königs.
Schauspielhaus. Iphigene auf Tauris.
Neues Operntheater. Martha.
Deutsches. Der heilige Brunnen. — Der Herr Kommissar.
Neues. Daphnis in der Unterwelt.
Verfug. Kammeraden.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Freitag, den 18. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Marie, die Tochter des Königs.
Schauspielhaus. Iphigene auf Tauris.
Neues Operntheater. Martha.
Deutsches. Der heilige Brunnen. — Der Herr Kommissar.
Neues. Daphnis in der Unterwelt.
Verfug. Kammeraden.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Abtheilung Theater.) Das Bild im Winkel.

Beffen. Der Waffenschmied.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Don Pasquale.
Reichshallen. Liebesthust.
Zentral. Giroflé-Giroflá.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Tranon. Loulou.
Thalia. Hochpartie im Hof.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Kasino. Madame Bonivard.
Apollo. Das blaue Bild.
Carl Weiß. Eberich Polines Abenteuer oder: Die Jagd ums Leben.
Ganzes. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Wintergarten. Spezialitäten.
Village. Spezialitäten.
Ville-Miliane. Spezialitäten.
Reichshallen. Sittlicher Sängers.
Urania. Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simplon und sein Gebiet.
Sternwarte. Invaliden-Str. 57/62.

Urania Tauben-Str. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.

Sternwarte Invaliden-Str. 57/62.
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 R., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 R., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo-Theater.
Novität! Heute: Novität!
Unter persönl. Leitung d. Komponisten.
Das blaue Bild.
Phantastie in 1 Akt v. Bolton-Bäckers.
Musik von Paul Lincke.
Im glänzenden Spezialitätenkostüm:
amerikanischer Burlesco-Compagnie
Ein Abend in einem amerikanischen Cingel-Cangel.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollander.
Ranchen überall gestattet.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Arme Mädchen.
Von Adolf Philipp.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Aus altem Geschlecht.
Schauspiel in 5 Akten v. H. Genz.
Som Sonnabend ab 12 1/2 Uhr im Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entree Wochenl. 10, Sonntags 30 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 19. Mai 1906:
Extra-Vorstellung:
Die Ehre des Hauses.
Vollständig in 3 Akten von Karl Hugo.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Bei schönem Wetter: Vorstellung im Garten.

Kasino-Theater
Katharinenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationeller Erfolg!
Madame Bonivard.
Dazu das brillante Abschiedsprog.
Montag, 22. Mai: Schlussvorstellung.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Im Saale: Tanz.
Donnerstag, 24. Mai (Himmelfahrt):
Große Extra-Vorstellung.
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue Mai-Programm
14 erstklassige Spezialitäten

WINTERGARTEN
Neues Programm!
TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin.
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Desrosches-Bianca, französ. Duett.
Die Hartleys, Springer.
Brésina, Pariser excentr. Sängerin.
Patty Frank-Truppe, Akrobaten.
König Dollar, englisches Ballett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer.
De Dio, Phantasie-Tänzerin.
Die Perseus, Kugelspieler.
Der Biograph.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)
Schauspiel in 4 Akten von Björnsterne Björnson.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Macht der Finsternis.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.

Landes-Ausstellung-Park.
Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.
Täglich: Doppel-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Morgen, Sonnabend, den 19. Mai:
Eröffnungs-Vorstellung:
Gartenkonzert
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm!

Arbeiter-Radfahrer-Verein Charlottenburg
Mittl. des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Am Sonntag, den 20. Mai,
findet in dem Etablissement Vergnügungspark an der Jungfernhöhe, Tegeler Weg 74/75, ein

frühjahrs-Vergnügen
Nacht, bestehend in Garten-Konzert, Reigenfahrten und Ball.
Auftreten der Berliner Volksängergesellschaft Lewandowski. Bei ein- tretender Dunkelheit Kinderfadelzug. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne.
Einlass 2 Uhr. Beginn des Konzerts 4 Uhr.
Billett 20 Pf. Kinder frei.
Alle Freunde des Vereins und Bundesgenossen von Berlin und Um- gegend sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Komitee. [12/17]

Treptow Park-Restaurant
Karl Ludwigs
Köpenicker Landstraße 25/26.
Achtung! **Sangesfreunde!** Achtung!
Sonntag, den 20. Mai, morgens von 8 Uhr an
Große Morgensprache
veranstaltet von den Männer-Gesangsvereinen
„Vereinigte Sänger Südost“, „Norddeutsche Schleife“.
Sämtliche Gesangsvereine sowie alle anderen Sangesfreunde sind hierzu freundlichst eingeladen.
Anfang morgens 8 Uhr. Entree frei.

Begründet 1873.
Spezial-Hut-Engros-Lager
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinder- hüten, Chap.-clagues u. Strohhüten.
Sinzerverkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonntags geöffnet).

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für corpulente Herren passend.
Dieselben sind von seinen Cavalieren und Herren, die nur einen Monat ihre Garderobe fragen. 5352*
Fahrgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Täglich von 4-8 Uhr nachm.
findet Probewaschen mit den welt- berühmten patentierten Wasch- maschinen, Bringmaschinen und Waschpulver „Rubrperle“ von dem größten Spezial-Fabrik-Geschäft der Welt „Karl Kampmann jr., G. m. b. H., Rülheim-Ruhr“ statt. — Heinrich Lohbeck, Berlin N., Invalidenstr. Nr. 142, Hof, Quergebäude.

Tranon-Theater.
Anfang 8 Uhr: Loulou.
Sanssouci. Kottbusor-Str. 44.
Dir. Wilhelm Reimer.
Eröffnung des Gartens.
Sonn-, Mont-, Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sängers.
Sommerpreise:
Entree 30 Pf., mm. Pl. 50.
Im Borg: Freikonzert.
Sonnabend Einl.-Schauspiel v. Wittl. d. Luffen-Theaters
Robert u. Bertram

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Program.
Verbindung mit größt. Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Aufreten
erstklassiger Spezialitäten.

Elysium
Landsberger Allee 40-41.
Heute (sowie täglich)
Vorstellung
abwechselnd von vier der beliebtesten Sängergesellschaften.
Im Parterre: Ball.
Anfang 7 Uhr. Entree frei.

Etablissement Bughenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Schönholz
Kastanienuwäldchen.
Konzert-Saal und Garten.
2 Minuten von der Station Schönholz, 3 Minuten von der Endstation der elektrischen Straßenbahn.
In den bevorstehenden Sommer- fests empfehlen ich den geehrten Vereinen und Gesellschaften meinen vollständig neu renovierten Parkes- sal mit Theaterbühne, 340 qm groß, sowie großen schattigen Garten, 1500 Personen fassend, mit zwei ver- deckten Regalbahnen zur gef. Be- nutzung. Jeden Sonntag: Großer Ball bei hart besetztem Orchester. Große Kaffeetische. 10022*
Hermann Ramlow.

Enorm billig
verkauf, wir täglich, Sonnt. hochbegl., streng modern, nur gediegenst gearbeitete, tadellost u. schön sitzende, hochvernehme Herren-
Anzüge Paletots
die aus feinsten Masseloffen gefertigt worden, jetzt für 18-20 M. Hosen 7-12 M. Deutsches Verhandlungshaus, Jägerstr. 63, 1 Treppe.

Serrentragen, rein Wein. 4f. beste Qualität. Dk. Nr. 3 u. 3,50. Manschetten, prima. 4fach 1/2 Dk. M. 2,00 und 2,50. Serviteurs, größte Auswahl Stück von 35 Pf. an. Kravatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Hemden, Strümpfe etc. Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
23. Münzstraße 23.

Krankenfahrräder all. Systeme
täglich von 10 Uhr an, auch leichweise unter kulantesten Bedingungen.
Koppsche Krankenwagen, Eisasser-straße 95. 116/4*

Zwei große Fabrikräume, je 200 qm Quadratmeter, m. elektr. Licht, Dampfheizung, elektr. Fahrstuhl, m. Bedienung (Doppeltür), Peters- burgerstr. 58, v. 1. Oktober, ev. früher zu verm. Näh. beim Portier oder Schriftf. d. Besitzer Theodor Hermann, Frenzlauerstr. 41. 230/10

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten, besonders den Formern Berlin zur Nachricht, das mein lieber Mann, unser guter Vater, der Formermeister
Max Lachmann
am 14. d. M. plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 18. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Elisabeth- Kirchhofe, Brinzen-Allee, statt.
Ww. Elise Lachmann
18675 nebst Kindern.

Dr. Simmel, Prizon-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sin von der Kochstraße 54 nach Tieckstraße 34 verjogen.
Dr. G. Friedländer.
9 1/2-11, 6-7. Amt III, 6687.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Seeben erschienen:
Wilhelm Liebknecht
Sein Leben und Wirken.
Unter Benützung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen herausgegeben von
Kurt Eisner.
Zweite erweiterte Auflage mit Por- trät und Abbildungen in künstle- rischer Ausführung, 104 Seiten. Star- kummiert. Preis 60 Pf.
In besserer Ausstattung 1,50 M.
Wir bringen ferner die
Schriften Liebknechts
in empfehlender Erinnerung:
Der Leipziger Hochverrat-Pro- zess wider Bebel, Liebknecht und Wagner. Mit einer historischen Ein- leitung von W. Viehnecht. Gebd. 5,50 M.
Wissen ist Macht - Macht ist Wissen! Neue Auflage mit einem Vorwort von K. Eisner. 30 Pf.
Kein Kompromiß, kein Wahl- bündnis. 10 Pf.
Hochverrat u. Revolution. 30 Pf.
In Truth und Euh. Festschr., gehalten zum Stiftungsfest des Grimmschen Volksvereins am 22. Oktober 1871. 6. Auflage. 25 Pf.
(Setzt in allgemein verständlicher Form die Ziele und die Welt- anschauung der Sozialdemokratie dar.)
Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag. Ein Vortrag, gehalten in einer öffent- lichen Versammlung des demo- kratischen Arbeitervereins zu Berlin am 31. Mai 1899. Mit Vorwort und einem tragikomischen Nachspiel. Neue Auflage. 15 Pf.
Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriß und Erinnerungen. 75 Pf.
Robert Owen. Sein Leben und sozialpolitisches Wirken. Zwei aus- gezeichnete Essays. Mit zwei Ab- bildungen. 80 Pf.
Zum 15. März und Semardfest. 20 Pf.
Rede über den Kölner Partei- tag mit besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung. 25 Pf.
Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen. 25 Pf.
Fremdwörterbuch. Geb. 3,20 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Laden. Lindenstr. 69 Laden.

Spezialhaus:
Uhren Riesen-Auswahl.
Ohne Anzahlung!
R. Hartmann
2, Brücken-Straße 2.
Für Realität bürgt 18jähriges Bestehen der Firma, nicht mit feinen, mindere- wertigen Geschäften zu verwechseln. Berlin. Begründet 1887. Hannover.

Möbelvertretungen gesucht,
Dorrenzimmer, Speisezimmer, Salons, nur 1a Ware, non leistungsfähigen Tischlern. Restkosten ist bei den feinsten Firmen eingekauft. Best. Offerten an E. Steinhilber, Frenzlauerstr. 21. Berlin N. 18005

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof 1.

Fernsprecher: Amt III Nr. 5028

Sonntag, 20. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Industriesälen, Genthstr. 20:

Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom Unterhaltungsabend und der Urania-Vorstellung. 2. Fortsetzung der Diskussion aus der letzten Versammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand. V. V.: Albert Juppenlatz.

Achtung!

Achtung!

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer sowie der Sektion der Putzer und der Gips- und Zementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Berichtserstattung von der am 24. April stattgefundenen Baukontrollen. 3. Gewerkschaftliches. 143/15*

Regen Besuch erwartet

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zweigvereinsvorstand. V. V.: E. Thöns.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 8353.

Sonnabend, den 19. Mai, abends 6 Uhr:

Versammlung

ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen
(A. G. G. Brunnenstraße und Voltastraße)

im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 42.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu der am 13. Mai in den Germania-Sälen angenommenen Resolution. 2. Diskussion. 119/9
Häufiger Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Asphaltreue, Pappdachdecker usw.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 20. Mai 1906, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die Antworten der Arbeitgeber und wie stellen wir uns dazu? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Billetsausgabe zum Stiftungsfest. Gäste haben Zutritt.
251/14 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Vergolder! Achtung!

Filiale Berlin.

Montag, den 21. Mai, abends präz. 8 Uhr, in den Armirenhallen,
Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Kadelt: „Die Arbeiterinnen in ihrer Eigenschaft als Hausfrau und Mutter“.

2. Diskussion.
3. Abrechnung vom Stiftungsfest.
4. Verschiedenes.

Besonders ist das Erscheinen der im Gewerbe beschäftigten Frauen und Mädchen erwünscht, und werden Kollegen und Kolleginnen erlucht, die noch nicht organisiert für den Besuch zu interessieren.
225/10 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 20. Mai, vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Moabit

im Lokale von W. Duschmidt, Turmstraße 25/26. 86/2

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Vorchardt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Einsatzer!

Die Bauten der Großenhainer Firma Kirchner, Vertreter Zimmermann, sind für Einsatzer

gesperrt!

Marxlinstraße 12. — Kopernikusstraße 5/6. Bau Hoppe. — Berlinerstraße 12 (Charlottenburg). Bau Langnid. — Straße 12 an der Kaiser Friedrichsstraße (Charlottenburg). Bau Gerke. — Kurfürststraße 178. Bau Ansat. — Dorffstraße, Ecke Reinhardtstraße (Tempelhofer), Bau Speier. Der Obmann.

Zentral-Verband der Dachdecker.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 20. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Arbeiterschaftsleiters Gustav Link über: „Bauarbeiter-schutz“. 2. Stellungnahme zum Sonntag. 3. Verbandsangelegenheiten. Häufiger Besuch erwartet. Der Vorstand. 54/12

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 20. Mai.

1. Abteilung früh 7 Uhr nach Röhrensdorf. Nachmittags 1 1/2 Uhr nach Pichtenau. Start: Bülowstraße 59.

2. Abteilung früh 5 1/2 Uhr. 3. Abteilung früh 6 Uhr. 4. Abteilung früh 6 1/2 Uhr. 5. Abteilung früh 6 1/2 Uhr nach Eberwalde. 6. und 7. Abteilung nachmittags 1 Uhr nach Bernau (Elysum).

4. Abteilung nachmittags 1 Uhr nach Pichtenau.

5. Abteilung früh 8 Uhr nach Neu-Pluppin (75 Kilometer). Nachmittags 1 1/2 Uhr nach Reinickendorf (Prante, Eichbornstraße. Start: Elysum.

6. und 7. Abteilung nachmittags 1 1/2 Uhr nach Reinickendorf.

8. Abteilung früh 6 1/2 Uhr nach Röhrensdorf. Nachmittags 12 1/2 Uhr nach Pichtenau.

9. Abteilung nachmittags 1 1/2 Uhr nach Reinickendorf. Start: Schillingstraße 22.

Gimmelfahrt.

2. Abteilung nachmittags 1 Uhr. Röhrensdorf am Start Urban- und Tempelherrenstrassen-Ecke.

3. Abteilung früh 6 Uhr nach Strausberg (Ragnitz). Nachmittags 1 Uhr „Hängigen Wolf“. Sämtliche Start: Mariannenpark.

4. Abteilung früh 6 Uhr Perren-tour nach Neue Mühle. Nachmittags 1 Uhr Damentour nach Kollinchenhof (Wands). Sämtliche Start: Andreasplatz.

6. Abteilung früh 6 Uhr nach Crantenburg. Besichtigung der Obstaufzucht. Nachmittags 1 Uhr nach Birkenwerder (Paradiesgarten). Sämtliche Start: Oberbergerstraße (Genossenschaft).

8. Abteilung früh 6 Uhr nach Strausberg (Bürgergarten). Nachmittags 1 Uhr Streitzüge durch den Granevald. Sämtliche Start: Kriminalgericht.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin II.

Bretterträger und Brettschneider.

Sonntag, den 20. Mai 1906, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:

Außerordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten (Verschmelzung der Mitgliedschaften I und II). 2. Verschiedenes. 19/3
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Verband des technischen Bühnen-Personals

Sitz Berlin.

Sonnabend, den 19. Mai 1906, abends 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 190/5
Mitgliedsbuch legitimiert. Häufiger und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Achtung! Rohrer.

Freitag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexander-Str. 27c:

Öffentliche Versammlung

der Rohrer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. 145/7*
Die Kommission.

Gewinn-

Losse der Königlich Preussischen Lotterie zahlte sofort aus. 122/13*
Heinrich Kron, Bank-u. Lotteriegeschäft, Alexanderstraße 54.



Stoffhosen

Viele Tausende Exemplare.

Vollendet reichhalt. Ausmusterungen hervorragendster Fabrikate. Gute Abarbeitung. Schöner Sitz.

18.— 15.— 12.— 10.— 4 Mk.
9.— 8.— 7.— 6.— 5.—

Fantasie-Westen

Viele Tausende Exemplare.

Allerneueste, aparte Dessins. Kleidsamste Geschmacksrichtungen. Verschiedenste Farbenstellungen.

15.— 12.— 10.— 9.— 8.— 1 Mk. 75
7.— 6.— 5.— 4.— 3.—

Besondere Gelegenheit!

Fantasie-Westen 2 Mk. 25
Auffallend schöne Muster
3 Stück für 6 Mk. 50

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

BRENNABOR



Brennabor-Motorräder und Transportfahrzeuge

sind mit den modernsten Neuerungen und Verbesserungen ausgestattet.

Der Motor kann ohne Ständer spielend leicht angetreten werden.

BRENNABOR-WERKE, BRANDENBURG A. H.
Filiale Berlin W., Kronenstraße 11.

Hammel-Zentrale



Hammelfleisch-Verkauf nach Pariser Art
Dresdenerstraße 17
vis-a-vis Tamaschke. 538L*

Achtung! Hasselwerder. Achtung!

Inhaber: Albert Scheruch. 12372*

Größtes und schönstes Etablissement der Oberspre. 10 St.-Tour Nieder-Schöneweide—Johannisthal.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Gr. Konzert bei freiem

Donnerstag und Sonntag: Großer Ball. 277L*
Im Saal: Großer Ball. Albert Scheruch.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,

Uhren-Großhandlung. 277L*

Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur. 277L*
Streng reell. — Billigste Preise.